



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 2 · Februar 1999 · 54. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Jahresrückblick: Hauptdaten der wirtschaftlichen
Entwicklung in Hessen 1998

Hebesätze der Gewerbesteuer 1989 bis 1998

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Seit Heft 1·99 auch auf
Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Jahresrückblick	
Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 1998	26
Öffentliche Finanzen	
Die Hebesätze der Gewerbesteuer in Hessen 1989 bis 1998. Von <i>Günter Rapior</i>	45
Sozialleistungen	
Nettoausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 1997 leicht gesunken. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	52
Daten zur Wirtschaftslage	54
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung	59
Arbeitsmarkt	59
Landwirtschaft	60
Verarbeitendes Gewerbe	60
Öffentliche Energieversorgung	60
Baugewerbe, Baugenehmigungen	61
Einzelhandel und Gastgewerbe	61
Außenhandel	62
Fremdenverkehr, Verkehr	62
Geld und Kredit	63
Preise	63
Steuern	64
Löhne und Gehälter	64
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — URL: <http://www.hsl.de>

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 4,50 DM, Jahresabonnement 45,00 DM (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 7,00 DM, Jahresabonnement 75,00 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 90,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
... = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

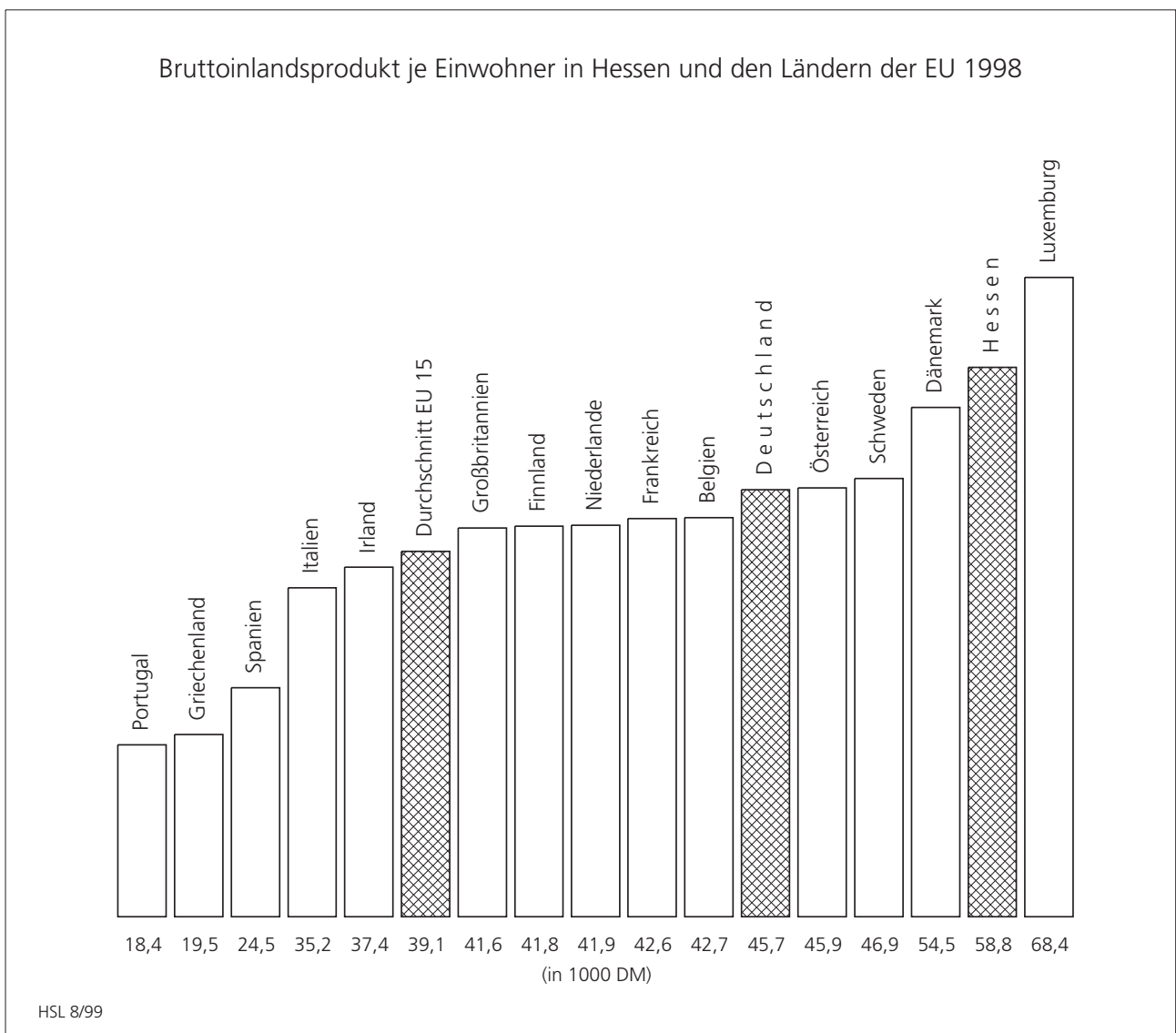
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

2 · 99

54. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Hauptdaten der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen 1998

Bereitstellung der wichtigsten Ergebnisse und Trends des vergangenen Jahres zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsentwicklung sowie der Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Hessen: Dies bietet der Jahresrückblick 1998 in kompakter Form. Alle aufgeführten Daten umfassen den kompletten Zeitraum von Januar bis Dezember 1998. Lediglich die Daten zum Themenbereich „Bevölkerung“ (Januar bis September) beinhalteten bei Redaktionsschluß nicht das ganze abgelaufene Jahr.

Schlaglichter des Jahres 1998 aus statistischer Sicht:

- **Bevölkerung:** Mit 6,03 Mill. Personen ist die Bevölkerungszahl Hessens im Jahr 1998 gegenüber 1997 nahezu unverändert geblieben (Jahresergebnis geschätzt).
- **Arbeitsmarkt:** Im Jahr 1998 ging eine sechsjährige Phase ansteigender Arbeitslosenzahlen zu Ende: Die Arbeitslosenzahl in Hessen ging von durchschnittlich 260 800 um 6700 oder 2,6 % auf 254 100 im Berichtsjahr zurück. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 10,4 % auf 10,0 %.
- **Verarbeitendes Gewerbe:** Die Eckpunkte der Entwicklung in Hessen 1998 gegenüber 1997 waren u.a. ein nur geringer Umsatzanstieg, leichte Zuwächse der Auftrags-eingänge (wobei diejenigen aus dem Ausland um 2,7 % abnahmen) und weiterer, aber verlangsamter Beschäftigtenabbau.
- **Bauhauptgewerbe:** Die wertmäßigen Auftragseingänge sind nochmals deutlich zurückgegangen, wengleich im Laufe des zweiten Halbjahres 1998 Aufwärtstendenzen zu verzeichnen waren. Die Beschäftigtenzahl war deutlich rückläufig.
- **Bautätigkeit:** Es wurden mehr Baugenehmigungen für Wohngebäude erteilt, die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen nahm jedoch ab.
- **Landwirtschaft:** Das letzte Jahr war durch eine überdurchschnittliche Getreideernte und eine rückläufige Rindviehhaltung gekennzeichnet; die Schweinebestände wurden dagegen aufgestockt.
- **Einzelhandel:** Die Umsätze stiegen 1998 real um 0,7 %. Damit setzte sich der seit 1992 herrschende negative Trend nicht mehr fort.
- **Außenhandel:** Sowohl die Ausfuhren der hessischen Wirtschaft ins Ausland als auch die Einfuhren nach Hessen legten 1998 zu.
- **Verkehr:** Im Jahr 1998 wurde die niedrigste Zahl an Verkehrstoten (537) seit 1950 festgestellt.
- **Preisindex für die Lebenshaltung:** Das vergangene Jahr war mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3 % durch ein ruhiges Preisklima geprägt.
- **Verdienste:** Die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer sind 1998 sowohl netto als auch real gestiegen.
- **Insolvenzen:** Bei den hessischen Unternehmen kam es erstmals seit 7 Jahren zu einem leichten Rückgang der Insolvenzen.
- **Kommunalfinanzen:** Die Einnahmen der kommunalen Gebietskörperschaften stiegen um 0,9 % auf 33,4 Mrd. DM (ohne Gewerbesteuerumlage); die Ausgaben wuchsen verhaltener um 0,5 % auf 33,2 Mrd. DM.
- **Gesamtsteueraufkommen:** Das Steueraufkommen in Hessen übertraf mit einem Wert von 77,3 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 7,4 %.
- **Bruttoinlandsprodukt:** Die hessische Wirtschaft wuchs im abgelaufenen Jahr um 2,9 %, knapp über dem Durchschnitt Deutschlands und der alten Bundesländer (jeweils 2,8 %).

„Nullwachstum“ der Bevölkerung

Die **Bevölkerungszahl** Hessens ist mit 6,03 Mill. im vergangenen Jahr unverändert geblieben, nachdem bereits 1997 der Zuwachs mit nur 4400 Personen deutlich zurückgegangen war. 1998 wurde das geringe Bevölkerungswachstum in den Sommermonaten durch Abnahmen im Winter wieder aufgezehrt, wobei jedoch die gegenwärtig noch fehlenden Daten des vierten Quartals hinzugeschätzt sind. Im Zeitraum Januar bis September 1998 wiesen beide Bevölkerungskomponenten, die natürliche und die räumliche Bevölkerungsbewegung, einen „Nullsaldo“ auf. Durch einen erneuten Geburtenrückgang von 4 % ist 1998 der im Jahr zuvor beobachtete leichte Geburtenüberschuß wieder zusammengeschnitten. Bei weniger Zu- und mehr Fortgezogenen gab es 1998 eine nahezu ausgeglichene Wanderungsbilanz. Nach dem 1990 erreichten Höchststand sind die Wanderungsgewinne Hessens fast kontinuierlich zurückgegangen.

Untergliedert nach Herkunfts- und Zielgebieten zeigen sich allerdings bemerkenswerte Unterschiede in der **Wanderungsbewegung** Hessens mit dem Inland (andere Bundesländer) und dem Ausland. Gegenüber den anderen Bundesländern konnte Hessen seine Attraktivität behaupten. Mit 7000 mehr Zu- als Fortgezogenen im Zeitraum Januar bis September 1998 wurde ein ähnliches Ergebnis erzielt wie in den entsprechenden Zeiträumen von 1997 und 1996. Unterschiedlich verlief die Entwicklung allerdings gegenüber den alten und den neuen Bundesländern. Im Wanderungsaustausch Hessens mit den alten Bundesländern (einschl. Berlin) gab es in den ersten neun Monaten 1998 zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum weniger Zu- und mehr Fortzüge und damit einen kleineren Wanderungsgewinn (2700 Personen). Umgekehrt war in der Wanderungsbilanz mit den neuen Bundesländern bei mehr Zu- und weniger Fortgezogenen ein stärkeres Plus zu verbuchen (4300 Personen). Der Wanderungsgewinn Hessens gegenüber dem Inland hat sich damit deutlich zu Lasten der neuen Bundesländer verschoben. Per saldo ka-

Wanderungen über die hessische Landesgrenze (Jeweils Januar bis September)

Art der Angabe	1996			1997			1998		
	Zu-gezogene	Fort-gezogene	Wande-rungs-gewinn	Zu-gezogene	Fort-gezogene	Wande-rungs-gewinn bzw. -ver-lust (-)	Zu-gezogene	Fort-gezogene	Wande-rungs-gewinn bzw. -ver-lust (-)
Deutsche	65 854	58 625	7 229	66 431	59 304	7 127	66 615	59 973	6 642
davon									
aus/in andere(n) Bundesländer(n)	57 102	51 853	5 249	58 004	51 903	6 101	58 077	52 720	5 357
aus dem/ins Ausland	8 752	6 772	1 980	8 427	7 401	1 026	8 538	7 253	1 285
Nichtdeutsche	60 477	52 175	8 302	54 309	56 267	- 1 958	52 026	56 035	- 4 009
davon									
aus/in andere(n) Bundesländer(n)	11 048	9 275	1 773	10 962	9 531	1 431	10 687	9 010	1 677
aus dem/ins Ausland	49 429	42 900	6 529	43 347	46 736	- 3 389	41 339	47 025	- 5 686
Insgesamt	126 331	110 800	15 531	120 740	115 571	5 169	118 641	116 008	2 633
davon									
aus/in andere(n) Bundesländer(n)	68 150	61 128	7 022	68 966	61 434	7 532	68 764	61 730	7 034
aus dem/ins Ausland	58 181	49 672	8 509	51 774	54 137	- 2 363	49 877	54 278	- 4 401

men aus jedem der fünf neuen Bundesländer im Vergleichszeitraum mehr Menschen nach Hessen; besonders viele aus Thüringen und Sachsen.

Einen Wanderungsverlust gab es für Hessen erneut gegenüber dem Ausland. Dieser hat sich in den ersten drei Quartalen von 1998 mit 4400 Personen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum fast verdoppelt. Ausschlaggebend waren hierbei verminderte Zuzüge aus dem Ausland. Dabei ist die Abnahme der Zuzüge aus der Türkei um fast 20 % auffallend. Von Januar bis September 1998 wies Hessen gegenüber diesem Land einen Wanderungsverlust von gut 400 Personen auf. Auch aus Griechenland, Italien und Portugal zogen im Berichtszeitraum weniger Menschen nach Hessen als ein Jahr zuvor. Im Wanderungssaldo wird dieser Rückgang allerdings nicht deutlich, weil sich nicht nur die Zuzüge, sondern auch die Fortzüge in diese Länder vermindert haben. Dagegen kennzeichnen stark gestiegene Rückwanderungen die weitere politische Normalisierung in Bosnien-Herzegowina und Kroatien. In den ersten neun Monaten des Jahres 1998 sind über 10 000 Menschen dorthin zurückgekehrt, gleichzeitig aber nur etwa 1600 zugezogen. Andererseits hat der Kosovokonflikt bereits in den ersten drei Quartalen von 1998 die Zuwanderungen aus der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) ansteigen lassen, obwohl nach den bis jetzt vorliegenden Daten die Rückwanderungen in dieses Land noch überwiegen. Nach wie vor beträchtlich ist der Zustrom aus Polen, der Ukraine, Rußland und Kasachstan. Insgesamt kamen in den ersten drei Quartalen 1998 aus diesen Ländern per saldo knapp 3900 Personen nach Hessen. Das war die gleiche Anzahl wie im Vergleichszeitraum 1997.

Ebenso wie 1998 Zu- und Fortzüge einander die Waage hielten, standen etwa 61 000 **Geburten** fast genauso viele **Sterbefälle** gegenüber (geschätzter Wert für das Gesamtjahr 1998). Dahinter verbirgt sich allerdings eine durchaus unterschiedliche Entwicklung. Während 1998 weniger Neugeborene das Licht der Welt erblickten als 1997, überlebten mehr ältere und alte Menschen aufgrund verminderter Sterblichkeit. In einer Modellrechnung lassen sich die Veränderungen zahlenmäßig abschätzen. Hätte sich das generative Verhalten 1998 gegenüber 1997 nicht verändert, dann wären zwar

auch weniger Kinder geboren worden, weil die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurückgeht. Der Geburtenrückgang hätte aber nur 2,5 statt 4 % betragen. Andererseits wären 1998 bei unveränderter Sterblichkeit gut 1 % mehr und nicht — wie tatsächlich — knapp 1 % weniger Menschen gestorben.

Während die Entwicklung der Sterblichkeit auch 1998 dem Trend zu höherer Lebenserwartung folgte, weist die Geburtenzahl ein Niveau auf, das in dieser Größenordnung seit 1990 besteht und seither mit leichten Abweichungen nach oben und unten konstant blieb. Ob sich dieses Resultat auch in den kommenden Jahren einstellt, bleibt abzuwarten. Auch ohne Verhaltensänderungen ist, allein aufgrund des sich ändernden Altersaufbaus, mit zurückgehenden Geburtenzahlen zu rechnen. Aus Modellprojektionen ergibt sich für die nächsten Jahre ein durchschnittlicher jährlicher Geburtenrückgang von knapp 3 %.

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene (Jeweils Januar bis September)

Art der Angabe	1995	1996	1997	1998
Eheschließungen	27 667	26 197	25 648	24 909
Lebendgeborene	44 173	45 723	46 955	45 057
und zwar				
männlich	22 709	23 615	24 234	23 153
weiblich	21 464	22 108	22 721	21 904
nichtehelich	5 110	5 731	6 083	6 428
nichtdeutsch	8 036	8 483	8 678	8 164
Gestorbene	46 726	47 007	45 145	44 979
davon				
männlich	21 859	21 693	20 930	21 128
weiblich	24 867	25 314	24 215	23 851
Geborenen- bzw. Sterbeüberschuß(-)	- 2 553	- 1 284	1 810	78

Abnehmende Arbeitslosigkeit

Im Jahr 1998 zählten die hessischen Arbeitsämter 423 500 Arbeitslosmeldungen, rund 3400 oder 0,8 % mehr als im Vor-

Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter

Jahr Monat	Arbeitslose					Arbeitslosenquote ¹⁾					Offene Stellen	Kurz- arbeiter
	ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter der					
		Männer	Frauen	Jugend- liche	Aus- länder		Män- ner	Frauen	Ju- gend- lichen	Aus- länder		
1996 D	234 083	135 637	98 446	6 702	49 432	9,3	9,6	8,9	8,8	17,0	21 143	18 377
1997 D	260 796	151 272	109 524	6 810	55 742	10,4	10,7	9,9	9,3	19,0	21 381	11 788
1998 D	254 050	144 800	109 250	6 339	55 070	10,0	10,3	9,7	8,9	18,6	26 021	6 505
1997												
Oktober	255 059	144 106	110 953	6 933	54 904	10,1	10,2	10,0	9,6	18,7	18 048	5 653
November	256 628	145 392	111 236	6 702	55 714	10,2	10,3	10,0	9,2	19,0	17 210	6 234
Dezember	264 934	152 500	112 434	6 725	57 251	10,5	10,8	10,1	9,3	19,5	20 690	6 687
1998												
Januar	278 170	162 769	115 401	6 660	59 455	11,1	11,6	10,4	9,2	20,3	22 762	8 985
Februar	278 375	163 954	114 421	6 854	59 813	11,1	11,7	10,3	9,5	20,4	26 092	12 082
März	268 402	156 501	111 901	6 406	58 432	10,7	11,1	10,1	8,8	19,9	28 946	10 122
April	259 725	149 976	109 749	5 895	56 826	10,2	10,7	9,7	8,4	19,1	29 763	7 792
Mai	249 545	142 619	106 926	5 280	54 622	9,8	10,1	9,4	7,5	18,4	27 721	6 290
Juni	243 461	137 944	105 517	5 327	53 259	9,6	9,8	9,3	7,6	17,9	28 172	5 285
Juli	250 226	140 087	110 139	6 877	53 056	9,8	10,0	9,7	9,8	17,8	27 630	4 348
August	248 167	137 911	110 256	7 175	52 424	9,8	9,8	9,7	10,2	17,6	26 758	3 286
September	240 426	133 658	106 768	6 747	52 257	9,5	9,5	9,4	9,6	17,6	26 328	3 953
Oktober	236 732	131 728	105 004	6 254	52 145	9,3	9,4	9,3	8,9	17,5	23 978	4 803
November	238 839	133 561	105 278	6 156	52 759	9,4	9,5	9,3	8,7	17,7	22 553	5 627
Dezember	248 127	141 288	106 839	6 154	54 336	9,8	10,0	9,4	8,7	18,3	22 411	5 484

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen.

jahr. Auf Bundesebene¹⁾ fiel der relative Anstieg der Arbeitslosmeldungen (+ 0,3 %) noch etwas milder aus. Die hessischen **Arbeitslosmeldungen** erfolgten zu mehr als der Hälfte (52,6 %) von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren. Für die zumeist kündigungsbedingten Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit errechnete sich ein Anteil von 44,2 %. Der Rest der Arbeitslosmeldungen bezog sich auf Personen, die zuvor eine betriebliche Ausbildung absolviert hatten. Während die Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit durch das Übergreifen der konjunkturellen Erholung von den Gütermärkten auf den Arbeitsmarkt gegenüber dem Vorjahr um 12 500 oder 6,3 % abnahmen, setzte sich der Anstieg der Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (+ 13 400; + 6,4 %) auch 1998 fort.

Diesem Arbeitskräfteangebot standen 228 100 der hessischen Arbeitsverwaltung im Verlauf des Jahres 1998 als **offen gemeldete Stellen** gegenüber. Das waren 17 800 oder 8,5 % mehr als 1997. Im Bundesgebiet verlief die Belebung bei den Stellenmeldungen (+ 10,9 %) noch ausgeprägter. In Hessen wie im Bundesgebiet kamen damit auf 54 als offen gemeldete Stellen 100 Arbeitslosmeldungen. Die hessischen Arbeitsämter konnten durch diese erweiterte Vermittlungsbasis 170 800 Arbeitssuchende auf einem Dauerarbeitsplatz unterbringen. Das waren 10 700 oder 6,7 % mehr als 1997. Im Bundesgebiet fiel der Vermittlungserfolg (+ 5,2 %) etwas geringer aus. Neben der amtlichen Vermittlungstätigkeit bewirkten weitere durch private Bemühungen entstandene Arbeitsverhältnisse und andere Anlässe, wie Erreichen der Altersgrenze, arbeitsmarktentlastende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und dergleichen, daß 1998 insgesamt 440 300 Personen in Hessen aus der Arbeitslosigkeit ausschieden. Das waren 36 100 oder 8,9 % mehr als 1997 (Bundesgebiet: + 6,1 %).

1) Hier und im folgenden Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 (altes Bundesgebiet).

Die **Arbeitslosenzahl** in Hessen verringerte sich von durchschnittlich 260 800 im Vorjahr um 6700 oder 2,6 % auf 254 100 im Berichtsjahr. Damit ging eine sechsjährige Phase ansteigender Arbeitslosenzahlen zu Ende. Im Bundesgebiet verlief der durchschnittliche Abbau der Arbeitslosigkeit (- 3,9 %) stärker. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Hessen ermäßigte sich dadurch von 10,4 % in 1997 auf 10,0 % im Berichtsjahr (Bundesgebiet von 11,0 % auf 10,5 %).

Nachdem sich die **Kurzarbeit** 1997 mit durchschnittlich 11 800 Betroffenen gegenüber dem Vorjahr schon deutlich vermindert hatte, kam es hier im Verlauf des Berichtsjahres zu einer weiteren Entspannung der Situation. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres waren nur noch 6500 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Das waren 5300 oder 45 % (Bundesgebiet: - 39 %) weniger als 1997.

Arbeitslose nach Arbeitsamtsbezirken (insg.)

Arbeitsamts- bezirk	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	Zunahme in %
Bad Hersfeld	10 731	10 405	- 3,0
Darmstadt	37 538	35 347	- 5,8
Frankfurt	51 726	50 481	- 2,4
Fulda	9 154	9 019	- 1,5
Gießen	27 188	26 569	- 2,3
Hanau	17 765	16 726	- 5,8
Kassel	36 038	36 464	1,2
Korbach	7 647	7 322	- 4,3
Limburg	6 306	6 022	- 4,5
Marburg	10 138	10 208	0,7
Offenbach	14 501	14 655	1,1
Wetzlar	14 906	13 822	- 7,3
Wiesbaden	17 158	17 012	- 0,9
Land H e s s e n	260 796	254 050	- 2,6

1) Durchschnitt. Quelle der Grunddaten: Landesarbeitsamt Hessen.

Hinter der Abnahme der Arbeitslosigkeit auf Landesebene (- 2,6 %) verbergen sich regional recht unterschiedliche Entwicklungen. Das günstigste Ergebnis wies mit einem Rückgang um 7,3 % der Arbeitsamtsbezirk Wetzlar auf, gefolgt von Darmstadt und Hanau mit jeweils - 5,8 %. Am anderen Ende der Skala stand der Arbeitsamtsbezirk Kassel mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 1,2 %, gefolgt von Offenbach (1,1 %) und Marburg (0,7 %). Das Abklingen der Arbeitslosigkeit auf Landesebene fiel im Berichtszeitraum bei den Männern (- 4,3 %) ausgeprägter aus als bei den Frauen (- 0,3 %). Während die Frauenarbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Darmstadt 1998 um 4,1 % gegenüber dem Vorjahresniveau fiel, kam es in Kassel zu einem Anstieg um 5,0 %. Bei den Männern reichte die Spannweite von - 11,3 % (Wetzlar) bis - 0,6 % (Offenbach).

Nur geringer Umsatzanstieg im Verarbeitenden Gewerbe — Beschäftigung weiter rückläufig

Das hessische Verarbeitende Gewerbe konnte 1998 nach einem verheißungsvollen Start die positiven Erwartungen nicht erfüllen. Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die Wirtschaftskrise vor allem in Süd-Ost-Asien ließen die Auslandsnachfrage sinken und verhinderten ein besseres Jahresergebnis. Aber auch die Inlandsnachfrage neigte in den letzten Monaten des Jahres 1998 zur Schwäche, so daß auf das Jahresergebnis 1999 mit Skepsis gewartet werden muß. Wie schon in den Jahren zuvor baute das Verarbeitende Gewerbe Arbeitsplätze ab. Allerdings war der Rückgang nicht mehr so hoch wie zuvor.

Die wertmäßigen **Auftragseingänge** des Verarbeitenden Gewerbes lagen 1998 im Durchschnitt noch um 3,1 % höher als im Jahr zuvor. Die Aufträge aus dem Inland erhöhten sich um 7,2 %, während die Bestellungen von ausländischen Geschäftspartnern um 2,7 % abnahmen. Hinter diesen Jahresdurchschnittszahlen verbirgt sich aber eine im Verlauf deutlich nachlassende Entwicklung. Das Ergebnis des dritten Quartals täuscht, da ein Großauftrag im Sonstigen Fahrzeug-

bau dort zu einer exorbitanten Zuwachsrate führte, die sich sogar auf das gesamte Verarbeitende Gewerbe noch sehr positiv auswirkte. Im vierten Quartal verfehlten beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt auch die Auftragseingänge des Inlands das Vorjahresniveau um 2,6 %. Da die Auslandsnachfrage um 11 % einbrach, wurde insgesamt ein Minus von 6,1 % verzeichnet.

Dank eines hervorragenden ersten Quartals erreichte der Kraftwagensektor im Jahresdurchschnitt eine Zuwachsrate von 6,2 %. Nur ein minimales Plus von 0,1 % erzielte der Maschinenbau, da die positive Inlandsnachfrage gerade ausreichte, die Schwäche der Auslandsaufträge auszugleichen. Ein eher flaches Inlands- und Auslandsgeschäft ließ die Chemische Industrie das Vorjahresniveau um 1,6 % verfehlen.

Mit einem **Umsatz** von 154,1 Mrd. DM übertraf das hessische Verarbeitende Gewerbe das Vorjahresergebnis um 0,5 %. Dank eines noch erfolgreichen ersten Halbjahres erhöhten sich die Auslandsumsätze 1998 um 3,1 % auf 51,4 Mrd. DM, womit die Exportquote 33,4 % erreichte. Die Inlandsumsätze nahmen um 0,7 % auf 102,6 Mrd. DM ab.

Umsatzstärkste Branche blieb mit deutlichem Abstand die Chemische Industrie. Sie verfehlte mit 31,8 Mrd. DM das Vorjahresniveau allerdings um 0,6 %. Die Hersteller von Kraftwagen und -teilen mußten eine Einbuße von 1,9 % auf 23,9 Mrd. DM hinnehmen. Der hessische Maschinenbau konnte dagegen seinen Umsatz um 6,9 % auf 17,2 Mrd. DM erhöhen.

Die Zahl der **Beschäftigten** des Verarbeitenden Gewerbes hat im vergangenen Jahr ein weiteres Mal abgenommen. 1996 und 1997 hatte es bereits einen Rückgang von 3,5 und 6,0 % gegeben. Im letzten Jahr lag die Beschäftigtenzahl mit 470 100 um 2,3 % niedriger als vor Jahresfrist. Für das erste Halbjahr 1998 wird ein wesentlich ungünstigeres Ergebnis ausgewiesen als für die zweite Jahreshälfte. Dies ist überwiegend darauf zurückzuführen, daß zur Jahresmitte 1997 in der Chemischen Industrie hauptsächlich durch Verlagerungen in

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 1998)

Zeitraum 1998	Beschäftigte		Gesamtumsatz		darunter Auslandsumsatz		Auftragseingang		
	1000	Abnahme in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	1000 DM	Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾	insgesamt	Inland	Ausland
							Zu- bzw. Abnahme (-) in % ²⁾		
Januar	468,9	- 4,9	11 467 782	0,2	3 878 733	3,7	5,5	7,8	2,2
Februar	468,8	- 4,2	12 405 547	4,7	4 427 946	12,7	12,9	11,2	15,3
März	470,6	- 3,5	14 459 729	17,6	4 846 576	19,0	23,7	28,5	16,6
April	470,2	- 3,3	12 910 549	- 5,7	4 472 740	0,4	- 3,0	- 3,8	- 1,9
Mai	469,1	- 2,8	12 420 063	5,6	4 143 718	5,8	6,4	13,3	- 2,8
Juni	468,9	- 2,9	13 369 002	- 2,9	4 674 976	0,0	- 3,3	- 0,2	- 7,5
Juli	471,8	- 0,6	13 182 796	- 2,2	4 360 262	0,2	19,2	36,2	- 5,5
August	472,2	- 0,7	10 843 866	- 1,6	3 313 157	0,3	- 1,9	2,8	- 9,4
September	472,4	- 1,0	13 688 491	- 1,9	4 443 322	- 2,0	- 2,6	- 0,9	- 5,0
Oktober	470,6	- 1,2	13 500 976	- 3,5	4 302 003	- 4,1	- 6,8	- 1,9	- 13,8
November	470,0	- 1,2	13 175 623	- 1,0	4 211 284	- 1,3	- 6,0	- 2,3	- 11,4
Dezember	467,4	- 1,1	12 634 095	- 0,5	4 353 867	5,2	- 5,5	- 3,7	- 8,0
D 1. Vj.	469,4	- 4,2	38 333 059	7,7	13 153 257	12,0	14,2	16,1	11,5
D 2. Vj.	469,4	- 3,0	38 699 614	- 1,3	13 291 435	1,9	- 0,3	2,6	- 4,1
D 3. Vj.	472,1	- 0,8	37 715 153	- 1,9	12 116 741	- 0,6	5,3	13,1	- 6,4
D 4. Vj.	469,3	- 1,1	39 310 694	- 1,7	12 867 154	- 0,2	- 6,1	- 2,6	- 11,2
1998	470,1	- 2,3	154 058 520	0,5	51 428 586	3,1	3,1	7,2	- 2,7

1) In Betrieben mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Verarbeitendes Gewerbe¹⁾

Art der Angabe	1997	1998	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
			1997	1998
			gegenüber	
			1996	1997
Beschäftigte ²⁾ (in 1000)	481,1	470,1	- 5,4	- 2,3
Geleistete Arbeiterstunden (in Mill. Std.)	441,2	437,8	- 4,9	- 0,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme (in Mill. DM)	32 385,0	32 601,4	- 5,5	0,7
Umsatz (in Mill. DM)	153 261,8	154 058,5	1,1	0,5
davon				
Inlandsumsatz	103 400,1	102 629,9	- 1,1	- 0,7
Auslandsumsatz	49 861,7	51 428,6	6,0	3,1
Umsatz nach Bereichen (in Mill. DM)				
Vorleistungsgüterproduzenten	65 043,4	64 374,0	0,5	- 1,0
Investitionsgüterproduzenten	50 677,6	51 794,0	2,3	2,2
Gebrauchsgüterproduzenten	5 891,1	5 831,4	4,7	- 1,0
Verbrauchsgüterproduzenten	31 649,8	32 059,2	0,9	1,3

1) In Betrieben mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten (Industrie und Verarbeitendes Handwerk). — 2) Im Durchschnitt des Jahres.

den Dienstleistungssektor industrielle Arbeitsplätze verloren gingen. Die Chemische Industrie beschäftigte 1998 im Jahresdurchschnitt noch 66 400 Mitarbeiter, was einen Rückgang von durchschnittlich 6,5 % bedeutet. Zum Jahresende wurde aber im Vorjahresvergleich eine Zunahme von 1,0 % auf 66 700 Personen verzeichnet. Der Kraftwagensektor konnte im Jahresdurchschnitt seine Beschäftigtenzahl um 0,2 % auf 61 100 erhöhen. Dagegen reduzierte der Maschinenbau seinen Personalbestand um 1,3 % auf 64 500.

Die Zahl der Arbeiter hat 1998 unterdurchschnittlich um 1,9 % auf 281 300 abgenommen. 60 % aller Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes gehörten somit dieser Gruppierung an. Im vergangenen Jahr wurden 437,8 Mill. Arbeiterstunden geleistet, was einem Rückgang von 0,8 % entspricht. Je Arbeiter wurden somit durchschnittlich effektiv 1556 Stunden geleistet, Krankheit, Urlaub, etc. nicht eingerechnet. Die Bruttolohn und -gehaltssumme erreichte 1998 einen Wert von 32,6 Mrd. DM, womit das Vorjahresniveau um 0,7 % übertroffen wurde. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz hat im vergangenen Jahr 21,4 % betragen.

Talsole im Bauhauptgewerbe erreicht?

Das hessische Bauhauptgewerbe erlebte auch 1998 ein schwieriges Jahr. Beschäftigung, geleistete Arbeitsstunden, Umsätze und Auftragseingänge waren deutlich rückläufig. Trotz niedriger Hypothekenzinsen und günstiger Baupreise verzeichnete der Wohnungsbau einen überdurchschnittlichen Umsatzrückgang. Eine sinkende Rendite im Mietwohnungsbau förderte den Attentismus der Investoren. Während der gewerbliche und industrielle Bau noch nicht entscheidend von der Besserung im Verarbeitenden Gewerbe profitierte,

ließ die Abwärtstendenz im öffentlichen Bau trotz des anhaltenden Konsolidierungsdrucks der öffentlichen Hand nach. Die positive Auftragsentwicklung im zweiten Halbjahr 1998 läßt hoffen, daß die Talsole vielleicht bald erreicht ist und auch bei der Beschäftigung eine Konsolidierung erreicht werden kann.

Ein weiteres Mal ging die Beschäftigung im Jahr 1998 im Bauhauptgewerbe zurück. Innerhalb von drei Jahren verlor die Branche 30 % ihrer Beschäftigten. 1998 lag die **Beschäftigtenzahl** in den Betrieben mit 20 oder mehr tätigen Personen mit 40 500 um 11 % niedriger als im Jahr zuvor. In den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres haben sich die Abnahmeraten allerdings etwas verringert. Besonders stark ging die Zahl der Auszubildenden zurück, im Jahresdurchschnitt um ein Sechstel auf knapp 1900. Die Angestellten waren im letzten Jahr mit einem Rückgang von 11,4 % stärker betroffen als die Facharbeiter (- 10,8 %) sowie Fachwerker und Werker (- 8,8 %). In den Vorjahren war die Entwicklung bei den Angestellten im Vergleich zu den genannten Berufsgruppen deutlich günstiger gewesen.

Die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden** nahm 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 % auf 46,1 Mill. ab. Neben der Beschäftigtenentwicklung und der Kapazitätsauslastung spielt hier mittel- und langfristig der technische Fortschritt und eine verbesserte Arbeitsorganisation eine Rolle. Der relativ hohe Anstieg der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Januar 1998 (+ 22,5 %) ist auf die besonders milden Temperaturen zurückzuführen, die Bauarbeiten in höherem Maße als im Vorjahr zuließen.

Die wertmäßigen **Auftragseingänge** haben 1998 nochmals deutlich um fast 13 % abgenommen. Eine Aufwärtstendenz bei diesem Frühindikator der konjunkturellen Entwicklung ist aber unverkennbar. Nach kräftigen Einbußen im ersten Halbjahr gab es im dritten und vierten Quartal schon Zuwachsraten von 4,3 und 5,1 %. Im Jahresdurchschnitt erhielt der

Bauhauptgewerbe¹⁾ (Zeitliche Entwicklung 1998)

Zeitraum 1998	Beschäftigte		Geleistete Arbeitsstunden		Auftragseingang	
	Anzahl	Abnahme in % ²⁾	1000	Zu- bzw. Abn. (-) in % ²⁾	Index (1995 = 100)	Zu- bzw. Abn. (-) in % ²⁾
Januar	41 567	- 8,1	2 734	22,5	48,0	- 51,0
Februar	40 892	- 7,0	2 918	- 4,7	81,4	- 37,5
März	40 939	- 9,3	4 025	1,7	89,2	- 6,4
April	40 707	- 11,8	4 107	- 19,9	66,0	- 14,2
Mai	40 802	- 11,8	4 040	- 3,1	70,5	- 43,4
Juni	40 707	- 11,9	4 257	- 16,0	93,0	0,2
Juli	40 521	- 12,1	4 553	- 13,7	105,6	16,5
August	40 372	- 12,5	3 939	- 8,5	83,6	- 18,7
September	40 414	- 11,5	4 413	- 12,8	108,5	18,1
Oktober	40 337	- 11,6	4 385	- 14,6	82,7	- 0,7
November	39 761	- 11,4	3 968	- 11,1	68,1	- 11,8
Dezember	39 208	- 11,1	2 734	- 15,1	101,0	27,4
D 1. Vj.	41 133	- 8,2	9 677	4,6	72,9	- 32,5
D 2. Vj.	40 739	- 11,8	12 404	- 13,6	76,5	- 22,0
D 3. Vj.	40 436	- 12,0	12 905	- 11,9	99,2	4,3
D 4. Vj.	39 769	- 11,3	11 087	- 13,5	83,9	5,1
1998	40 519	- 10,9	46 073	- 9,8	83,1	- 12,7

1) Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 2) Jeweils gegenüber dem gleichen Monat bzw. Zeitraum des Vorjahres.

Wohnungsbau 6,9 % weniger Aufträge als im Jahr 1997. Beim gewerblichen und industriellen Bau verzeichnete der Hochbaubereich ein Minus von 13 % und der Tiefbaubereich sogar von 33 %. Der Straßenbau verfehlte das Vorjahresniveau um 11 %.

Auftragsbestand¹⁾ im Bauhauptgewerbe
(Zu- bzw. Abnahme (-) 1998 jeweils gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in %)

Bauart	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Hochbau	- 9,7	- 22,5	- 26,7	- 7,5
Wohnungsbau	- 28,7	- 26,9	- 11,8	3,5
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	- 8,1	- 23,7	- 34,0	- 10,2
Öffentl. und Verkehrsbau	23,8	- 5,7	- 7,8	- 7,4
Tiefbau	- 19,2	- 19,9	- 2,7	- 5,1
Straßenbau	- 12,4	- 10,2	2,3	2,7
Gewerbl. u. industr. Bau ²⁾	- 24,6	- 26,3	- 10,9	- 17,1
Öffentl. und Verkehrsbau	- 15,0	- 17,7	8,5	12,5
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 14,5	- 21,2	- 15,1	- 6,3

1) Jeweils am Quartalsende. — 2) Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

Die Situation bei den **Auftragsbeständen**, das heißt bei den fest akzeptierten, aber noch nicht ausgeführten Bauleistungen, hat sich zum Jahresende hin ebenfalls etwas entspannt. Nachdem Ende Juni letzten Jahres der Vorjahresstand noch um 21 % verfehlt worden war, hatte der Rückgang am Jahresende nur noch 6,3 % betragen. Beim Wohnungsbau und beim Straßenbau wurde ein Plus von 3,5 und 2,7 % erzielt. Die Auftragsbestände des öffentlichen und Verkehrstiefbaus lagen sogar schon um knapp 13 % höher als vor Jahresfrist.

Die baugewerblichen **Umsätze** haben im Jahr 1998 mit 8,5 Mrd. DM das Vorjahresniveau um 9,4 % verfehlt. Etwas günstiger als der Durchschnitt des Bauhauptgewerbes schnitt der öffentliche Bau mit einer Abnahme von 6,9 % auf 3 Mrd. DM ab. Der gewerbliche und industrielle Bau verzeichnete einen Rückgang um 10 % auf 3,9 Mrd. DM. Mit fast 1,6 Mrd. DM Umsatz mußte der Wohnungsbau einen Rückgang von 13 % hinnehmen.

Mehr Baugenehmigungen, aber weniger genehmigte Wohnungen

Wie schon 1997 war auch das vergangene Jahr von einer Nachfrageflaute nach Baugenehmigungen für den Geschoßwohnungsbau gekennzeichnet bei gleichzeitig lebhafter Nachfrage nach Einfamilienhäusern. Das hatte zwar erneut mehr Wohnbaugenehmigungen zur Folge, die Anzahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen ging allerdings abermals zurück, wenn auch nicht so stark wie 1997. Im Berichtsjahr gaben die hessischen Bauämter rund 11 900 Wohngebäude zum Bau frei, nahezu 15 % mehr als im Vorjahr. Der Einfamilienhaus-Boom (1997: + 13 %; 1998: + 23 %) führte zu 8200 Genehmigungen, so daß reichlich zwei Drittel aller neuen Wohngebäude auf diesen Haustyp entfielen. Die Nachfrage nach Zweifamilienhäusern (2190 Einheiten; + 2 %) zeigte sich leicht erholt. Für Mehrfamilienhäuser wurden dagegen nur 1540 Einheiten (- 3 %) zum Bau freigegeben. Da die im Geschoßwohnungsbau genehmigten Wohnungen um gut 2000 oder reichlich 15 % auf nur noch 10 940 Einheiten schrumpften, gelangten im Neubauseg-

ment insgesamt nur rund 23 800 Wohnungen zur Baufreigabe, 320 oder gut 1 % weniger als 1997.

Zu den genehmigten Wohnungen in neuen Wohngebäuden kamen noch weitere rund 5160 Wohnungen hinzu, für die Genehmigungen im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden bzw. im Nichtwohnbau erteilt wurden. Gegenüber 1997 gab es hier eine Abnahme um ein Zehntel. Die Zahl der 1998 insgesamt zum Bau freigegebenen 28 900 Wohnungen lag damit im Vorjahresvergleich um 3 % niedriger. Dieser Rückgang verteilte sich wie folgt auf die drei Regierungsbezirke: Kassel + 3 %, Gießen - 3 % und Darmstadt - 5 %.

Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau

Art der Angabe	1996	1997	1998	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
				1997	1998
				gegenüber	
	1996	1997		1996	1997
Wohnbau¹⁾					
Gebäude ²⁾	10 153	10 415	11 934	2,6	14,6
darunter mit					
1 Wohnung	5 891	6 672	8 196	13,3	22,8
2 Wohnungen	2 210	2 157	2 193	- 2,4	1,7
3 oder mehr Wohnungen	2 032	1 583	1 540	- 22,1	- 2,7
Rauminhalt (1000 m ³)	13 558	12 764	13 464	- 5,9	5,5
Wohnungen	27 356	24 090	23 770	- 11,9	- 1,3
Wohnfläche (1000 m ²)	2 494	2 403	2 534	- 3,6	5,5
Nichtwohnbau¹⁾					
Gebäude	2 821	2 744	2 858	- 2,7	4,2
Rauminhalt (1000 m ³)	9 970	9 192	8 206	- 7,8	- 10,7
Nutzfläche (1000 m ²)	2 107	2 033	1 964	- 3,5	- 3,4
Wohnungen insgesamt³⁾	34 225	29 819	28 927	- 12,9	- 3,0

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) Einschl. Wohnheime. — 3) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

Schrumpfendes Bauvolumen im Nichtwohnbau

Die hessischen Bauämter genehmigten 1998 die Errichtung von rund 2860 neuen Nichtwohngebäuden. Das waren 4 % mehr Neubauvorhaben als 1997. Das Bauvolumen schrumpfte allerdings um 986 000 m³ oder 11 % auf nur noch 8,2 Mill. m³ umbauten Raum. Die zum Bau freigegebene Nutzfläche zeigte sich mit 1,96 Mill. m² (- 3 %) ebenfalls rückläufig. Für Baumaßnahmen an bestehenden Nichtwohngebäuden wurden weitere 365 000 m² Nutzfläche (+ 6 %) genehmigt, so daß im Berichtsjahr insgesamt 2,33 Mill. m² Nutzfläche zum Bau freigegeben wurden, 2 % weniger als im Vorjahr. Besonders rückläufig war die Nachfrage nach Nutzfläche bei Gebäudearten wie Hotels und Gaststätten (- 47 %) und Handels- einschließlich Lagergebäuden (- 23 %). Eine erhöhte Investitionsbereitschaft bestand bei sonstigen Nichtwohngebäuden wie Schulen, Museen, Kirchen (+ 24 %) und landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (+ 21 %).

Von der rückläufigen Nachfrage nach Nutzfläche im Neubausegment waren nur die Regierungsbezirke Darmstadt (- 10 %) und Gießen (- 9 %) betroffen. In Nordhessen lag die zum Bau freigegebene Nutzfläche in neuen Nichtwohne-

bäuden dagegen um gut ein Fünftel über dem 1997er Niveau.

Werden die Genehmigungen für Wohn- und Nichtwohngebäude zusammengefaßt und um Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden ergänzt, so zeigt sich folgende Entwicklung bei den hessischen Hochbaugenehmigungen insgesamt: Es wurden 6,33 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche (+ 3 %) zum Bau freigegeben. Dafür veranschlagten die Bauherren 10,9 Mrd. DM reine Baukosten; das waren 306 Mill. DM oder 3 % weniger als im Vorjahr.

Für die Beurteilung der konjunkturellen Situation in der gesamten Bauwirtschaft ist eine isolierte Betrachtung des Indikators Hochbaugenehmigungen allerdings nicht aussagefähig. Baugenehmigungen führen je nach Entwicklung der Baupreise und Hypothekenzinsen sowie des Immobilienmarktes nicht immer bzw. nicht unmittelbar zu Bauaufträgen bzw. Baumaßnahmen. Zudem wird der Teilbereich Tiefbau (einschließlich Straßenbau) in der amtlichen Baugenehmigungsstatistik nicht erfaßt.

Weniger landwirtschaftliche Betriebe

Im Frühjahr 1998 gab es in Hessen noch gut 32 600 *landwirtschaftliche Betriebe* mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von mindestens 1 ha. Das waren gut 1400 Betriebe oder 4 % weniger als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Betriebsgröße um 1 ha auf knapp 24 ha LF je Betrieb. Da der Großteil der Flächen der ausgeschiedenen Betriebe von den verbleibenden Betrieben weiter bewirtschaftet wurde, ging die LF gegenüber dem Vorjahr landesweit nur geringfügig zurück. Somit hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft in Richtung auf weniger, aber flächenmäßig größere Betriebe im abgelaufenen Jahr fortgesetzt. Nach wie vor bewirtschaften aber knapp 47 % der Betriebe eine LF von weniger als 10 ha, so daß auch weiterhin bäuerliche Familienbetriebe das Strukturbild der hessischen Landwirtschaft bestimmen.

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur¹⁾

Landwirtschaftliche Betriebe

Betriebsgrößenklasse nach der LF in ha	1997	1998		Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	absolut		%	
1 bis unter 2	3 801	3 448	10,6	- 9,3
2 bis unter 5	6 711	6 333	19,4	- 5,6
5 bis unter 10	5 725	5 474	16,8	- 4,4
10 bis unter 15	3 549	3 370	10,3	- 5,0
15 bis unter 20	2 590	2 440	7,5	- 5,8
20 bis unter 25	1 938	1 887	5,8	- 2,6
25 bis unter 30	1 572	1 543	4,7	- 1,8
30 bis unter 40	2 272	2 193	6,7	- 3,5
40 bis unter 50	1 543	1 498	4,6	- 2,9
50 bis unter 75	2 271	2 260	6,9	- 0,5
75 bis unter 100	1 061	1 109	3,4	4,5
100 oder mehr	1 034	1 076	3,3	4,1
Insgesamt	34 067	32 631	100	- 4,2
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in ha				
Insgesamt	771 539	768 691	.	- 0,4

1) Betriebe mit 1 oder mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Anbau und Ernte ausgewählter Feldfrüchte

Fruchtart	D 1992/97	1997	1998	Zu- bzw. Abnahme (-) in % 1998 gegenüber	
				D 1992/97	1997
Anbaufläche (Grundzahlen in 1000 ha)					
Weizen	137,6	144,9	145,6	5,8	0,4
Winterweizen	134,6	141,7	142,6	5,9	0,6
Sommerweizen	2,0	2,5	1,5	- 25,2	- 41,4
Hartweizen (Durum)	1,0	0,7	1,5	57,3	121,9
Roggen ¹⁾	24,1	21,8	25,0	3,7	14,4
Gerste	112,9	116,8	110,1	- 2,5	- 5,7
Wintergerste	80,6	76,8	80,7	0,2	5,1
Sommergerste	32,3	39,9	29,4	- 9,2	- 26,5
Hafer	27,7	26,1	22,6	- 18,6	- 13,5
Sommermenggetreide	3,6	4,1	3,4	- 5,8	- 18,3
Triticale	8,5	12,9	15,5	81,8	20,0
Getreide insgesamt	314,4	326,7	322,1	2,4	- 1,4
Körnermais ²⁾	7,5	8,1	6,8	- 9,7	- 16,2
Winterraps	47,9	45,0	47,8	- 0,1	6,4
Kartoffeln	6,2	5,7	5,5	- 11,0	- 3,0
Zuckerrüben	21,3	20,5	20,7	- 2,7	1,2
Hektarertrag (Grundzahlen in dt)					
Weizen	69,7	72,6	72,7	4,3	0,1
Winterweizen	70,0	72,9	73,1	4,4	0,3
Sommerweizen	54,9	57,1	57,3	4,4	0,4
Hartweizen (Durum)	48,1	57,0	52,7	9,6	- 7,5
Roggen ¹⁾	56,4	60,7	58,4	3,5	- 3,8
Gerste	55,9	58,6	57,0	2,0	- 2,7
Wintergerste	59,2	62,3	60,4	2,0	- 3,0
Sommergerste	47,7	51,4	47,5	- 0,4	- 7,6
Hafer	47,9	49,1	46,8	- 2,3	- 4,7
Sommermenggetreide	43,9	44,5	42,3	- 3,6	- 4,9
Triticale	58,0	58,7	62,4	7,6	6,3
Getreide insgesamt	61,2	64,0	63,6	3,9	- 0,6
Körnermais ²⁾	80,5	81,3	85,2	5,8	4,8
Winterraps	27,0	27,9	31,8	17,8	14,0
Kartoffeln	357,4	367,2	341,1	- 4,6	- 7,1
Zuckerrüben	535,6	499,9	547,9	2,3	9,6
Gesamternte (Grundzahlen in 1000 t)					
Weizen	958,2	1 051,9	1 058,7	10,5	0,6
Winterweizen	942,8	1 033,7	1 042,3	10,6	0,8
Sommerweizen	10,8	14,3	8,4	- 21,9	- 41,2
Hartweizen (Durum)	4,6	3,9	8,0	72,5	105,2
Roggen ¹⁾	135,9	132,4	146,0	7,4	10,2
Gerste	631,2	684,4	627,4	- 0,6	- 8,3
Wintergerste	476,8	478,9	487,8	2,3	1,9
Sommergerste	154,4	205,5	139,6	- 9,6	- 32,1
Hafer	132,6	128,1	105,6	- 20,3	- 17,5
Sommermenggetreide	15,7	18,4	14,3	- 9,2	- 22,4
Triticale	49,6	75,9	96,8	95,3	27,5
Getreide insgesamt	1 923,2	2 091,1	2 048,8	6,5	- 2,0
Körnermais ²⁾	60,5	65,9	57,8	- 4,4	- 12,2
Winterraps	129,1	125,5	152,1	17,8	21,3
Kartoffeln	220,5	207,9	187,4	- 15,0	- 9,9
Zuckerrüben	1 141,1	1 023,7	1 135,8	- 0,5	11,0

1) Einschl. Wintermenggetreide. — 2) Einschl. Corn-Cob-Mix.

Überdurchschnittliche Getreideernte — Rapsanbau ausgedehnt

Nach einer weitgehend unproblematisch verlaufenden Aussaat im Herbst 1997 kamen die Getreidebestände in gutem Zustand durch den sehr milden Winter. Zu Beginn des Frühjahrs war die Pflanzenentwicklung schon weit fortgeschritten, später einsetzende kühle und nasse Witterung führte allerdings zu Beeinträchtigungen bei der Blüte des Getreides und zu vermehrtem Auftreten von Krankheiten. Die Witterungsbedingungen führten auch zu einer Verzögerung des Erntebeginns. Die in der ersten August-Hälfte einsetzende Hitzeperiode führte dann jedoch zu einer beschleunigten Abreife und Ernte des Getreides, so daß Anfang September die Ernte bis auf wenige Flächen im Norden und in den Mittelgebirgslagen Hessens abgeschlossen werden konnte.

Bei **Getreide** konnte mit einem Flächenertrag von 63,6 Dezitonnen (dt) je ha das Ertragsniveau des Vorjahres von 64,0 dt je ha fast erreicht werden. Der Hektarertrag lag deutlich über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Bei Winterweizen wurden mit 73,1 dt je ha etwas höhere Erträge als im Vorjahr erzielt. Bei Roggen und Wintergerste lagen die Erträge allerdings knapp 4 % bzw. 3 % unter dem Vorjahresniveau. Auch für die Ertragsbildung bei den Sommergetreidearten wirkten sich die Witterungsbedingungen negativ aus. So waren bei Sommergerste, Sommermenggetreide und Hafer Ertragseinbußen zwischen knapp 5 und 8 % gegenüber dem Vorjahr festzustellen, lediglich der Hektarertrag von Sommerweizen lag etwa auf dem Vorjahresniveau.

Die Getreideernte lag mit insgesamt 2 048 800 t rund 2 % unter dem Vorjahresniveau. Sie fiel aber um 6,5 % höher aus als im Durchschnitt der vergangenen sechs Jahre. Die Anbaufläche für Getreide hatte sich gegenüber dem Jahr 1997 um 1,4 % verringert, im Vergleich mit dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre war das eine Zunahme um 2,4 %. Beim Winterweizen wurde auf einer gegenüber dem Vorjahr leicht vergrößerten Anbaufläche eine Ernte von 1 042 300 t erzielt, das waren rund 8600 Tonnen mehr als 1997.

Nach zwei Jahren des Rückgangs dehnten Hessens Landwirte den Anbau von **Winterraps** wieder aus. Auf einer Anbaufläche von 47 800 ha, die um 6,4 % über der des Vorjahres lag, wurde eine Gesamternte von 152 100 t eingebracht. Gegenüber der Ernte 1997 war das ein Zuwachs um ein Fünftel. Der Flächenertrag lag mit 31,8 dt je ha um 4 dt über dem Vorjahresergebnis.

Kartoffelanbau eingeschränkt — Weinmosternte unter Vorjahresniveau

Der Umfang des Kartoffelanbaus nahm gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % ab. Auf einer Anbaufläche von 5500 ha wurden mit einer Gesamternte von 187 400 t sogar rund 10 % weniger **Kartoffeln** geerntet als 1997, da mit 341,1 dt je ha auch der Ertrag um 7,1 % unter dem Ertrag des Vorjahres lag.

Im vergangenen Jahr wuchs ein qualitativ durchschnittlicher Weinmostjahrgang heran. Mit einer **Weinmosternte** von 250 100 Hektolitern (hl) lag die Erntemenge um 15 % unter der des Vorjahres und um 10 % unter dem Durchschnitt der Jahre 1992 bis 1997. Der 1998er Weinmost gehört mit einem Mostgewicht von 77° Öchsle nicht zu den Spitzenjahrgängen.

2) Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz: Waldschadensbericht 1998.

Weinmosternte¹⁾

Art der Angabe	D 1992/ 1997	1995	1996	1997	1998
Hektarertrag (hl)	78,7	54,7	65,7	82,4	69,7
Gesamternte (1000 hl)	278,2	201,0	238,1	294,5	250,1
davon geeignet für Tafelwein ²⁾	—	—	—	—	—
Q.b.A.-Wein	95,8	106,9	122,8	98,4	116,2
Prädikatswein	182,4	94,1	115,3	196,1	133,8
Mostgewicht (° Öchsle)	79	76	75	80	77
Säuregehalt (‰)	10,5	12,5	13,0	10,2	10,5

1) Im Erwerbsweinanbau. — 2) Einschl. Landwein sowie Verarbeitungswein.

gen. Während im Sechsjahresdurchschnitt 1992/97 rund 66 % des Weinmostes zu Prädikatswein ausgebaut werden konnten, sind es vom Jahrgang 1998 nur knapp 54 %.

Nach dem Ergebnis der **Waldschadenserhebung²⁾** waren im vergangenen Jahr 25 % der Bäume ohne sichtbare Schäden (Vorjahr: 24 %). Der Anteil der schwach geschädigten Bäume ging von 43 auf 39 % zurück. Dagegen stieg der Anteil der Bäume in Hessens Wäldern, die starke Schäden aufweisen, deutlich an. Mit 36 % waren das 3 Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr.

Rindviehbestand rückläufig

Der seit 1986 anhaltende Bestandsabbau in der **Rindviehhaltung** setzte sich auch 1998 weiter fort. Mit 567 700 Tieren im November 1998 wurde der Bestand vom Dezember des Vorjahres um 1,3 % bzw. 7500 Tiere unterschritten. Die Zahl der Milchkühe ging im gleichen Zeitraum um 1900 bzw. 1,1 % auf 174 700 Tiere zurück. Gleichzeitig gaben 140 Betriebe die Rindviehhaltung auf. Von Januar bis Dezember 1998 wurden 975 700 t Milch über die Molkereien vermarktet, das waren 1600 t weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der rückläufige Trend in der **Schweinehaltung** hielt 1998 nicht weiter an. Mit 942 200 Tieren im November vergangenen Jahres wurden die Bestände an Schweinen im Vergleich

Rindvieh- und Schweinehaltung

Art der Angabe	1997 ¹⁾	1998 ²⁾	Zu- bzw. Abnahme (-)	
	1000			%
Rindvieh	575,2	567,7	- 7,5	- 1,3
darunter				
Milchkühe	176,6	174,7	- 1,9	- 1,1
Schlacht- und Mastrinder ³⁾	76,9	76,0	- 1,0	- 1,3
Rindviehhalter	17,2	17,0	- 0,1	- 0,8
darunter				
Milchkuhalter	8,6	8,4	- 0,2	- 2,5
Schweine	883,5	942,2	58,7	6,6
davon				
Ferkel ⁴⁾	434,0	454,9	20,9	4,8
Mastschweine	358,8	398,1	39,3	11,0
Zuchtschweine	90,7	89,2	- 1,5	- 1,7
Schweinehalter	21,0	21,3	0,4	1,7

1) Am 3. Dezember. — 2) Am 3. November. — 3) 1 Jahr und älter. — 4) Einschl. Jungmastschweinen.

zum Dezember 1997 um 6,6 % bzw. 58 700 Tiere aufgestockt.

Einzelhandel erstmals wieder im Plus

Fast die Hälfte der Ausgaben der Privathaushalte fließt in den Einzelhandel. So geben die Informationen über die dort getätigten **Umsätze** einen wichtigen Hinweis auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Nach ersten Ergebnissen für das Jahr 1998 stiegen die Umsätze der hessischen Einzelhandelsbetriebe im Vergleich zum Vorjahr um etwas über 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies real ein Wachstum von 0,7 %. Damit setzte sich die negative Entwicklung, die 1992 begonnen hatte, nicht mehr fort. Betrachtet man den Einzelhandel im engeren Sinn, das heißt ohne den Handel mit Kraftfahrzeugen sowie ohne Tankstellen — diese schnitten mit einem Umsatzzuwachs von nominal 2 % und real 1 % relativ gut ab —, so zeigt sich ein ähnliches Bild: Hier stiegen die Umsätze nominal um knapp 1 % und real um 0,6 %.

Am günstigsten war die Entwicklung beim Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen, medizinischen und ähnlichen Artikeln. Er weitete seinen Umsatz 1998 nominal um 7 % und real um 5 % aus. Es folgte der Handel mit Waren verschiedener Art, wozu beispielsweise die Kaufhäuser und Supermärkte zählen. Hier wuchs der Umsatz nominal um etwas über 3 % und real um 2,5 %. In den beiden genannten Branchen wird fast die Hälfte des Umsatzes des Einzelhandels im engeren Sinn getätigt. Dagegen stagnierte der Facheinzelhandel, der zu etwas über einem Drittel zum gesamten Einzelhandelsumsatz beiträgt. Nominal blieb sein Umsatz im Jahresvergleich nahezu unverändert, real gab es ein Minus von 0,5 %. Der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, mit einem Umsatzanteil von etwa 4 % allerdings von geringerem Gewicht, rutschte deutlich ins Minus. Nominal betrug die Abnahmerate 6 % und real sogar fast 8 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, mußte mit nominal – 7 % und real – 4 % klare Umsatzeinbußen hinnehmen. Diese Branche trägt zu etwa einem Siebtel zum Gesamtumsatz bei.

Die leicht positive Umsatzentwicklung schlug sich noch nicht in der Veränderung der Zahl der **Beschäftigten** nieder. Sie ging im Durchschnitt des Jahres 1998 um 1 % zurück, wobei die Zahl der Vollzeitbeschäftigten verglichen mit 1997 stärker abnahm als diejenige der Teilzeitbeschäftigten.

Außenhandel weiter ausgeweitet

Im Jahr 1998 konnte die hessische Wirtschaft Waren im Wert von 52,9 Mrd. DM im Ausland absetzen. Damit stieg die **Ausfuhr** gegenüber dem Jahr 1997 um annähernd 4 %. Deutlich über die Hälfte der Exporte geht nach wie vor in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU); hier kam es sogar zu einem Anstieg von 8 %. Bei den Staaten Österreich (+ 10 %), Frankreich (+ 12 %), Finnland und Italien (jeweils + 13 %), Vereinigtes Königreich (+ 14 %) sowie Irland (+ 26 %) lag der Zuwachs deutlich darüber. Die Niederlande lagen beim Durchschnitt für die EU-Staaten; positiv war die Entwicklung außerdem bei Griechenland (+ 7 %) und Spanien (+ 6 %) sowie Schweden (+ 3 %). Dagegen stagnierte die Ausfuhr nach Dänemark und nahm für Belgien/Luxemburg und Portugal (jeweils – 3 %) ab. In die EFTA-Staaten wurden etwas über 5 % der hessischen Ausfuhren geliefert; hier kam es zu einer Zunahme von 3 %.

Insgesamt nahmen die europäischen Staaten 71 % der hessischen Ausfuhren auf; im Vergleich zum Jahr 1997 kam es zu einem Wachstum von 7 %. Auch in den USA waren hessische Waren gut nachgefragt: Hier stieg die Ausfuhr ebenfalls um 7 % auf 5,4 Mrd. DM, was einem Anteil an der Gesamtausfuhr von etwas über 10 % entspricht. Gegenüber Japan kam es wegen der dortigen Wirtschaftskrise zu einem drastischen Rückgang von 19 %; der Warenwert belief sich auf 1,4 Mrd. DM.

Überwiegend Zuwächse gab es bei den wichtigsten Exportgütern; so bei elektrotechnischen Erzeugnissen 8 %, bei Maschinen 6 % sowie bei Eisen- und Metallwaren 5 %. Hauptexportgüter sind jedoch nach wie vor chemische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge. Hier verlief die Entwicklung uneinheitlich: Während bei chemischen Erzeugnissen im Vergleichszeitraum noch ein Zuwachs von 1 % verbucht werden konnte, gab es bei Kraftfahrzeugen einen Rückgang von 8 %.

Bei der **Einfuhr**, die sich wegen unterschiedlicher Abgrenzungskonzepte auf Länderebene nicht mit der Ausfuhr saldieren läßt, stieg der Wert im Jahresvergleich um 2 % auf 79,3 Mrd. DM. Hier lag der Anteil der EU-Staaten ebenfalls bei über der Hälfte; die Einfuhr aus diesen Staaten insgesamt blieb im Vergleichszeitraum nahezu unverändert. Besonders starke Zuwächse gab es bei den Einfuhren aus Österreich (+ 21 %), Portugal (+ 19 %) und Finnland (+ 17 %). Auch aus Schweden, Spanien, Griechenland und Belgien/Luxemburg wurden mehr Waren eingeführt. Dagegen stagnierten die Importe aus dem Vereinigten Königreich. Aus Italien kamen 2 % weniger, aus Frankreich 3 % weniger, aus Irland 4 % weniger, aus Dänemark 5 % weniger und aus den Niederlanden 6 % weniger Waren nach Hessen. Dagegen stieg der Wert der Importe aus den EFTA-Staaten um fast 5 %; ihr Anteil an den gesamten hessischen Einfuhren lag bei etwas unter 5 %. Während die Einfuhr aus Japan um 7 % stieg, kam es bei den USA zu einem Rückgang um 3,5 %. Die Anteile dieser Länder an der Einfuhr betragen knapp 8 % für Japan und 14,5 % für die USA.

Hauptsächlich wurden Kraftfahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und chemische Erzeugnisse aus dem Ausland nach Hessen eingeführt. Während es bei chemischen Erzeugnissen (+ 6 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 5 %) im Vergleichszeitraum Zuwächse gab, stagnierte die Einfuhr von Kraftfahrzeugen. Der Import von Maschinen war sogar rückläufig (– 3 %).

Mehr Gäste, aber kürzerer Aufenthalt

Im Jahr 1998 wurden die hessischen Beherbergungsstätten (mit neun oder mehr Betten) von 8,7 Mill. **Gästen** besucht, die 22,9 Mill. **Übernachtungen** buchten. Gegenüber dem Vorjahr waren das zwar mehr Gäste (+ 2,7 %), aber nur wenig mehr Übernachtungen (+ 0,2 %). Während die Zahl der Gäste mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 2,4 % stieg, ging die Zahl ihrer Übernachtungen um 0,3 % zurück. Günstiger sah es bei den Gästen mit ausländischem Wohnsitz aus: Ihre Zahl stieg um 3,7 % und die Zahl ihrer Übernachtungen um 2,5 %. Aufgrund der beschriebenen Entwicklung sank die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,7 auf 2,6 Tage.

Die Großstädte mit 100 000 oder mehr Einwohnern schnitten besser ab. Hier stieg die Zahl der Gäste um 5,5 % und die der Übernachtungen um 4,1 %. Sowohl bei den Ankünften als

auch bei den Übernachtungen waren es besonders die ausländischen Gäste, die zu diesem relativ guten Ergebnis beitrugen. Sehr unterschiedlich war die Entwicklung in den Fremdenverkehrsgemeinden mit Prädikat: In den Mineral- und Moorbädern kam es bei einem Zuwachs der Ankünfte um knapp 4 % zu einer Abnahme der Übernachtungen um etwas über 2 %; die heilklimatischen Kurorte büßten fast 1 % ihrer Gäste und 5 % ihrer Übernachtungen ein. Bei den Kneippkurorten waren es annähernd 2 % weniger Gäste und 7 % weniger Übernachtungen, bei den Luftkurorten ebenfalls annähernd 2 % weniger Gäste und 6 % weniger Übernachtungen. Dagegen konnten die Erholungsorte die Zahl ihrer Gäste um fast 3 % erhöhen, die Zahl der Übernachtungen verminderte sich allerdings um 1,5 %.

Unter den einzelnen Betriebsarten konnten sich die Hotels (2 % mehr Gäste und Übernachtungen) und Hotels garnis (4,5 % mehr Gäste und 3 % mehr Übernachtungen) gut behaupten. Dagegen büßten die Pensionen 2 % ihrer Gäste und 6 % ihres Übernachtungsvolumens ein; die Gasthöfe hatten zwar 1 % mehr Gäste, aber 3 % weniger Übernachtungen. Von den übrigen Betriebsarten konnten die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime ihre Gäste- und Übernachtungszahl deutlich ausweiten. Etwas gefestigter zeigten sich Sanatorien und Kurkrankenhäuser: Bei 4 % mehr Ankünften gingen die Übernachtungen 1998 „nur“ noch um 3 % zurück, nachdem 1997 als Auswirkungen der Gesundheitsstrukturreform über ein Drittel ihrer Übernachtungen wegbrachen.

Im vergangenen Jahr fanden außerdem noch 295 000 Gäste auf Campingplätzen vorübergehend Unterkunft, und zwar für 968 000 Übernachtungen. Hier nahm die Zahl der Gäste im Vergleichszeitraum um 3 % ab, bei den Übernachtungen war es ein Minus von 2 %.

Gastgewerbe im Minus

Im Jahr 1998 waren die **Umsätze** im hessischen Gastgewerbe 1 % niedriger als im Vorjahr. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, waren es sogar 2,5 % weniger. Zu diesem schlechten Ergebnis trug vor allem das Gaststättengewerbe bei. Hier gingen die Umsätze nominal um 2,5 % und real um 4 % zurück. Das Beherbergungsgewerbe büßte im Jahresvergleich nominal 1 % seines Umsatzes ein; real waren es 2 %. Ein Umsatzwachstum konnten allein die Kantinen und Catering-Unternehmen verzeichnen: nominal war es ein Plus von 2 % und real eines von 1 %.

Parallel zum Umsatz ging die Zahl der **Beschäftigten** im Vergleichszeitraum um 2 % zurück, wobei die Vollzeitbeschäftigten aber um 4 % abnahmen, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 1 % zunahm.

Weniger Güter auf dem Wasser und in der Luft

In der **Binnenschifffahrt** hat 1998 die umgeschlagene Gütermenge weiter abgenommen. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im vergangenen Jahr insgesamt 15 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 3 % weniger als 1997. Dabei sank das Volumen des Versands von Gütern um 8 % auf 2,4 Mill. t, während das Volumen des Empfangs um 2 % auf 12,5 Mill. t zurückging. Unter den wichtigsten Massengütern sank der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (Steinkohle und -briketts) um 4 % auf 2,3 Mill. t sowie von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen um 9 % auf 4,8 Mill. t. Dagegen stieg der Umschlag von Steinen und Erden (Sand, Kies, Bims und Ton) um 0,3 % auf 4,8 Mill. t.

Bei der **Personenbeförderung mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln** (Busse, Straßen- und U-Bahnen, ohne den Regionalverkehr, der von der DB AG bereitgestellt wird — wie zum Beispiel S-Bahnen) war die Tendenz positiv. Im Jahr 1998 wurden mit 461 Mill. Personen fast 4 % mehr Fahrgäste befördert als 1997. Die dabei zurückgelegten Wagenkilometer summierten sich auf 290 Mill., was 1 % mehr als im Vorjahr war.

Der **Luftverkehr** auf dem international bedeutenden Flughafen Frankfurt (Main) erreichte im Passagierverkehr neue Höchstmarken. Im Jahr 1998 erfolgten im zivilen Verkehr 416 000 Starts und Landungen, 6 % mehr als im Jahr 1997. Die Zahl der Fluggäste erhöhte sich ebenfalls um 6 % und überschritt mit 42,7 Mill. deutlich die 40-Millionen-Grenze. Insbesondere der Privatreiseverkehr sorgte — wie schon in den Vorjahren — für Zuwachs. Das Luftfrachtaufkommen war dagegen mit 1,4 Mill. t erstmals seit Anfang der achtziger Jahre rückläufig; die Abnahmerate betrug – 3 % gegenüber dem Vorjahr. Grund war hauptsächlich die Asienkrise: Der Frachtverkehr mit Asien ging um 5 % zurück. Trotz des Rückgangs zählt Frankfurt weiterhin zu den weltweit größten Luftfracht-Umschlagplätzen. Ebenfalls rückläufig war die beförderte Luftpost: Sie ging mit 135 000 t gegenüber 1997 um 6 % auf den Stand von 1987 zurück. Dies war ein Ergebnis der Neukonzeption der Transportlogistik der Deutschen Post AG, die dann zu einer Verlagerung des Posttransports auf die Straße geführt hat.

Zahl der Verkehrstoten auf niedrigstem Stand

Bei einem um 1 % gestiegenen Bestand an Kraftfahrzeugen bot der Verkehr auf Hessens Straßen im Verlauf des Jahres 1998 gegenüber dem Vorjahr ein weniger schlimmes Bild. Im vergangenen Jahr ereigneten sich 26 100 Verkehrsunfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Das waren 0,5 % weniger als vor Jahresfrist. Sehr viel stärker sank die Zahl derer, die tödliche Verletzungen erlitten, und zwar um 59 Menschen oder 10 % auf 537. Bei den Schwerverletzten betrug die Abnahme fast 5 % auf nunmehr 6900; bei den Leichtverletzten gab es dagegen im Jahresvergleich eine Zunahme um 1 % auf 28 300. Eine so niedrige Zahl an Verkehrstoten war seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950 noch nie beobachtet worden; damals waren 540 Verkehrstote zu beklagen.

Ruhiges Preisklima

1998 ist ein außerordentlich ruhiges Preisklima erreicht worden. Auf einigen Wirtschaftsstufen gingen die Preise sogar zurück. Im Verlauf des Jahres nahm die Teuerung meist nochmals ab, bzw. der Preisrückgang hat sich verstärkt. Nur der Anstieg der Bauleistungspreise hat sich wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. April 1998 beschleunigt.

Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gemessenen **Verbraucherpreise** waren 1998 im Durchschnitt trotz des Sondereinflusses der Mehrwertsteuererhöhung nur noch um 1,3 % höher als ein Jahr zuvor. Im April (unmittelbar nach der Steuererhöhung) hatte die am gleichen Monat des Vorjahres gemessene Rate noch 1,9 % betragen. Bis Dezember ging sie dann im Vergleich zum Dezember 1997 auf 0,7 % zurück. Niedriger als im Dezember 1998 war sie zuletzt Mitte 1987 gewesen. Im Januar und Februar 1999 hat sie diese Marke erneut unterschritten. Zu der Entwicklung der Verbraucherpreise 1998 trugen mehrere

Ausgewählte Preisindizes für Hessen und das Bundesgebiet

Jahr Monat	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹⁾ (1995 = 100)		Preisindex für Neubauleistungen an Wohngebäuden ¹⁾ (1995 = 100)		Index der Großhandels- verkaufspreise ²⁾ (1991 = 100)		Index der Erzeugerpreise			
							landwirtschaftlicher Produkte ²⁾ (1991 = 100)		gewerblicher Produkte ²⁾ (1995 = 100)	
	in Hessen				in Deutschland ³⁾					
	Indizes	Zunahme in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾	Indizes	Zu- bzw. Abn. (-) in % ⁴⁾
1995 D	100,0	.	100,0	.	103,7	2,1	91,6	- 0,1	100,0	.
1996 D	101,1	1,1	100,2	0,2	103,1	- 0,6	91,1	- 0,5	98,8	- 1,2
1997 D	102,8	1,7	99,8	- 0,4	105,6	2,4	92,5	1,5	99,9	1,1
1998 D	104,1	1,3	100,0	0,2	103,4	- 2,1	87,1	- 5,8	99,5	- 0,4
1997 Oktober	103,1	1,8	.	.	105,9	2,8	92,4	3,7	100,3	1,2
November	103,1	1,8	99,6	- 0,3	105,2	2,7	93,2	6,3	100,3	1,2
Dezember	103,4	1,8	.	.	105,6	2,8	93,0	4,6	100,2	1,1
1998 Januar	103,4	1,2	.	.	105,5	1,5	92,2	3,2	100,1	0,7
Februar	103,8	1,5	99,4	- 0,4	105,5	1,2	93,3	4,1	100,1	0,7
März	103,7	1,4	.	.	105,2	0,2	92,7	2,0	100,0	0,7
April	103,9	1,9	.	.	105,2	—	90,9	- 3,4	100,0	0,3
Mai	104,1	1,8	100,3	0,5	104,8	- 2,1	88,8	- 8,1	100,0	0,1
Juni	104,3	1,8	.	.	104,4	- 2,2	89,3	- 4,1	99,9	- 0,1
Juli	104,6	1,4	.	.	103,5	- 2,0	88,2	- 4,5	99,7	- 0,4
August	104,5	1,1	100,3	0,5	102,6	- 3,5	86,7	- 7,3	99,5	- 0,8
September	104,2	1,0	.	.	101,9	- 4,2	85,8	- 8,8	99,4	- 1,0
Oktober	104,1	1,0	.	.	100,9	- 4,7	83,3	- 9,8	98,9	- 1,4
November	104,0	0,9	100,1	0,5	100,5	- 4,5	82,7	- 11,3	98,5	- 1,8
Dezember	104,1	0,7	.	.	100,9	- 4,5	86,2	- 7,3	98,3	- 1,9
1999 Januar	104,0	0,6	.	.	101,2	- 4,1	83,6 P	- 9,3 P	97,8	- 2,3
Februar	104,2	0,4	99,9	0,5	100,7	- 4,5	84,2 P	- 9,8 P	97,7	- 2,4
März	104,4	0,7	.	.	101,4	- 3,6

1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. — 3) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 4) Gegenüber dem Vorjahr bzw. dem jeweiligen Vorjahresmonat.

Faktoren bei: So waren die Lohnstückkosten rückläufig. Die Einfuhrpreise nach Deutschland sanken gegenüber 1997 um 2,9 %; dabei gingen sie für Güter aus EU-Ländern um 2,0 % zurück und für Einfuhren aus OPEC-Ländern — also in erster Linie für Rohöl — um 23,2 %. Auch die Erzeugerpreise der für den deutschen Markt produzierten gewerblichen Produkte gingen zurück: 1998 waren sie in Deutschland um 0,4 % niedriger als im Vorjahr. Schließlich blieben die Großhandelsverkaufspreise in der Bundesrepublik um 2,1 % unter denen von 1997. Bei der Entwicklung der Verbraucherpreise spielten Heizöl und Kraftstoffe wieder eine besondere Rolle: Heizöl war 1998 im Jahresdurchschnitt in Hessen um 16,7 % und Kraftstoffe waren um 4,2 % billiger als im Vorjahr.

Der Preisindex für *Neubauleistungen an Wohngebäuden* (ohne Fertighäuser) war 1998 in Hessen wieder höher, und zwar um 0,2 %, als im Vorjahr. Zum Preisanstieg kam es allerdings nur wegen der Mehrwertsteuererhöhung. Seit August 1995 sind die Wohnungsbaupreise nur im Zusammenhang mit dieser Steuererhöhung gestiegen. Im Februar 1998 waren sie noch um 0,4 % niedriger, und im Mai, August sowie November (auch im Februar 1999) um jeweils 0,5 % höher als ein Jahr zuvor. Es gab aber auch 1998 eine unterschiedliche Preisentwicklung für den Roh- und Ausbau von Wohngebäuden: Während die Rohbauarbeiten um 0,1 % billiger waren, stiegen die Preise für den Ausbau um 0,7 %.

Der Index der *Großhandelsverkaufspreise*³⁾ war 1998 um 2,1 % niedriger als im Vorjahr, nachdem er von 1996 auf 1997 noch um 2,4 % gestiegen war. Der Umschwung kam im April 1998. Bis dahin war der Index noch höher als im jeweils

gleichen Monat des Vorjahres gewesen. Im Mai war er bereits um 2,1 % und im Dezember dann um 4,5 % niedriger als im Vergleichsmonat. Außenwirtschaftliche Einflüsse waren beim Großhandel mit Baumwolle (Preisstand Dezember 1998 gegenüber Dezember 1997: - 26 %), beim Großhandel mit NE-Metallen (- 20 %) sowie beim Großhandel mit Mineralöl-erzeugnissen (- 16 %) besonders groß. Zu dem starken Rückgang der Verkaufspreise im Großhandel mit lebendem Vieh (Dezember 1998 gegenüber Dezember 1997: - 29 %, darunter Schlachtschweine - 38 %) dürfte der Nachfrageausfall aus der Russischen Föderation erheblich beigetragen haben. Die Preise im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren waren im Dezember 1998 um 5,2 % niedriger als ein Jahr zuvor, was im wesentlichen auf die kräftige Verbilligung von Schweinefleisch und Wurstwaren zurückzuführen ist.

Nach den bis November vorliegenden Ergebnissen war der Index der *Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte*³⁾ 1998 erheblich niedriger als 1997. Im ersten Quartal war er zwar noch höher als vor Jahresfrist gewesen, im April lag er aber um 3,4 % und im November um 11,3 % unter dem Stand des Vorjahres. Vor allem für Schlachtschweine und Ferkel gab es dabei starke Preisrückgänge (November 1998 gegenüber November 1997 - 47,4 % bzw. - 61,6 %), aber auch die Erzeugerpreise für Getreide gingen zurück (- 6,3 %). Dem stand ein leichter Preisanstieg für Milch (+ 3,5 %) und ein starker Anstieg der Erzeugerpreise für Speisekartoffeln (+ 48,5 %) gegenüber.

3) Für Deutschland berechnet.

Der Index der *Erzeugerpreise gewerblicher Produkte*³⁾ (Inlandsabsatz) war 1998 im Jahresdurchschnitt um 0,4 % niedriger als ein Jahr zuvor, nachdem er von 1996 auf 1997 noch um 1,1 % gestiegen war. Auch in den ersten 5 Monaten des Jahres 1998 hatte er das Preisniveau des jeweils gleichen Monats des Vorjahres noch überschritten. Im Juni betrug der Preisrückgang binnen Jahresfrist dann 0,1 % und im Dezember 1,9 % (Januar 1999: -2,3 %). Zu starken Preissenkungen kam es 1998 bei rohstoffintensiv produzierten Erzeugnissen, deren Vorleistungsgüter aus dem Ausland bezogen werden. So waren die Erzeugerpreise für Mineralölerzeugnisse im Dezember 1998 um 11,9 % sowie für NE-Metalle sowie NE-Metallhalbzeug um 10,8 % niedriger als ein Jahr zuvor. Aber auch Bergbauliche Erzeugnisse waren im Dezember 1998 um 11,0 % sowie Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte um 6,2 % billiger als im Dezember 1997.

Reale Nettoverdienste wieder gestiegen

Von 1997 auf 1998 sind die Durchschnittsverdienste der Arbeitnehmer auch netto und preisbereinigt wieder gestiegen. Von 1996 auf 1997 — und für Steuerpflichtige ohne Kinder auch zwischen 1994 und 1996 (vorher haben entsprechende Berechnungen nicht stattgefunden) — war der Netto-Realverdienst der Arbeitnehmer noch gesunken. Die Arbeiter und Angestellten in der hessischen Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau (Männer und Frauen) verdienten 1998 mit allen Zulagen und Zuschlägen 5305 DM brutto pro Monat. Einmalige Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld oder 13. Monatsgehalt sind allerdings nicht

enthalten, dagegen wird das Überstundenentgelt berücksichtigt. Dieser Bruttoverdienst war damit um 2,4 % höher als ein Jahr zuvor. Von 1996 auf 1997 hatte die Bruttozunahme noch 1,3 % betragen. Nach Modellrechnungen hatte ein verheirateter Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern 1998 bei diesem Bruttoverdienst einen Nettoverdienst von 3984 DM; das waren 2,0 % mehr als 1997. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder errechnet sich ein Nettomonatsverdienst von 2885 DM, der um 2,5 % höher als 1997 war. Auch für ein Ehepaar ohne Kinder (beide berufstätig) ergibt sich ein Anstieg des Nettomonatsverdienstes um 2,5 %. Bei diesen Modellrechnungen sind unter anderem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen, und das Kindergeld ist (bei Arbeitnehmern mit Kindern) hinzugerechnet. Hintergrund der unterschiedlichen Entwicklung der Nettoverdienste ist die Senkung des Solidaritätszuschlages zu Beginn des Jahres 1998. Da er in seiner vollen Höhe für Arbeitnehmer ohne Kinder stärker als bei denen mit Kindern zu Buche geschlagen hatte, war auch seine Senkung bei Personen ohne Kinder stärker spürbar. Da die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gemessenen Verbraucherpreise 1998 im Jahresdurchschnitt um 1,3 % höher als 1997 gewesen waren, ergibt sich damit nach Berücksichtigung der Entwicklung der Verbraucherpreise für das erwähnte Ehepaar mit zwei Kindern ein Anstieg des Netto-Realverdienstes um 0,7 %, für das Ehepaar ohne Kinder einer um 1,2 % und für den alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder ein Anstieg um 1,3 %.

Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten

Jahr Monat	Durchschnittlicher Bruttoverdienst der Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ¹⁾				Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten				
	je Stunde		je Monat		im Produzierenden Gewerbe ¹⁾		im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe ²⁾		
	DM	Zunahme in % ³⁾	DM	Zunahme in % ³⁾	DM	Zunahme in % ³⁾	DM	Zunahme in % ³⁾	
Männer									
1997	Oktober	28,00	0,8	4 608	1,2	6 947	1,4	5 715	1,2
	D	27,89	0,6	4 563	0,7	6 900	1,0	5 698	1,4
1998	Januar	28,16	1,4	4 518	2,6	6 928	1,9	5 768	1,3
	April	28,38	1,5	4 643	1,0	7 024	1,9	5 883	4,0
	Juli	28,47	2,6	4 678	2,4	7 039	1,9	5 903	3,3
	Oktober	28,96	3,4	4 769	3,5	7 127	2,6	5 945	4,0
	D	28,58	2,5	4 678	2,5	7 050	2,2	5 893	3,4
Frauen									
1997	Oktober	21,10	0,8	3 363	0,5	5 076	2,6	4 446	1,8
	D	21,03	0,9	3 356	0,9	5 035	2,4	4 427	2,4
1998	Januar	21,24	1,7	3 381	2,0	5 090	2,7	4 522	3,2
	April	21,33	1,4	3 418	1,5	5 129	2,1	4 568	3,8
	Juli	21,44	1,9	3 426	1,9	5 172	2,7	4 591	3,3
	Oktober	21,61	2,4	3 450	2,6	5 209	2,6	4 639	4,3
	D	21,45	2,0	3 426	2,1	5 163	2,5	4 592	3,7
Männer und Frauen									
1997	Oktober	27,12	0,9	4 444	1,1	6 459	1,7	5 176	1,6
	D	27,00	0,6	4 403	0,8	6 413	1,4	5 154	2,0
1998	Januar	27,25	1,5	4 368	2,7	6 447	2,1	5 239	2,2
	April	27,47	1,5	4 481	1,1	6 530	2,0	5 330	4,2
	Juli	27,58	2,6	4 515	2,4	6 549	2,1	5 350	3,4
	Oktober	28,04	3,4	4 599	3,5	6 630	2,6	5 398	4,3
	D	27,67	2,5	4 515	2,5	6 558	2,3	5 346	3,7

1) Einschl. Hoch- und Tiefbau. — 2) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 3) Jeweils gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Arbeiterinnen und Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) hatten 1998 mit 4515 DM brutto im Monat im Durchschnitt 2,5 % mehr als 1997; die Männer verdienten 4678 DM und die Frauen 3426 DM. Die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie hatten einen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 6558 DM. Männer kamen hier auf 7050 DM und Frauen auf 5163 DM. Das waren für die Frauen 2,5 %, für die Männer 2,2 % und zusammen 2,3 % mehr als 1997. Im Handel, dem Reparaturgewerbe (ohne Handwerk) sowie bei Banken und Versicherungen war das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der Angestellten 1998 mit 5346 DM um 3,7 % höher als 1997 (Männer hatten mit 5893 DM 3,4 % und Frauen mit 4592 DM 3,7 % mehr). Im Einzelhandel war es wieder besonders niedrig: Für Frauen lag das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt dort 1998 bei 3664 DM und für Männer bei 4507 DM.

Unternehmensinsolvenzen mit leichtem Rückgang

In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 hatten die weltwirtschaftlichen Wachstumseinbußen auch die Nachfrage nach deutschen Produkten gedämpft. Im Zusammenspiel mit den Unsicherheiten über die zukünftige Kosten- und Steuerbelastung im Inland haben damit retardierende Kräfte an Boden gewonnen. Demgegenüber bestand aber über das gesamte Jahr 1998 eine relativ gute Gewinnsituation für Unternehmen und — bei niedrigen Zinsen — ein weithin günstiges Umfeld für Investitionen. Vor diesem Hintergrund hatte die Zunahme der Unternehmenskonkurse in Hessen bereits im dritten Quartal des Jahres 1998 deutlich an Schwung verloren. Nachdem im Juli noch eine Zunahme um fast 31 % festgestellt werden mußte, wurden im August 22 % und im September 25 % weniger Insolvenzen hessischer Unternehmen als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1997 erfaßt. Auch im vierten Quartal nahmen die Unternehmenskonkurse weiter ab. Die Abnahmeraten blieben mit rund 46 % im Oktober und 21 % im November zunächst recht hoch. Im Dezember wurde dann noch ein Rückgang um fast 10 % verzeichnet.

Aufgrund dieser Wende in der Entwicklung konnten die Zunahmen der Insolvenzen aus den ersten sieben Monaten kompensiert werden. Im Ergebnis des Jahres 1998 kam es bei den hessischen Unternehmen sogar erstmals seit sieben Jahren wieder zu einem leichten Rückgang der Insolvenzen. Im vergangenen Jahr wurden 34 oder 1,7 % weniger Insolvenzen hessischer Unternehmen registriert als im Jahr 1997 (insgesamt 1967). Ferner gab es im Jahr 1998 — wie auch im Vorjahr — nur ein eröffnetes Vergleichsverfahren.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich der im Jahr 1998 insgesamt zu beobachtende Rückgang der Unternehmensinsolvenzen differenziert dar. So war insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe Hessens eine deutliche Abnahme eingetreten (– 14 %). Auch der Bereich „Kraftfahrzeughandel und –service“ (einschl. Tankstellen) trug bedeutsam zum Rückgang der Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen bei. Zu stärkeren Zunahmen der Konkursbeantragungen kam es hingegen, bei jeweils rund 20 Insolvenzfällen mehr als im Vorjahr, im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Von den 1966 Konkursanträgen im Jahr 1998 führten lediglich 492 (25 %) auch zur Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnungsquote hatte im Jahr 1997 mit fast 26 % nur geringfügig höher gelegen. Allerdings gelangten in den im letzten Jahr eröffneten Konkursverfahren Forderungen in Höhe von rund 1,9 Mrd. DM zur Auseinandersetzung, das waren gut 409 Mill. DM oder 28 % mehr als im Vorjahr.

Die Forderungsverluste aus nicht eröffneten Konkursverfahren addierten sich im Jahr 1998 auf 842 Mill. DM und lagen damit um 55 Mill. DM oder 6 % niedriger als 1997. Herausragende Konkursereignisse des Jahres 1998 waren bei den Unternehmen der Konkurs der Fröhlich Bau AG (Amtsgericht Melsungen; Forderungsvolumen: 367 Mill. DM) und der FRANZ Möbel-Einrichtungshäuser KG (Amtsgericht Dillenburg; Forderungsvolumen: 135 Mill. DM).

Insolvenzen

Wirtschaftsbereich	1996	1997	1998	Zu- bzw. Abn. (-) 1998/1997 in %
Land- und Forstwirtschaft	20	27	19	– 29,6
Fischerei und Fischzucht	—	—	—	—
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	1	2	—	—
Energie- und Wasserversorgung	—	—	—	—
Verarbeitendes Gewerbe	272	270	232	– 14,1
Baugewerbe	458	495	488	– 1,4
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz. u. Gebrauchsgütern darunter	455	437	413	– 5,5
Kfz.-Handel, Instandhaltung und Rep. von Kfz., Tankstellen	62	52	37	– 28,8
Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz.)	143	147	145	– 1,4
Einzelh. (ohne Handel mit Kfz., Tankst.), Rep. von Gebrauchsgütern	250	238	231	– 2,9
Gastgewerbe	125	120	141	17,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	135	137	129	– 5,8
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	12	10	30	.
Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen	415	413	413	0,0
Erziehung und Unterricht	5	4	1	– 75,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	15	24	28	16,7
Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen	50	62	73	17,7
Unternehmen und freie Berufe z u s a m m e n	1 963	2 001	1 967	– 1,7
Übrige Gemeinschaftsdner: (natürliche Personen, Nachlässe u. Sonstige)	516	614	538	– 12,4
I n s g e s a m t¹⁾	2 479	2 615	2 505	– 4,2

1) Unter Ausschluß der Doppelzählung von Anschlußkonkursen.

Die Wende in der Entwicklung der Unternehmenskonkurse war, wenngleich nicht flächendeckend in der gesamten Bundesrepublik, so doch auch im Bundesergebnis insgesamt zu beobachten. In Kommentaren zu dieser Entwicklung wurde häufig ausgeführt, daß sie ein Reflex auf das zum Beginn des Jahres 1999 in Kraft tretende neue Insolvenzrecht sei. Allerdings ist für diese Einschätzung keine Grundlage gegeben. Der ganz überwiegende Teil — im langjährigen Durchschnitt rund zwei Drittel der Beantragungen — von Unternehmenskonkursen nämlich betrifft Kapitalgesellschaften, für die sich durch das Verbot der Konkursverschleppung überhaupt nicht die Option eines „Zuwartens“ bietet. Und von Gläubigerseite ist, bei nachhaltigem Zahlungsverzug, schon gar nicht mit einem weiteren „großzügigen“ Zuwarten auf eine neue Rechtsgrundlage, die aus Gläubigersicht eher Erschwernisse bringen wird, zu rechnen. Auch im Jahr 1998 richteten sich mit rund 1300 zwei Drittel der Insolvenzverfahren gegen Kapitalgesellschaften. Dies waren 80 oder knapp 6 % weniger Konkurse von Kapitalgesellschaften als im Jahr 1997. Dagegen waren bei den Unternehmensformen mit persönlichen Schuldverhältnissen, für die die neue Insolvenzordnung schon allein durch das Institut der Restschuldbefreiung deutliche Vorteile bieten kann, noch Zunahmen der Konkursbeantragungen festzustellen. So haben die Konkurse von nichteingetragenen Unternehmen und Einzelunternehmen von 580 im Jahr 1997 auf 620 im Jahr 1998 zugenommen (+ 7 %).

Noch deutlicher als bei den Unternehmen beruhigte sich das Insolvenzgeschehen bei den natürlichen Personen, Nachlässen und anderen, nichtkommerziellen Institutionen, die man, in Abgrenzung zu dem für das Insolvenzgeschehen dominanten Unternehmensbereich, zusammenfassend als „Übrige Gemeinschuldner“ bezeichnet. Es wurden im Jahr 1998 nur 540 Konkurse von „Übrigen Gemeinschuldnern“ verzeichnet, gut 12 % weniger als noch im Jahr 1997. Nur jeder sechste Konkurs von „Übrigen Gemeinschuldnern“ führte dabei allerdings zur Eröffnung eines Konkursverfahrens. In 460 (86 %) Konkursbeantragungen gegen „Übrige Gemeinschuldner“ wurde die Verfahrenseröffnung mangels einer zur Deckung der Verfahrenskosten ausreichenden Masse von den Konkursgerichten abgelehnt. Aus diesen abgelehnten Konkursanträgen gingen den Gläubigern angemeldete Forderungen in Höhe von 27 Mill. DM verloren. In den 77 eröffneten Verfahren gelangten Forderungen in Höhe von fast 56 Mill. DM zur Auseinandersetzung. Spektakulärster Insolvenzfall bei den „Übrigen Gemeinschuldnern“ war im Jahr 1998 der tragische Nachlaßkonkurs des Grafen Erwin Matuschka-Greifffenclau (Amtsgericht Rüdeseheim, Forderungsvolumen: 24 Mill. DM).

Spareinlagen: Wachstum nur durch Zinsen

Der Bestand an Spareinlagen bei Sparkassen, Banken und sonstigen Geldinstituten stieg Ende 1998 erstmals über die 100 Mrd. DM-Marke. Dabei waren die Spareinlagen von Nichtbanken bei den Banken in Hessen 1998 gegenüber 1997 nur noch um gut 2 % angewachsen, nachdem sie 1997 noch um fast 3 % und 1996 um 7,6 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zugenommen hatten. Der Saldo aus Last- und Gutschriften im Jahr 1998 wies eine Abnahme von 1,4 Mrd. DM auf, so daß der Zuwachs der Spareinlagen nur durch die Zinsgutschriften möglich wurde. Offenbar wurde in

Sparverkehr bei Sparkassen, Banken und sonstigen Geldinstituten¹⁾

Bewegungen der Spareinlagen	1996	1997	1998	Zu- bzw. Abn. (-) in %	
				1997	1998
				gegenüber	
Mill. DM				1996	1997
Gutschriften	54 631	48 543	45 373	- 11,1	- 6,5
Lastschriften	51 176	49 081	46 786	- 4,1	- 4,7
Saldo der Gut- und Lastschriften	3 455	- 538	- 1 413	—	—
Zinsen	3 345	3 308	3 437	—	—
Spareinlagenbestand Ende Dezember	95 897	98 667	100 700	2,9	2,1

1) Ohne Postbank.

Hessen die leichte Ausweitung des Konsums — wenn auch zu einem geringen Teil — durch einen Rückgang des privaten Sparaufkommens „mitfinanziert“. Dies dokumentiert möglicherweise ein parallel zu der höheren Wirtschaftsaktivität im Jahr 1998 gestiegenes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft. Mehr noch dürfte diese Entwicklung aber die Auswirkungen der im Jahr 1998 auf neue historische Tiefstände gefallenen Kapitalmarktzinsen reflektieren⁴⁾. Relativ zur Gesamtsumme der Einlagen von Nichtbanken bei den hessischen Kreditinstituten — sie belief sich Ende 1998 auf 581 Mrd. DM und war damit um 52 Mrd. DM oder 9 % höher als 1997 — wurden offenbar unter dem Einfluß der Zinsentwicklung verstärkt Anlagen in Termingeldern getätigt. Ihr Bestand bei den hessischen Banken stieg von 279 Mrd. DM Ende 1997 um über 33 Mrd. DM (+ 12 %) auf fast 313 Mrd. DM an. Damit stieg der Anteil der Termineinlagen an den Gesamteinlagen bei den hessischen Banken von knapp 53 % auf fast 54 % an, während der Anteil der Spareinlagen von knapp 19 % auf gut 17 % zurückging. Der seit Jahren zu beobachtende kontinuierliche Anstieg der Sichteinlagen setzte sich vermutlich durch die lukrativen Angebote der Direktbanken weiter fort. Ende 1998 erreichten sie ein Volumen von 127 Mrd. DM und stellten damit 22 % der Einlagen von Nichtbanken. Die restlichen 7 % der Einlagen entfielen zu gleichen Teilen auf die wenig zinsreagiblen, längerlaufenden Sparbriefe und die von Sonderentwicklungen abhängigen Treuhandkredite. Die Entwicklung bei den Einlagen wurde maßgeblich von den inländischen Unternehmen bestimmt, denen — vor den ausländischen Nichtbanken mit über 30 % — zu 60 % die rentierlicheren Termingelder zuzurechnen sind, und die auch fast drei Viertel ihrer Einlagen bei den Banken in Termingeldern hielten. Private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbzzweck suchten dagegen mit ihren Einlagen bei den Banken nur zu rund 20 % termingebundene Anlageformen (davon jeweils 10 % in Termingeldern und Sparbriefen) auf, während sie 60 % in Spareinlagen und die restlichen 20 % in Sichteinlagen hielten.

Deutlich weniger Wechsel- und Scheckproteste

Von den durch hessische Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstituten im Jahr 1998 (1997) zur Zahlung präsentierten Wechseln gingen rund 4300 (6000) zu Protest. Dies bedeutete eine Abnahme von fast 30 % im Jahr 1998 gegenüber 1997. Die Wertsumme der mit Protest belegten Wechsel ging zeitgleich von fast 131 Mill. DM um etwas mehr als ein

4) Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, 50. Jahrgang, Nr. 12, Frankfurt am Main, Dezember 1998, S. 9.

Wechsel- und Scheckproteste¹⁾

Jahr	Protestierte Wechsel			Protestierte Schecks		
	Anzahl	Wechselsumme		Anzahl	Schecksumme	
		ins- gesamt	je Wechsel		ins- gesamt	je Scheck
		1000 DM	DM		1000 DM	DM
1996	7 071	123201	17 423	143 151	669 417	4 676
1997	6 044	130772	21 637	142 819	598 148	4 188
1998	4 272	96194	22 517	118 896	537 376	4 520

1) Ohne Postbank.

Viertel (26 %) auf 96 Mill. DM zurück. Die Interpretation der Entwicklung der Wechselproteste im konjunkturellen Zusammenhang ist auf Grund der rein zahlenmäßigen Betrachtung, ohne beträchtliches „Insiderwissen“ kaum möglich. Die aktuelle, deutlich rückläufige Entwicklung dürfte allerdings vor dem Hintergrund zu interpretieren sein, daß Wechsel nicht mehr als Zahlungsmittel verwendet und nur noch ausnahmsweise als Sicherheitsleistungen angenommen werden. So haben die Banken ihre Wechselrefinanzierung bei der Bundesbank im Verlauf der letzten Monate des Jahres 1998 schrittweise reduziert. Mit Ablauf des Monats November endete der Ankauf von im Ausland zahlbaren Wechseln. Nach dem 23. Dezember wurde der Wechselankauf durch die Deutsche Bundesbank und damit diese Refinanzierungsmöglichkeit des Bankensystems weitgehend eingestellt⁵⁾. Auch die Zahl der Scheckproteste erreichte im Jahr 1998 einen neuen Tiefstand. Von den im Jahr 1998 bei hessischen Geld- und Kreditinstituten eingereichten Schecks wurden lediglich knapp 119 000, rund 24 000 oder 17 % weniger als im Jahr 1997, nicht eingelöst. Damit blieben Verbindlichkeiten in Höhe von 537 Mill. DM zunächst ungedeckt. Im Jahr 1997 hatte die Wertsumme der nicht gedeckten Schecks noch um 60 Mill. DM oder um 10 % höher gelegen. Ursächlich für die günstige Entwicklung bei den Scheckprotesten dürften die niedrigen Zinsen auf dem Kapitalmarkt und die spürbare Besserung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 1998 gewesen sein.

Kommunal Finanzen — Defizite rückläufig

Im Jahr 1998 sind die *Defizite* der kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen nach 1997 wiederum beträchtlich zurückgegangen. Nach den Daten der vierteljährlichen Kassenstatistik haben die kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 367 Mill. DM erwirtschaftet. Konnte 1997 in den Flächenländern alleine auf der hessischen Kommunalebene ein positiver Finanzierungssaldo von rund 230 Mill. DM erreicht werden, so wiesen die kommunalen Gebietskörperschaften 1998 in den alten Bundesländern nur noch in Rheinland-Pfalz und im Saarland einen negativen Finanzierungssal-

5) Bis zum Beginn der Europäischen Währungsunion gehörte zu den geldpolitischen Instrumenten der Deutschen Bundesbank auch die Diskontpolitik. Im Rahmen individueller Rediskontkontingente kaufte die Bundesbank dabei nach Maßgabe von § 19 BBankG von den Kreditinstituten zu ihrem Diskontsatz „gute Handelswechsel“ an. Mit Beginn der Währungsunion am 1. Januar 1999 ist zwar der Rediskontkredit entfallen. Die Bundesbank wird aber weiter Wechsel im Rahmen der Refinanzierungsgeschäfte des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) von den Kreditinstituten hereinnehmen. Für „gute Handelswechsel“, d.h. für „notenbankfähige“ Nichtbank-Unternehmen mit Sitz im Inland, gelten nun die vergleichsweise strengeren Bonitätsanforderungen des ESZB.

do auf. Zu dieser positiven Entwicklung der Finanzverfassung der kommunalen Ebene haben sicher wieder Ausgliederungen sowie Veräußerungen von Beteiligungen und Vermögenswerten beigetragen. Doch auch wenn solche finanziellen Transaktionen ausgeklammert werden, ist die Tendenz zur Verbesserung nicht zu übersehen. In Hessen zeigt allerdings hierzu die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung, daß mehrheitlich nur die Gemeinden — die kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden —, nicht aber die Landkreise positive Finanzierungssalden erreichten. So gelang nur den Landkreisverwaltungen des Hochtaunuskreises, des Landkreises Limburg-Weilburg und des Landkreises Fulda der Ausgleich ihrer Haushalte aus eigener Kraft. Die übrigen achtzehn Kreisverwaltungen konnten ihre Haushalte nur über Kreditaufnahmen zum Ausgleich bringen. Der insgesamt hohe positive Finanzierungssaldo der kreisfreien Städte ist auch im Jahr 1998 wieder, wengleich nicht mehr so markant wie noch im Jahr 1997, auf das gute Ergebnis der

Finanzierungssalden hessischer Gebietskörperschaften 1997 und 1998 in Mill. DM

Gebietskörperschaft(en)	Finanzierungssaldo 1997	Finanzierungssaldo 1998	Zu- bzw. Abnahme (-)
Kreisfreie Städte	495	477	- 18
davon			
Darmstadt	- 40	- 22	18
Frankfurt am Main	619	506	- 113
Offenbach am Main	- 42	10	52
Wiesbaden	- 17	33	50
Kassel	- 24	- 50	- 26
Kreisangehörige Gemeinden	- 67	146	213
Kreisverwaltungen	- 120	- 198	- 78
Landeswohlfahrtsverband	- 78	- 58	20
Kommunale Gebietskörperschaften insgesamt	230	367	137

Stadt Frankfurt am Main zurückzuführen, das aktuell allerdings nicht mehr über die Veräußerung von Vermögenswerten, sondern wesentlich durch die Steigerung der Steuereinnahmen zustande kam.

Bei den Steuererträgen der kommunalen Gebietskörperschaften hat sich — vor dem Hintergrund der verbesserten Ertragslage der Unternehmen, einer günstigeren Beschäftigungsentwicklung sowie der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes — insgesamt eine positivere Aufkommenstendenz über das ganze Jahr 1998 fortgesetzt. So sind die *aggregierten Steuereinnahmen* auf der kommunalen Ebene um fast 12 % auf über 11 Mrd. DM angestiegen. Mit dem allmählichen Rückgang der steuerlichen Ausfälle aufgrund der Investitionsförderung in Ostdeutschland scheint die Erosion der Steuerbemessungsgrundlage an Bedeutung zu verlieren. So wiesen die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer deutliche Zuwächse auf. Auch hier jedoch bestehen signifikante Unterschiede in den Aggregaten der kreisfreien Städte und der kreisangehörigen Gemeinden. Während bei den kreisfreien Städten, wesentlich gestützt auf einen mit 3,3 Mrd. DM wahren Steuerregen in Frankfurt am Main (+ 26 %), die Steuereinnahmen insgesamt um über 20 % auf 4,9 Mrd. DM kletterten, schafften sie bei den kreis-

**Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen
der Gemeinden und Gemeindeverbände
1997 und 1998**

Ausgaben- bzw. Einnahmenart	1997	1998	Zu- bzw. Abnahme (-) in %	
	Mill. DM		1997	1998
			gegenüber	
	1996	1997		
Ausgaben				
Ausgaben des Verwaltungshaushalts	26 613	27 214	- 2,8	2,3
darunter				
Personalausgaben	6 129	6 236	- 1,0	1,7
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	4 017	3 996	- 1,2	0,5
Erstattungen, kalkulatorische Kosten	2 315	2 500	- 4,6	8,0
Leistungen der Sozial- u. Jugendhilfe	5 651	5 679	- 4,1	0,5
Zinsausgaben (einschl. innere Darlehen)	1 234	1 228	- 5,8	0,4
Ausgaben des Vermögenshaushalts	6 386	5 952	- 8,1	6,8
darunter				
Baumaßnahmen, Vermögenserwerb	3 253	3 046	- 10,4	6,4
Ausgaben insgesamt	32 999	33 166	- 3,9	0,5
Einnahmen				
Einnahmen des Verwaltungshaushalts	26 980	27 744	- 1,2	2,8
darunter				
Gewerbesteuer (netto) ¹⁾	4 149	4 231	9,5	2,0
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3 770	4 046	7,6	7,3
Ifd. Zuweisungen und Zuschüsse	6 771	6 501	- 0,5	4,0
Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb	5 907	5 957	- 5,6	0,7
Einnahmen des Vermögenshaushalts	6 116	5 650	- 13,8	7,6
darunter				
Investitionszuweisungen	766	684	- 17,5	10,8
Kredite und innere Darlehen	1 477	1 618	- 20,0	9,5
Einnahmen insgesamt	33 095	33 394	- 3,8	0,9

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

angehörigen Gemeinden nur einen Zuwachs um 6 % auf 6,3 Mrd. DM. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den kommunalen Gebietskörperschaften in Hessen zusammen Gesamtsteuereinnahmen (netto) in Höhe von fast 10 Mrd. DM. Dies waren 8,7 % mehr als 1997. Aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer flossen den hessischen Kommunen im ersten Jahr ihrer Beteiligung an dem Aufkommen der Mehrwertsteuer fast 370 Mill. DM zu. Davon entfielen 170 Mill. DM auf die fünf kreisfreien Städte. Vor dem Hintergrund der insgesamt positiven Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen scheinen keine Diskussionen darüber aufkommen zu wollen, ob über den Anteil an der Umsatzsteuer ein Ausgleich für den nur näherungsweise bezifferbaren Wegfall der Einnahmen aus der Gewerbekapitalsteuer gelungen sei.

Durch die insgesamt kräftiger sprudelnden Steuereinnahmen stiegen die **Gesamteinnahmen** der hessischen kommunalen Gebietskörperschaften — trotz gesunkener Zuweisungen des Landes — um etwas über 2 % auf 34,6 Mrd. DM. Davon verblieben den kommunalen Kassen nach Abführung der Gewerbesteuerumlage rund 33,4 Mrd. DM, ein knappes Prozent mehr als im Jahr 1997.

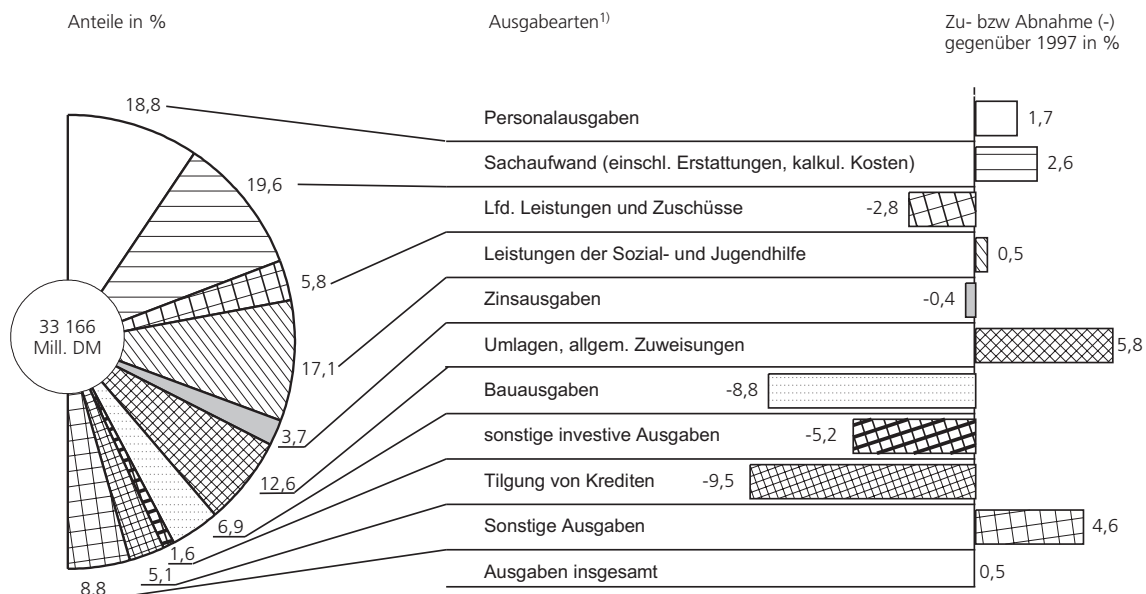
Auf der **Ausgabenseite** der kommunalen Haushalte kam es im Jahr 1998 zu relativ moderaten Zu- bzw. Abnahmen. Die

günstige Entwicklung auf den Kapitalmärkten führte bei sinkenden Kreditzinsen und weiteren Nettokreditillungen zu rückläufigen Zinsausgaben. Nur bei den Kreisverwaltungen stieg die Zinsbelastung im letzten Jahr noch an. Hier mußten durchschnittlich fast 4,20 DM je 100 DM der Einnahmen⁶⁾ für die Zinszahlungen aufgebracht werden, fast 0,50 DM mehr als noch 1997. Dagegen hatten die kreisfreien Städte gegenüber 1997 mit 6 DM ihre Zinslast um genau 0,50 DM je 100 DM ihrer Einnahmen reduzieren können. Im Durchschnitt mußten die kommunalen Haushalte 1998 (1997) 4,07 DM (4,20 DM) je 100 DM ihrer Einnahmen für Zinsen aufwenden. Auch der zurückhaltende Tarifabschluß für den Öffentlichen Dienst, der nur eine prozentuale Steigerung der Löhne und Gehälter um 1,5 % für die hier Beschäftigten erbrachte, kam den Konsolidierungsbemühungen der kommunalen Gebietskörperschaften entgegen. Die Personalausgaben stiegen gleichwohl um 1,7 % gegenüber 1997 an. Die Tendenz zu steigenden Personalausgabenquoten setzte sich damit insgesamt weiter fort: Die kommunalen Haushalte hatten im Jahr 1998 (1997) durchschnittlich 22,2 % (21,9 %) ihrer Ausgaben⁶⁾ für ihr aktives Personal und für Versorgungsbezüge aufzuwenden. Entsprechend der unterschiedlichen Aufgabenstrukturen und Personalintensitäten der Aufgaben wiesen danach im Jahr 1998 unter den Gebietskörperschaften die kreisangehörigen Gemeinden mit 26,7 % die höchste Personalausgabenquote auf, während die Kreisverwaltungen mit knapp 17,1 % den geringsten Personalkostenanteil auswiesen. Der für die kommunale Ebene recht bedeutsame Ausgabenblock des Sachaufwands (einschl. Erstattungen und kalkulatorischer Kosten) wuchs im Jahr 1998, nach den Umlagen, am stärksten an (+ 2,6 %). In diesem Ausgaben-segment werden vielfältige, zumeist regional und kommunal spezifische Faktoren wirksam. Lediglich die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer wird sich hier universal ausgabensteigernd ausgewirkt haben. So läßt sich auch für das Jahr 1998 keine einheitliche Entwicklungslinie bei den Gebietskörperschaften für ihre Sachausgaben feststellen. Die kommunalen Belastungen durch das Bundessozialhilfegesetz waren 1998, infolge weithin eher rückläufiger Zahlen von Arbeitslosen, Kriegsvertriebenen und -flüchtlingen sowie Asylbewerbern, um nur 0,5 % im Vergleich zum Jahr 1997 angewachsen.

Diese moderaten Steigerungen in den großen kommunalen Ausgabenblöcken wurden in ihrer Wirkung auf die Ausgabenaggregate der Gebietskörperschaften von deutlich dämpfenden Einflüssen aus dem investiven Bereich flankiert. Die sich in den Sachinvestitionen niederschlagenden Sparbemühungen der Gemeinden kumulierten in einem Rückgang der Ausgaben der Vermögenshaushalte um 434 Mill. DM oder nahezu 7 % auf knapp unter 6 Mrd. DM. Die reinen Bauausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände fielen bei einem Rückgang um fast 9 % gegenüber dem Jahr 1997 auf gerade noch 2,3 Mrd. DM zurück. Durchschnittlich wurden aus den kommunalen Haushalten im Jahr 1998 (1997) nur noch 12,3 % (13,3 %) der Ausgaben für investive Zwecke aufgewendet. Bei den kreisfreien Städten fiel dieser Wert so-

6) Zur Berechnung der finanzstatistischen Kennziffern werden für Lastquoten bereinigte Einnahmen, für Ausgabenquoten bereinigte Ausgaben nach folgenden Berechnungsschemata zugrundegelegt:
Einnahmen = Einnahmesumme abzüglich besondere Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnische Verrechnungen und Zahlungen von gleicher Ebene; Ausgaben = Ausgaben-summe abzüglich besonderer Finanzierungsvorgänge, haushaltstechnischer Verrechnungen und Zahlungen von gleicher Ebene.

Kommunale Ausgaben in Hessen 1998



HSL 9/99

1) Anteilrente auf Basis der unbereinigten Gesamtausgaben (abzügl. Gewerbesteuerumlage)

gar unter 9 %. Es sei an dieser Stelle aber daran erinnert, daß natürlich, spiegelbildlich zu den Einnahmen, auch die Entwicklung der Ausgaben durch die fortgesetzten Ausgliederungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst ist. Bei Interpretation des Datenmaterials in Hinblick auf die Nachfragerwirkungen der öffentlichen Haushalte, etwa für die Baubranche, ist dieser Gesichtspunkt besonders zu vergegenwärtigen.

Die kommunale Kreditwirtschaft unterliegt, im Vergleich zu Bund und Land, restriktiveren gesetzlichen Bestimmungen. Im Vordergrund steht hier die Regelung, daß Kredite nur für investive Zwecke verwendet werden dürfen. Konsolidierungsphasen mit rückläufigen Sachinvestitionen müssen sich daher auf der kommunalen Ebene auch in der Entwicklung der Kreditaufnahme widerspiegeln. Tatsächlich haben die hessischen kommunalen Gebietskörperschaften im kassenmäßigen Abschluß des Jahres 1998 eine Nettotilgung ihrer Kredite um fast 70 Mill. DM vorzuweisen. Dies war allerdings lediglich ein Fünftel des im Jahr 1997 von den kommunalen Haushalten netto getilgten Kreditbetrages (390 Mill. DM). Die nach Gebietskörperschaften differenzierende Betrachtung zeigt hier, daß es im wesentlichen die kreisfreien Städte, und darunter Frankfurt am Main und Kassel, waren die einen konsequenten Konsolidierungskurs einhielten und durch ihre hohen Kredittilgungen einem Zuwachs im Aggregat der kommunalen Neuverschuldung entgegenwirkten. So haben die kreisfreien Städte nach 602 Mill. DM im Jahr 1997 im letzten Jahr nochmals 165 Mill. DM mehr an Krediten zurückgezahlt als sie aufgenommen haben. Die Stadt Frankfurt am Main tilgte netto fast 158 Mill. DM an Krediten, die Stadt Kassel gut 30 Mill. DM. Die finanzstrategisch positive Auswirkung des Konsolidierungskurses der Stadt Frankfurt am Main kann anhand der Schuldendienstbelastung sehr deutlich vor Augen

geführt werden. So war der Haushalt der Mainmetropole im Jahr 1997 je 100 DM ihrer Einnahmen⁶⁾ noch mit 17,20 DM für den Schuldendienst belastet. 1998 brauchte die Stadt hierfür nur noch rund 11,40 DM je 100 DM ihrer Einnahmen aufzuwenden. Insgesamt nahmen im Ergebnis der verschiedenen Bereiche die Ausgaben aller hessischen kommunalen Gebietskörperschaften um 167 Mill. DM oder 0,5 % auf 33,2 Mrd. DM zu, nachdem sie im Jahr 1997 um fast 4 % reduziert werden konnten.

Das gegenüber den Einnahmesteigerungen verhaltenere Wachstum der kommunalen Ausgaben ermöglichte den kommunalen Gebietskörperschaften auch eine deutliche Steigerung ihrer Zuführungen an die Rücklage. Ihr wurden mehr als 500 Mill. DM, nochmals 130 Mill. DM oder 35 % mehr als 1997, zugeführt. Dagegen wurden die Entnahmen aus den Rücklagen von 629 Mill. DM im Jahr 1997 auf 496 Mill. DM im Jahr 1998 verringert, so daß insgesamt auf der kommunalen Ebene Hessens — aber auch in den einzelnen Gruppen der kommunalen Gebietskörperschaften — die Konsolidierung im Jahr 1998 nicht durch Rücklagenauflösungen finanziert wurde.

Steuereinnahmen: Mehr in die Kassen

Das Steueraufkommen in Hessen erhöhte sich im Jahr 1998 auf 77,3 Mrd. DM. Es übertraf damit das Niveau des Vorjahres um 7,4 %, nachdem es zuvor im Jahr 1997 um fast 2 % auf 72,0 Mrd. DM gegenüber 1996 zurückgegangen war. Die Steuerquote — die Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt der jeweiligen Jahre in % — stieg dadurch von 21,1 % im Jahr 1997 auf 21,9 % im zurückliegenden Jahr. Die positive Aufkommensentwicklung wurde von vielen, unterschiedlichen Faktoren hervorgerufen. Insbesondere wirkte sich aus, daß sich der aufkommensmindernde Einfluß verschiedener Rechtsänderungen der letzten Jahre

Kassenmäßiges Aufkommen an Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern nach Steuerarten

Steuerart	1997	1998	Zu- bzw. Abnahme (-) in %
	Mill. DM		
Gemeinschaftssteuern ¹⁾	56 621	61 887	9,3
darunter			
Lohnsteuer ²⁾	27 893	28 960	3,8
veranlagte Einkommensteuer	- 65	629	.
Körperschaftsteuer	3 164	5 089	60,8
Umsatzsteuer	16 173	16 246	0,5
Einfuhrumsatzsteuer	2 533	2 844	12,3
Bundessteuern ³⁾	6 410	5 750	- 10,3
darunter			
Zölle	448	374	- 16,5
Mineralölsteuer	1 164	1 131	- 2,8
Landessteuern	2 743	2 890	5,4
darunter			
Vermögensteuer	236	110	- 53,4
Kraftfahrzeugsteuer	1 101	1 151	4,5
Gemeindesteuern ⁴⁾	6 244	6 793	8,8
darunter			
Gewerbsteuer (brutto)	4 988	5 465	9,6
Steueraufkommen insgesamt	72 018	77 320	7,4

1) Ohne Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Ohne Anteile der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern.

verringerte. Die Veranlagungssteuern erhöhten sich zum Teil so stark, daß die aufkommensmindernden Effekte der Absenkung des Solidaritätszuschlags von 7,5 auf 5,5 %, der Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer sowie des Wegfalls der Gewerbekapitalsteuer mehr als kompensiert wurden.

Rückläufig waren im letzten Jahr, unter den größeren Steuern und abgesehen von den Zöllen, nur die Aufkommen aus der Mineralölsteuer und der Vermögensteuer. Für die Entwicklung bei der Mineralölsteuer dürfte insbesondere ein spürbar verminderter Verbrauch an hochbesteuertem Mineralöl verantwortlich sein. Bei der Vermögensteuer, die seit dem 1. Januar 1997 nicht mehr erhoben wird, sind im Jahr 1998 nur noch Beträge für zurückliegende Veranlagungszeiträume kassenwirksam geworden. Gleichwohl brachte die Vermögensteuer immerhin noch 110 Mill. DM in die Kasse des Landes Hessen.

Deutlich ergiebiger als im Vorjahr waren die Steuern vom Einkommen. Hier ist das Aufkommen der Lohnsteuer um rund 4 % auf fast 29 Mrd. DM angewachsen. Nachwirkende retardierende Effekte aus den Vorjahren, die weitere Anhebung des Grundfreibetrags sowie die Absenkung des Solidaritätszuschlags zum 1.1.1998 von 7,5 % um 2 Prozentpunkte auf 5,5 % wirkten zwar aufkommensmindernd, konnten jedoch durch entgegengerichtete Wirkungen aufgrund der verbesserten Beschäftigungslage ausgeglichen werden. Außerdem schlugen die etwas höheren Tarifabschlüsse dieses Jahres zu Buch und erhöhten über die Lohn- und Gehaltssumme die Bemessungsgrundlage der Lohn- und Einkommensteuer.

Nachdem im Vorjahr 65 Mill. DM über die Einkommensteuer-Veranlagung von den hessischen Finanzbehörden an die Steuerzahler zu erstatten waren, wurde so im Jahr 1998 mit einer Einnahme von 629 Mill. DM das höchste kassenmäßige

Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer seit 1995 erzielt. 1994 hatte das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer jedoch noch über 1,5 Mrd. DM betragen. Das kassenmäßige Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer eines Jahres stellt allerdings eine recht heterogene statistische „Restgröße“ dar, die von der Entwicklung unterschiedlicher Einkommensarten beeinflusst und durch vielfältige Erstattungen geschmälert wird. Ihr starker Aufkommensanstieg im Jahr 1998 hing zum Teil damit zusammen, daß sich die Steuerrückzahlungen an Arbeitnehmer deutlich vermindert haben. Hierfür hat — ebenso wie bei den statistisch nicht ausgewiesenen Erstattungen an andere Steuerpflichtige — offenbar auch eine Rolle gespielt, daß die steuerlichen Ausfälle aus der Investitionsförderung in den neuen Bundesländern nunmehr allmählich zurückgehen. Damit verliert ein bedeutender Faktor an Gewicht, der in den vergangenen Jahren wesentlich zu der zunehmenden Erosion der Steuerbemessungsgrundlage beigetragen hatte. Außerdem wirkte sich die insgesamt bessere Entwicklung der Unternehmensgewinne aus, die sowohl zu höheren Steuervorauszahlungen als auch zu verstärkten Nachzahlungen für frühere Jahre geführt hat. Hiervon wurde auch die Entwicklung des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer geprägt, das um 1,9 Mrd. DM oder gut 60 % höher ausfiel als noch 1997.

Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind, nachdem sie im Jahr 1997 gegenüber dem Jahr 1996 noch um 3,7 % zurückgefallen waren, 1998 wieder — um immerhin 0,5 % — gewachsen. In diesem Zuwachs dürfte sich insbesondere die Anhebung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt (auf 16 %) zum 1. April 1998 auswirken. Zwar sind auch die auf den Privaten Verbrauch zurückzuführenden Umsätze im Jahr 1998 gestiegen, doch ging von den steuerbelasteten Investitionen im Wohnungs- und Staatssektor ein dämpfender Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuer aus.

Trotz der zum 1.1.1998 wirksam gewordenen Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in den alten Bundesländern ist auch das Aufkommen der Gewerbesteuer in Hessen deutlich, um fast 10 %, angestiegen. Hierbei wirkte sich unter anderem aus, daß im Jahr 1998 die vergleichsweise guten Gewinne des Jahres 1996 veranlagt wurden und zudem hohe nachträgliche Vorauszahlungen für das Jahr 1997 anfielen.

2,9 % Wirtschaftswachstum

Die mit einem Zuwachs von 2,2 % beim realen Bruttoinlandsprodukt 1997 eingeleitete Erwärmung des konjunkturellen Klimas *in Deutschland* setzte sich auch 1998 fort. Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich auf 2,8 %. Getragen wurde der 1998er Aufschwung auf gesamtdeutscher Ebene von den Vorratsveränderungen (+ 46 Mrd. DM), dem Privaten Verbrauch (+ 34 Mrd. DM) und den Ausrüstungsinvestitionen (+ 27 Mrd. DM). Negative Effekte gingen von den Bauinvestitionen (- 17 Mrd. DM) und dem Außenbeitrag (- 10 Mrd. DM) aus.

Unter diesen gesamtdeutschen Rahmenbedingungen konnte *Hessens* Wirtschaft 1998 ein Wachstum von 2,9 % realisieren, knapp über dem Durchschnitt Deutschlands und der alten Bundesländer (jeweils 2,8 %). Der Anteil Hessens am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag sowohl 1997 als auch 1998 bei 9,7 % (Anteil an den alten Bundesländern jeweils 10,7 %). Die entscheidenden Wachstumsimpulse für die Wirtschaft Hessens gingen 1998 wieder von

den Dienstleistungsbereichen aus. Allein die drei Bereiche Kreditinstitute inklusive Versicherungsunternehmen, Sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung steuerten nahezu neun Zehntel zum gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungszuwachs bei. Im Gegensatz zu den überdurchschnittlich hohen hessischen Zuwachsraten in den angeführten drei Dienstleistungsbereichen gab es im Verarbeitenden Gewerbe nur ein Wachstum um 1,0 %. In den alten Bundesländern (+ 5,2 %) expandierte das Verarbeitende Gewerbe vor allem durch Rekordergebnisse bei der PKW-Produktion wesentlich kräftiger, wodurch Hessens Ergebnis in diesem Bereich um 2,5 Mrd. DM hinter der bundesdurchschnittlichen Expansion zurückblieb. Rezessive Tendenzen traten im Berichtszeitraum nur im Baugewerbe auf, wo die Wertschöpfung um knapp 6 % schrumpfte. Das in jeweiligen Preisen gemessene Bruttoinlandsprodukt stieg von 340,9 Mrd. DM im Jahr 1997 um 12,2 Mrd. DM oder 3,6 % auf 353,1 Mrd. DM für das vergangene Jahr.

Da Hessens Wirtschaftswachstum 1998 mit 2,9 % wieder einen Wert erreichte, der über dem langfristigen Anstieg der hessischen Arbeitsproduktivität (2,6 %) lag, konnte die seit 1993 rückläufige Erwerbstätigkeit im Berichtsjahr mit jahresdurchschnittlich 2,570 Mill. Personen zum Stillstand gebracht werden. Ermöglicht wurde dies mittels einer verhalteneren Zunahme der Arbeitsproduktivität (2,9 %). Noch 1997 war durch in Wirtschaft und Verwaltung ergriffene Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Hessen um 4,3 % gestiegen. Bei 2,8 % Wirtschaftswachstum in 1997 bedeutete dies einen Rückgang der Erwerbstätigkeit um 37 000 oder 1,4 %. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit auf Bundesebene, für die auch Monatszahlen vorliegen, läßt darauf schließen, daß in Hessen der Rückgang der Erwerbstätigkeit in der ersten Hälfte 1998 zur Jahresmitte abebbte und durch einen entsprechenden Anstieg in der zweiten Jahreshälfte zum Ausgleich gebracht wurde.

In ihrem Herbstgutachten 1998 prognostizierten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. für **1999 ein 2,3%iges Wirtschaftswachstum** in Deutschland. Der Sachverständi-

genrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kam einen Monat später zu einem etwas skeptischeren Urteil. Er schätzte die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft für 1999 auf knapp 2 %. Diese Skepsis beruhte auf den anfangs unterschätzten, in den vergangenen Monaten aber immer deutlicher zu Tage tretenden Auswirkungen, die von wirtschaftlichen Krisenregionen wie Südostasien und China, aber auch Rußland und Südamerika auf Europa ausstrahlen. Deshalb haben einige der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, wie z.B. das Ifo-Institut, Anfang 1999 Prognosen veröffentlicht, die nur noch von einem Wirtschaftswachstum in Deutschland von 1¾ % oder noch weniger ausgehen. Die Annahmen, auf denen diese Schätzungen beruhen, gehen von einem niedrigeren \$-Kurs aus, als er zur Zeit herrscht. Wenn diese Tendenz anhält, dürfte der deutsche Außenbeitrag höher ausfallen als in den Gutachten unterstellt. Umgekehrt scheinen die schon vorliegenden Abschlüsse der Tariflohnrunde 1999 oberhalb der in den Gutachten als „moderat“ unterstellten ausgefallen zu sein, was das angepeilte Wirtschaftswachstum hemmt. Wenn insgesamt trotzdem aus heutiger Sicht von 1,7 bis 1,8 % Wirtschaftswachstum in Deutschland 1999 ausgegangen wird, dann bleibt durch die dadurch entstehende „Delle“ beim Wachstum wenig Spielraum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Denn bei den oben angesprochenen Wachstumsraten von 2,3 bzw. 2,0 % wurde noch von einer Expansion der Erwerbstätigkeit von 0,4 bzw. 0,25 % ausgegangen. Das hätte eine Reduzierung des im Mittel der letzten fünf Jahre deutlich überdurchschnittlich hohen Wachstums des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen (2,8 %) auf unter 2 % impliziert.

Wegen der erfolgreichen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren ist nicht damit zu rechnen, daß bei einer Reduzierung des Wirtschaftswachstums unter den langfristigen Durchschnitt des Arbeitsproduktivitätswachstums die Unternehmer mit einer Aufstockung ihrer Arbeitskräfte reagieren. Das von einem gegenüber 1998 um rund einen Prozentpunkt reduzierte Wachstum in Hessen und Deutschland dürfte deshalb 1999 zu einer konjunkturellen Abkühlung führen, die eine von den Gütermärkten ausgehende Belebung der Arbeitsmärkte verhindert. □

Die Hebesätze der Gewerbesteuer in Hessen 1989 bis 1998

Die Gewerbesteuerhebesätze spannten sich im Zeitraum der letzten zehn Jahre in Hessen allmählich und kontinuierlich an. Fast die Hälfte der hessischen Gemeinden hat dabei in dem Betrachtungszeitraum von 1989 bis 1998 gänzlich auf Änderungen ihres Gewerbesteuersatzes verzichtet. Einschneidende politische Ereignisse (deutsch-deutsche Vereinigung) und Steuerreform (Wegfall der Gewerkekapitalsteuer) veranlassen die Gemeinden offenbar nicht zu heftigen und raschen, unmittelbaren Reaktionen. Die große Bedeutung des Gewerbesteueraufkommens für die kommunalen Finanzen und die Standortkonkurrenz bewirken im Zusammenspiel ein sehr behutsames Drehen an der „Gewerbesteuerschraube“. In der Realität erfährt dadurch die a priori den Kommunen eingeräumte Gestaltungsmöglichkeit bei der Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer sichtbar eine Beschneidung. Nur durch besondere lokale Faktoren und Situationen kommt es offenbar zu vereinzelt „Ausreißern“, die im Rahmen dieser kurzen, zusammenfassenden Betrachtung allerdings nicht näher analysiert werden.

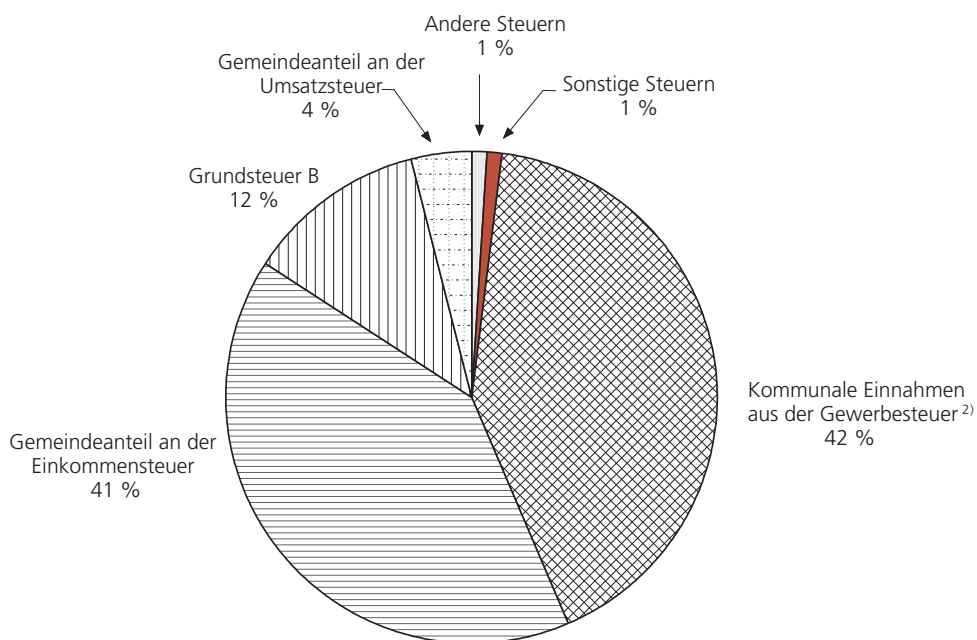
Bedeutung und Entwicklung der Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist die ertragreichste Kommunalabgabe. In den Jahren zwischen 1989 und 1998 entfielen — ohne Berücksichtigung der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage — durchschnittlich fast 44 % der Steuereinnahmen der hessischen Kommunen auf die ihnen netto, nach Abführung der Gewerbesteuerumlage, verbleibenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. 1998 erbrachte die Gewerbesteuer einen Anteil an den Nettoeinnahmen der hessischen Kommunen in Höhe von gut 42 %. In Korrespondenz zu diesem hohen Gewicht haben Änderungen der Rechtsgrundlagen der Gewerbesteuer und Gewerbesteuerung, der Verteilung des Gewerbesteueraufkommens zwischen den

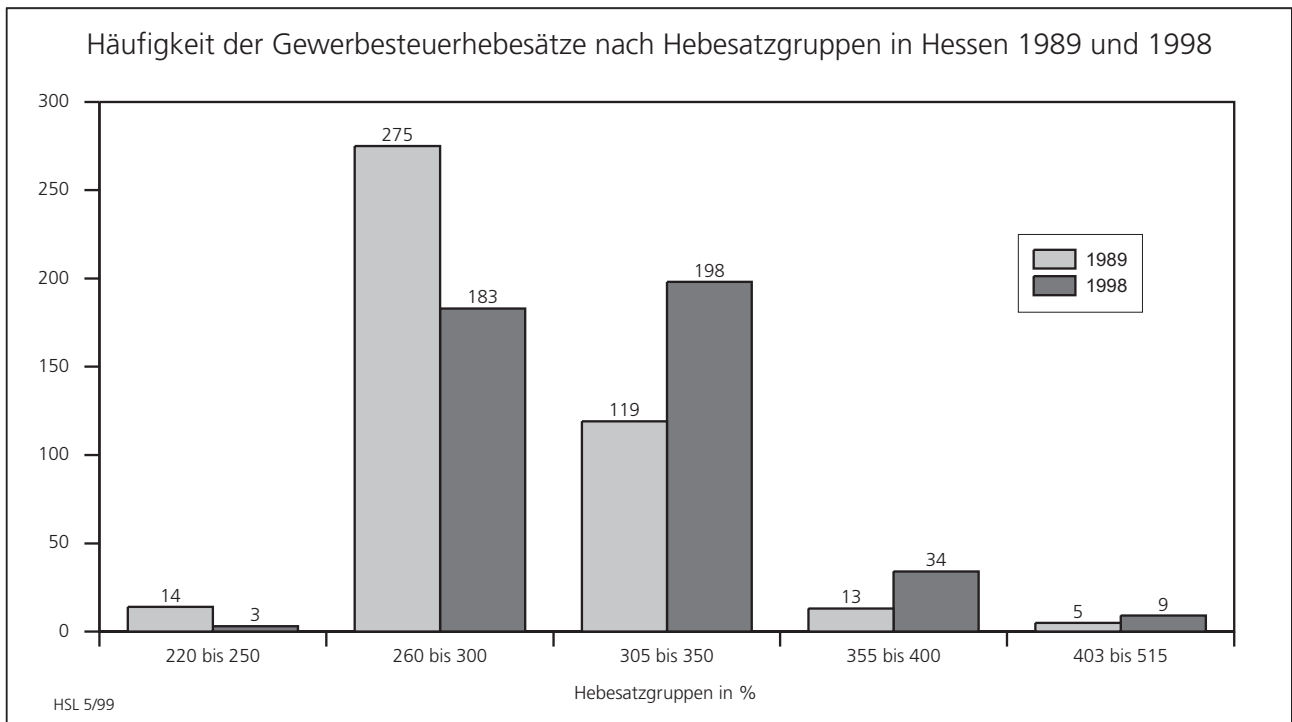
Gebietskörperschaften im horizontalen und vertikalen Finanzausgleich und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Gewerbesteuerung zumeist starke und unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzsituation der Gemeinden. Verständlich ist daher die große Sensibilität der Gemeinden bei Diskussionen und Entwicklungen, die eine Beeinflussung des Aufkommens oder der Verteilung der Gewerbesteuer intendieren oder bewirken.

Die Kommunen können allerdings durch Maßnahmen, die geeignet sind, die Attraktivität ihrer Gemeinde als Standort für Gewerbeansiedlungen zu erhöhen oder zu erhalten, in gewissem Umfang selbst aktiv Einfluß auf die Aufkommenskraft der Gewerbesteuer nehmen. Im Rahmen der kommunalen

Struktur der kommunalen Steuereinnahmen¹⁾ in Hessen 1998



1) Nach den Ergebnissen der Vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik (Kassenergebnisse). - 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



Selbstverwaltung besitzen sie — insbesondere durch das Recht zur Festlegung des Hebesatzes der Gewerbesteuer — eine a priori nicht unbedeutende Gestaltungsmöglichkeit.

In den letzten zehn Jahren waren die Gemeinden vielfach von starken Änderungen der Rahmenbedingungen der Gewerbesteuerung betroffen. Herausragende Vorgänge waren dabei der zu Beginn des Betrachtungszeitraums eingeleitete Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung und die Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer zum Ende des Betrachtungszeitraums¹⁾.

In Folge der deutsch-deutschen Vereinigung wurden hohe Investitionen von Unternehmen mit Sitz in den alten Bundesländern in den fünf neuen Bundesländern getätigt. Diese führten — über entsprechende Gewinn- und Kapitalthesaurierungen in den fünf neuen Bundesländern einerseits, über erhöhte Abschreibungen aus der Förderung der Beitrittsgebiete andererseits — zu sinkenden Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer in den westlichen Bundesländern. In Hessen als Standort großer Unternehmen, insbesondere großer Banken und Versicherungen, die umgehend ihre Aktivitäten in das erweiterte Marktgebiet ausdehnten, war daher das Gewerbesteueraufkommen im Betrachtungszeitraum zunächst im Jahr 1991 (– 5,7 %) und dann in den Jahren 1994 (– 4,9 %) und 1995 (– 8,8 %) deutlich rückläufig. Die Gewerkekapitalsteuer, als tendenziell investitionshemmende und arbeitsplatzschädliche Substanzsteuer, wurde zum Beginn des Jahres 1998 abgeschafft. Mit dieser Gewerbesteuerreform war allerdings eine Gemeindefinanzreform verbunden, die den Gemeinden einen weitgehenden Ausgleich für ihre Mindereinnahmen aus dem Wegfall der Gewerkekapitalsteuer bieten sollte. Hierzu wurden die Gemeinden ab dem Jahr 1998

¹⁾ Die Gewerkekapitalsteuer sollte in den fünf neuen Ländern erst zum 1.1.1997 eingeführt werden, wurde allerdings nochmals ausgesetzt und dann — wegen der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer zum 1.1.1998 — nicht mehr eingeführt.

mit einem Anteil von 2,2 v.H. am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt.

Eckpunkte der Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer

Das Gewerbesteuergesetz (§§ 4, 35 a GewStG) räumt den Gemeinden einen weitgehenden Ermessensspielraum zur Bestimmung des Hundertsatzes (Hebesatzes) ein, der in ihrem Gemeindegebiet auf die, durch die Finanzämter festgestellten, Steuermeßbeträge anzuwenden ist. Doch ist einerseits weder aufgrund der finanzpolitischen und finanziellen Realitäten mit einem lokalen Verzicht auf die Erhebung der Gewerbesteuer zu rechnen, noch dürfte andererseits die Standortkonkurrenz zwischen den Gemeinden eine extrem hohe Festsetzung des Hebesatzes erlauben. Tatsächlich wurden von den hessischen Gemeinden im Jahr 1989 lediglich 32 unterschiedlich hohe Hebesätze festgesetzt. Der niedrigste Hebesatz wurde dabei mit 220 % von der Stadt Tann in der Rhön erhoben, der höchste mit 480 % von der Stadt Frankfurt am Main. Ein Hebesatz von 300 % wurde am häufigsten, und zwar von 200 Gemeinden, gewählt. Im Mittel wurde von den hessischen Gemeinden im Jahr 1989 ein Hebesatz von rund 307 %, im Jahr 1998 von 320 % festgesetzt. Der für Vergleichszwecke aussagekräftigere landesdurchschnittliche, gewogene Hebesatz der Gewerbesteuer erhöhte sich 1998 gegenüber 1989 von 384 % auf 403 %, also um fast 20 Prozentpunkte.

Die Spannweite der Hebesätze reichte im Jahr 1998 bei 37 Werten von 250 % (Elbtal, Beselich, Neu-Eichenberg) bis 515 % (Frankfurt am Main). Dabei war der Hebesatz von 300 % auch 1998 der am häufigsten, allerdings nur noch von 145 Gemeinden, festgesetzte. In dem hier zugrunde gelegten Betrachtungszeitraum sind die Hebesätze der Gewerbesteuer in großer Zahl angehoben worden. In der Gegenüberstellung der Jahre 1989 und 1998 weisen mit 202 Gemeinden gut 47 % aller hessischen Gemeinden aktuell höhere Hebesätze aus als vor zehn Jahren. Nur vier Gemeinden, ein knappes Prozent

Gewogene Durchschnittshebesätze

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind für die einzelnen Gemeinden aufgrund ihrer Autonomie bei der Festsetzung der Hebesätze nicht vergleichbar. Aus dem Istaufkommen der Gewerbesteuer einer Gemeinde läßt sich daher nur mit mehr oder minder großen Einschränkungen eine Aussage über ihre Steuerkraft treffen. Diesem Mangel versucht man im Rahmen des sogenannten Realsteuervergleichs mittels geeigneter Berechnungen zu begegnen. Im einzelnen werden die Vergleichsberechnungen so vorgenommen, daß zunächst fiktive Steuermeßbeträge — die sogenannten „Grundbeträge“ — ermittelt werden. Hierzu wird das Istaufkommen der Gewerbesteuer jeder Gemeinde durch ihren *jeweiligen Hebesatz* dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert. Der so ermittelte Grundbetrag sagt aus, wieviel eine Gemeinde bei einem Gewerbesteuer-satz von 100 % an Gewerbesteuer eingenommen hätte. Die *gewogenen Durchschnittshebesätze* werden dann durch Division der auf Kreis-, Regierungsbezirks- oder Landesebene oder der nach Einwohnergrößenklassen aggregierten Istaufkommen der Gemeinden durch das entsprechende Aggregat der jeweiligen Grundbeträge ermittelt. Gegenüber einem einfachen arithmetischen Mittel der Hebesätze einer Gemeindegruppe beschreibt der gewogene Durchschnittshebesatz — insbesondere bei starker Inhomogenität bezüglich der Istaufkommen und der Hebesatzanspannungen in der Gruppe — präziser, welcher durchschnittliche Hebesatz zu dem Aggregat der Istaufkommen geführt hat.

der hessischen Gemeinden, haben 1998 einen niedrigeren Gewerbesteuerhebesatz als 1989. Die übrigen 220 Gemeinden — und damit mehr als die Hälfte der hessischen Gemeinden — hatten 1998 den gleichen Hebesatz wie schon 1989, und diesen in aller Regel auch über den gesamten Betrachtungszeitraum unverändert beibehalten.

Der den Gemeinden formal zugestandene weite Spielraum zur Bestimmung der Hebesätze der Gewerbesteuer stellt sich

also im praktischen Vollzug deutlich eingeeengt dar und weist auch eine weitgehend homogene Entwicklungsrichtung aus. Danach gab es in jedem Jahr des Betrachtungszeitraums durchschnittlich rund 30 Anhebungen der Gewerbesteuerhebesätze. Von diesem Durchschnitt weicht nach oben nur das Jahr 1994 deutlich mit 55 Hebungen ab, während nach unten die Jahre 1993 und 1997 mit jeweils nur 12 Hebungen kontrastieren. Senkungen der Hebesätze der Gewerbesteuer nahmen von 1989 bis 1998 nur 9 Gemeinden vor, wobei hier in fünf Fällen vorangegangene oder nachfolgende Hebungen in ihrer Summe die Absenkungen egalisierten oder sogar überkompensierten, so daß am Ende des Betrachtungszeitraums nur vier Gemeinden eine Nettoabsenkung ihres Gewerbesteuerhebesatzes ausweisen:

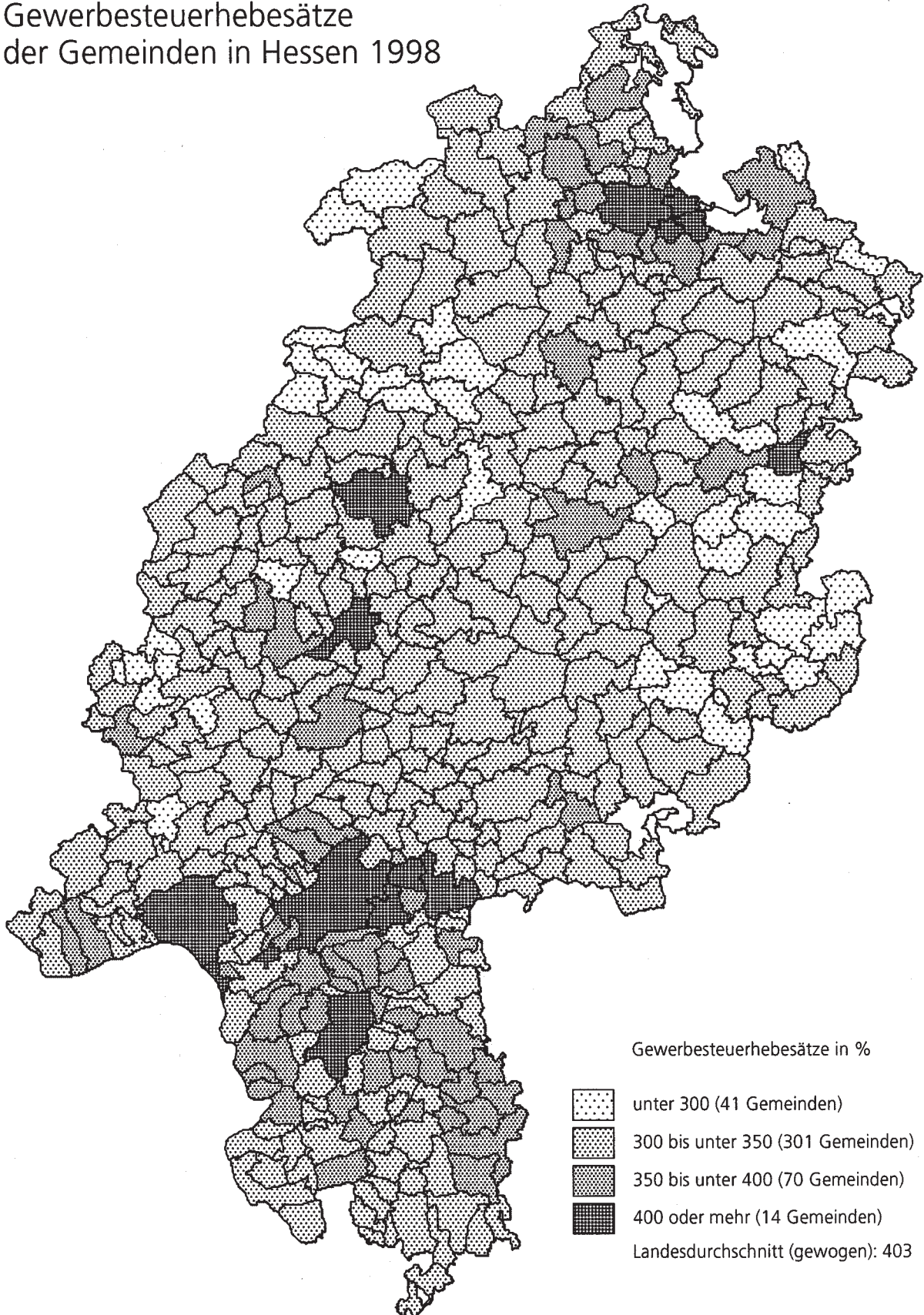
Rüsselsheim	– 60 v.H.
Pfungstadt	– 35 v.H.
Mainhausen	– 10 v.H.
Stadtallendorf	– 5 v.H.

Während im Betrachtungszeitraum keine Gemeinde mehr als einmal ihren Gewerbesteuerhebesatz zurücknahm, haben umgekehrt etliche Gemeinden mehrmals, im Maximum bis zu viermal, ihren Gewerbesteuerhebesatz angehoben. Die „Strategien“ zur Erhöhung des Hebesatzes scheinen dabei weniger an den mittelbaren, überregionalen und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten, als an den unmittelbaren, lokalen Gegebenheiten ausgerichtet zu werden. So finden sich unter den über dreißig Gemeinden, die ihren Gewerbesteuerhebesatz in den zehn zurückliegenden Jahren um 50 und mehr Prozentpunkte erhöhten, keine zwei Gemeinden, die im „Gleichschritt“, also zum gleichen Zeitpunkt und im gleichen Umfang, ihren Hebesatz angehoben hätten. Und es gibt im Betrachtungszeitraum Gemeinden, die ihren Gewerbesteuer-satz in einem Jahr kräftig — um bis zu 100 Prozentpunkte — erhöhten, ihn aber ansonsten unverändert beließen. Andere Gemeinden erhöhen ihn in kürzeren Zeitabständen mit konstanten Hebungen. Es lassen sich also keine Anhaltspunkte für den Einfluß gesamtwirtschaftlicher Faktoren auf die kommunalen Entscheidungen zur Gestaltung der Gewerbesteuer-sätze ausmachen. Die Gemeinden richteten die Festsetzung

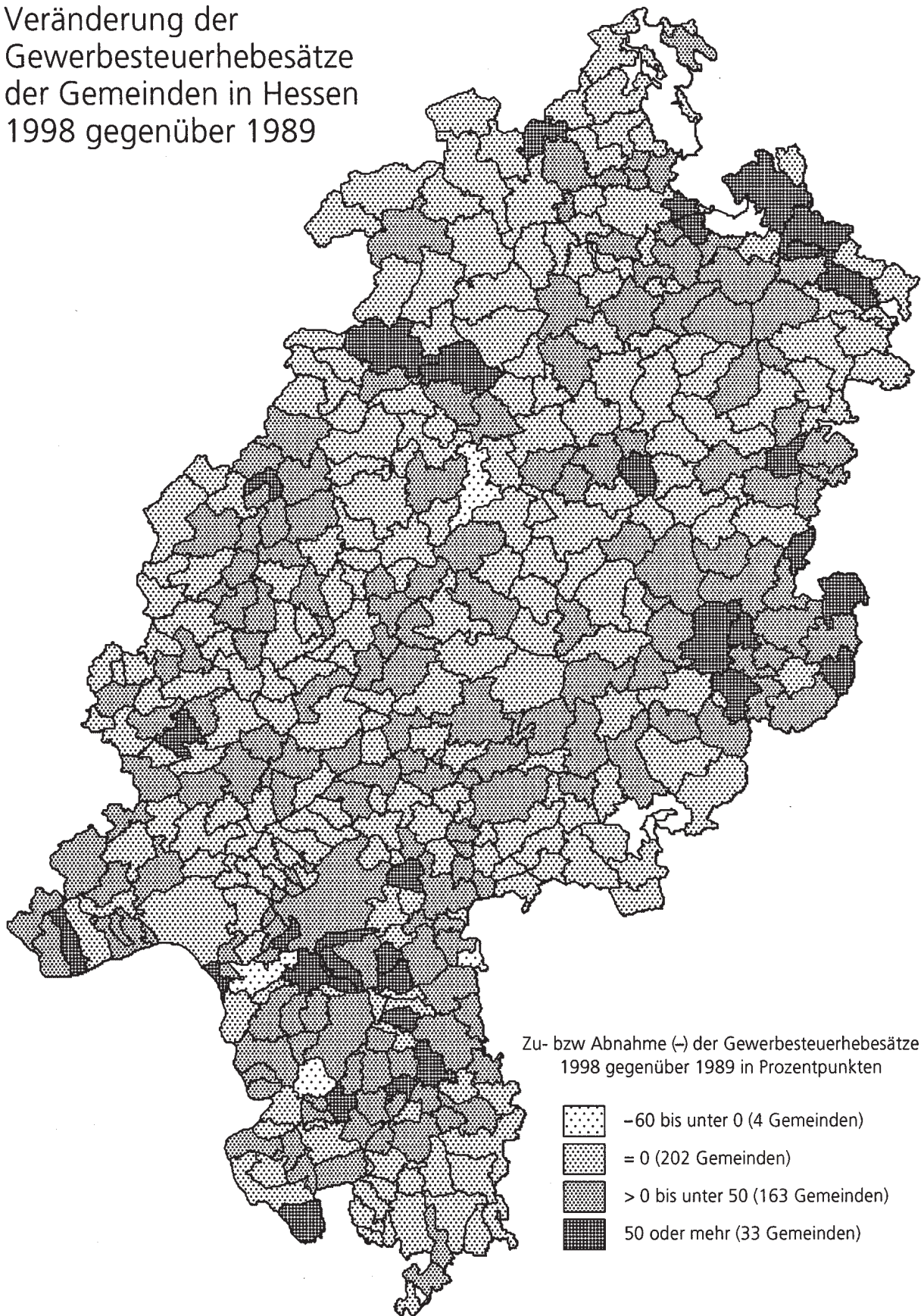
Gewogene Durchschnittshebesätze, Istaufkommen und Grundbeträge der Gewerbesteuer in Hessen nach Gemeindegrößenklassen 1989 und 1997

Gemeindegrößenklassen	Istaufkommen		Grundbetrag		Gewogener Durchschnittshebesatz	
	1989	1997	1989	1997	1989	1997
	In 1000 DM				%	
Kreisfreie Städte						
mit . . . Einwohnern						
500 000 und mehr	1 432 149	1 834 918	298 364	356 295	480	515
200 000 bis unter 500 000	275 793	459 792	59 955	101 533	460	453
weniger als 200 000	374 335	275 338	88 127	64 026	425	430
z u s a m m e n	2 082 277	2 570 048	446 446	521 854	466	492
Kreisangehörige Gemeinden						
mit . . . Einwohnern						
50 000 und mehr	427 264	522 076	113 414	136 064	377	384
20 000 bis unter 50 000	552 258	788 350	171 692	232 441	322	339
10 000 bis unter 20 000	554 649	704 477	179 853	218 679	308	322
5 000 bis unter 10 000	303 935	315 097	99 858	100 923	304	312
3 000 bis unter 5 000	89 793	72 879	30 430	23 785	295	306
weniger als 3 000	16 880	14 652	5 793	4 867	291	301
z u s a m m e n	1 944 779	2 417 531	601 040	716 759	324	337
Gemeinden i n s g e s a m t	4 027 056	4 987 579	1 047 486	1 238 613	384	403

Gewerbsteuererhebeseätze der Gemeinden in Hessen 1998



Veränderung der Gewerbesteuerhebesätze der Gemeinden in Hessen 1998 gegenüber 1989



HSL 7/99

des Hebesatzes offensichtlich ganz überwiegend an ihren kommunalen Bedingungen und Möglichkeiten aus. Dies aber läßt erwarten, daß sich strukturelle und regionale Zusammenhänge in der Höhe und Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer manifestieren.

Strukturelle Aspekte

Bedeutsames Merkmal in der Standortkonkurrenz ist neben der wirtschaftsgeographischen und verkehrsräumlichen Lage die Raumstruktur. Herausragender Indikator ist hier die Einwohnerzahl einer Gemeinde und die Größe der Gemeinden in ihrem Umfeld. Ohne alle Aspekte der äußerst komplexen Standortentscheidungen von Unternehmen zu würdigen, kann postuliert werden, daß die mit wachsender Größe einer Gemeinde steigende Infrastrukturausstattung eine große Anziehungskraft auf gewerbliche Unternehmen auszuüben vermag. Andererseits verlangt eine gehobene Infrastrukturausstattung große Investitionen für deren Auf- bzw. Ausbau, ebenso wie starke laufende Finanzmittel für ihre Erhaltung und Unterhaltung. Von den raumstrukturellen Aspekten her ist folglich eine Tendenz dahingehend zu erwarten, daß die Gewerbesteuerhebesätze mit der Einwohnerzahl der Gemeinde korrelieren.

Die Möglichkeit zur Auswertung finanzstatistischer Kommunaldaten nach den Gemeindegrößenklassen wird derzeit im Rahmen der HEPAS-Fachdatei HSL installiert. Leider stand diese Option für die Zwecke dieser Untersuchung noch nicht zur Verfügung. Hilfsweise können aber die nach Gemeindegrößenklassen verfügbaren Ergebnisse des Realsteuervergleichs

herangezogen werden. Diese bestätigen eindrucksvoll, daß sich die Gewerbesteuerhebesätze in engem Zusammenhang zu der Größe der Gemeinden bewegen. Echte „Klassensprünge“ zeichnen sich dabei zwischen den Gemeinden bis unter 50 000 Einwohnern und den Sonderstatusstädten mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern sowie wiederum zwischen diesen und den kreisfreien Städten ab.

Regionale Zusammenhänge

Die aufgezeigten verkehrs- und wirtschaftsräumlichen sowie strukturellen Gesichtspunkte legen nahe, daß Zusammenhänge in der regionalen Verteilung der Hebesätze der Gewerbesteuer bestehen.

Bei grober Klassifizierung des Datenmaterials von den 37 verschiedenen Hebesätzen in Hessen auf noch 4 Größenklassen werden in kartographischer Darstellung räumliche Disparitäten augenfällig. So bei Betrachtung der entsprechenden thematischen Hessenkarte für das Jahr 1998. Im Rhein-Main-Gebiet bis in den nord-östlichen Odenwaldkreis ist eine starke Konzentration von Gemeinden mit hohen Gewerbesteuerhebesätzen festzustellen. Eine weitere Konzentration angespannter Hebesätze ist im Raum Kassel auszumachen. Im mittelhessischen Raum fallen nur vereinzelt Gemeinden mit hohen Hebesätzen der Gewerbesteuer ins Auge, beispielsweise die Universitätsstädte Gießen und Marburg sowie im weiteren die Städte Limburg an der Lahn, Alsfeld und Bad Hersfeld. Die kartographische Darstellung führt ebenso eindrucksvoll vor Augen, daß doch die große Mehrzahl der hessischen Gemeinden eine mittlere Hebesatzfestsetzung präferiert. Die Gemeinden mit

Gemeinden mit den höchsten und niedrigsten Gewerbesteuerhebesätzen in Hessen 1998 und ihre Gewerbesteuerhebesätze seit 1989

Gemeinde	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Zunahme 1998 gegenüber 1989 ¹⁾
Frankfurt am Main, St.	480	480	480	480	480	515	515	515	515	515	35
Wiesbaden, Landeshauptst.	460	460	460	460	460	460	460	460	460	460	0
Offenbach am Main, St.	440	440	440	440	440	440	440	440	440	440	0
Kassel, St.	440	440	440	440	440	440	440	440	440	440	0
Hanau, St.	390	390	390	430	430	430	430	430	430	430	40
Maintal, St.	350	390	390	390	390	390	390	390	390	430	80
Darmstadt, Wissensch.st.	400	400	400	400	400	425	425	425	425	425	25
Gießen, Universitätsst.	420	420	420	420	420	420	420	420	420	420	0
Ginsheim-Gustavsburg	350	360	360	360	360	360	360	400	400	400	50
Raunheim, St.	380	380	380	380	380	380	400	400	400	400	20
Marburg, Universitätsst.	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	0
Friedewald	300	330	330	330	330	380	380	400	400	400	100
Lohfelden	370	370	370	370	370	370	370	400	400	400	30
Niestetal	350	350	350	350	350	380	380	400	400	400	50
Weiterstadt, St.	350	370	370	370	370	395	395	395	395	395	45
Merenberg	240	240	240	240	240	260	260	270	270	270	30
Hosenfeld	240	240	240	260	260	270	270	270	270	270	30
Bromskirchen	270	270	270	270	270	270	270	270	270	270	0
Rosenthal, St.	270	270	270	270	270	270	270	270	270	270	0
Weißborn	270	270	270	270	270	270	270	270	270	270	0
Poppenhausen (Wasserk.)	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	0
Hilders	230	230	230	230	230	230	260	260	260	260	30
Beselich	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	0
Elbtal	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	0
Neu-Eichenberg	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	0
Durchschnittshebesätze Land Hessen											
Gewogener Durchschnitt	384	388	383	386	381	392	395	401	403	403	19
Arithmetisches Mittel	307	308	310	312	312	315	316	318	319	320	13

1) Prozentpunkte

den niedrigsten Hebesätzen in Hessen sind im nördlichen Osten — in den Landkreisen Fulda, Hersfeld-Rotenburg und auch im Werra-Meißner-Kreis — und Westen, hier insbesondere im südlichen Landkreis Waldeck-Frankenberg und im nördlichen Zipfel des Landkreises Limburg-Weilburg, zu finden. An dieses aktuelle Raumbild zur Anspannung der Gewerbesteuerhebesätze in Hessen knüpfen sich natürlich Fragen zur Veränderung, zu der Bewegungsrichtung der Gewerbesteuerhebesätze in Hessen. Einen guten ersten Überblick kann hierzu wiederum die kartographische Darstellung der Veränderungen der Hebesätze der Gewerbesteuer in der Gegenüberstellung der Jahre 1998 und 1989 bieten. Hier fallen gerade jene Gebiete Hessens ins Auge, die auch schon in der aktuellen Raumdarstellung der Hebesätze durch hohe oder nied-

rige Werte hervortraten. So sind insbesondere bei den Gemeinden des Rhein-Main-Gebietes und in den nord-östlichen Landesteilen Erhöhungen der Hebesätze festzustellen. Die Ursachen hierfür dürften für die Gemeinden des Rhein-Main-Gebietes in ihren Standortvorteilen, insbesondere aufgrund der günstigen verkehrsräumlichen Lage und der dynamischen Wirtschaftsstruktur der Region, zu suchen sein. Für die nordosthessischen Gemeinden wird dagegen die deutsch-deutsche Vereinigung, ihr Hineinrücken aus der ehemaligen (Zonen-) Randlage in das Zentrum der Republik, auf die Entwicklung der Hebesätze der Gewerbesteuer stimulierend gewirkt haben und wirken. Eine genaue Analyse müßte hierbei allerdings auch die Vergleichsdaten der Gemeinden der angrenzenden Bundesländer einbeziehen. □

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G = mit Gemeindeergebnissen, K = Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (DM)
300	Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag in Hessen am 16. Oktober 1994 (G)	205	20,00
301	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 19. Februar 1995 (G)	266	20,00
302	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1994 (K)	88	8,50
303	Die Produktion des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1994	110	12,00
304	Der Bruttolohn und seine Besteuerung 1992 (G)	56	8,50
305	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1975 bis 1991 (K)	150	16,00
306	Abfallwirtschaft in Hessen 1977 bis 1993 (K)	205	20,00
307	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1986 bis 1994 nach Verwaltungsbezirken (K)	249	20,00
308	Regionalergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen 1970 bis 1994		
	— Teil 1: Ergebnisse für das Land Hessen	124	12,00
	— Teil 2: Ergebnisse für die kreisfreien Städte	169	16,00
	— Teil 3: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Darmstadt und die Landkreise des Reg.-Bez. Darmstadt		
	— Teil 3: (ohne kreisfreie Städte)	395	22,00
	— Teil 4: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Gießen und die Landkreise des Reg.-Bez. Gießen	231	20,00
	— Teil 5: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Kassel und die Landkreise des Reg.-Bez. Kassel		
	— Teil 5: (ohne kreisfreie Stadt Kassel)	251	20,00
309	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1995 (K)	135	16,00
310	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1992 (G)	164	16,00
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00

SOZIALLEISTUNGEN

Nettoausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 1997 leicht gesunken

Die **Brutto**ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe¹⁾ sind in Hessen im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 9 Mill. DM oder 0,3 % auf 2,76 Mrd. DM gestiegen, nachdem in den beiden letzten Jahren noch Zunahmen um jeweils rund 6 % zu verzeichnen waren. Deutlich stärker haben dagegen erneut die Einnahmen — im wesentlichen aus Beiträgen für Einrichtungen — zugenommen, und zwar um gut 19 Mill. DM oder um fast 7 % auf über 301 Mill. DM. Damit wurde der bisher höchste Stand aus dem Jahr 1993 um 8 Mill. DM übertroffen. Infolge dieser relativ hohen Einnahmesteigerung gingen erstmals seit dem Inkrafttreten des neuen Kinder- und Jugendhilferechts im Jahr 1991 die **Netto**ausgaben um 10 Mill. DM oder um 0,4 % auf 2,46 Mrd. DM zurück; in den ersten Jahren nach der Rechtsänderung waren demgegenüber noch zweistellige Steigerungsraten ermittelt worden. Der Deckungsgrad der Gesamtausgaben durch Einnahmen ist damit auf rund 11 % angewachsen, hat aber die gut 12 % des Jahres 1993 noch nicht wieder erreicht. In dem gesamten Zeitraum seit 1991 haben sich die Bruttoausgaben um gut die Hälfte erhöht. Der Anstieg der Nettoausgaben fiel aber mit knapp 54 % noch stärker aus, da die Einnahmen in

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 1991 bis 1997

Jahr	Bruttoausgaben		Einnahmen		Nettoausgaben	
	Mill. DM	Zu- nahme in % ¹⁾	Mill. DM	Zu- bzw. Ab- nahme (-) in % ¹⁾	Mill. DM	Zu- bzw. Ab- nahme(-) in % ¹⁾
1991	1 828,7	.	230,5	.	1 598,1	.
1992	2 114,0	15,6	249,9	8,4	1 864,1	16,6
1993	2 419,4	14,4	293,0	17,2	2 126,4	14,1
1994	2 438,4	0,8	263,7	- 10,0	2 174,8	2,3
1995	2 598,5	6,6	260,9	- 1,1	2 337,6	7,5
1996	2 747,9	5,7	282,0	8,1	2 465,9	5,5
1997	2 757,0	0,3	301,3	6,8	2 455,7	- 0,4

1) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

der gleichen Zeit nicht einmal um ein Drittel zugenommen haben. Einige wichtige Daten zur Struktur und Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Jahr 1997 sollen nachfolgend etwas näher betrachtet werden²⁾.

Innerhalb der einzelnen Teilbereiche waren für die beiden Ausgabenschwerpunkte „Einzel- und Gruppenhilfen“ sowie „Einrichtungen“ unterschiedliche Tendenzen festzustellen. So er-

1) Ausgaben der öffentlichen Träger und Förderung freier Träger, einschließlich Zuschüssen für deren Einrichtungen.

2) Ausführliche Ergebnisse, auch in regionaler Gliederung, bietet der Statistische Bericht K I 8 — j/97 „Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 1997: Ausgaben und Einnahmen“.

3) Vgl. „Kindergartenplätze in Hessen Ende 1996“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 52. Jahrg., Heft 4, April 1997, S. 120 ff.

höhten sich erneut die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen um diesmal fast 26 Mill. DM oder 2,5 % (nach einem Plus von 57 Mill. DM im Vorjahr) auf über 1,05 Mrd. DM. Dagegen sind die Ausgaben für Einrichtungen um über 15 Mill. DM oder knapp 1 % auf 1,64 Mrd. DM gesunken. Ebenfalls niedriger als 1996, nämlich um etwas mehr als 1 Mill. DM oder um 2 %, waren die Personalkosten der Jugendhilfeverwaltung. Der Gesamtaufwand für sie hat jedoch mit 64,7 Mill. DM oder einem Anteil von nur reichlich 2 % aller Bruttoausgaben eine relativ untergeordnete Bedeutung. Viel stärker fällt der Ausgabeposten „Personal“ für den Bereich der Einzel- und Gruppenhilfen mit 147 Mill. DM und insbesondere für die Einrichtungen mit 924 Mill. DM ins Gewicht. Sie machten bei einer Zunahme um zusammen über 41 Mill. DM schon fast zwei Fünftel des gesamten Jugendhilfeaufwands aus. Langfristig ist bei dieser Ausgangslage wohl ein erneuter Anstieg der Nettoausgaben zu erwarten. Diese Vermutung wird noch dadurch erhärtet, daß deren geringfügige Abnahme im Jahr 1997 nicht ohne die stark rückläufigen Investitionsausgaben zustande gekommen wäre. Die fast überall erhöhten Anstrengungen, zum Jahresende 1996 den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz³⁾ realisieren zu können, hatten 1995 und 1996 investive Ausgaben für Kindertageseinrichtungen der öffentlichen Träger in Höhe von jeweils rund 185 Mill. DM zur Folge. Zusätzlich waren 90 bzw. 107 Mill. DM als investive Zuschüsse für entsprechende Einrichtungen freier Träger, beispielsweise der Kirchen oder Wohlfahrtsverbände, geleistet worden. Letztere sanken im Jahr 1997 auf 69 Mill. DM, während für direkte Investitionen nur noch 148 Mill. DM ausgegeben wurden. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Fünftel, bei den investiven Zuschüssen sogar über ein Drittel weniger.

Die Tageseinrichtungen für Kinder blieben trotz dieser Minder Ausgaben gegenüber 1996 und trotz der im wesentlichen bei ihnen durch Beiträge erzielten Einnahmen mit gut 1,2 Mrd. DM bzw. fast der Hälfte der Nettoausgaben der größte Kostenfaktor. Daran dürfte sich auch in Zukunft nicht viel ändern, vor allem wenn — wie schon heute vielfach gefordert — die Öffnungszeiten und Betreuungsangebote noch ausgeweitet werden sollten, was in der Regel kaum ohne zusätzlichen Personalaufwand zu bewältigen sein dürfte. Mit 820 Mill. DM wurden gut zwei Drittel der Gesamtaufwendungen für Kindertageseinrichtungen öffentlicher Träger benötigt; der Rest in Höhe von 387 Mill. DM wurde für die Förderung von Tageseinrichtungen freier Träger eingesetzt. Von diesen Fördermitteln für freie Träger trug das Landesjugendamt mit 43 Mill. DM etwa 11 %, nachdem im Vorjahr der Anteil noch bei über 15 % gelegen hatte.

Die Hauptlast der Jugendhilfe in ihrer Gesamtheit hatten freilich die Kreise und Gemeinden zu tragen, auf die zusammen 93 % der Bruttoausgaben entfielen. Bei den Einzel- und Gruppenhilfen war — infolge der Beteiligung des Landesjugendamtes mit über 12 % — der Anteil der Kommunen mit 87 % niedriger als im Durchschnitt, bei den Einrichtungen dagegen mit fast 97 % deutlich höher.

Die Belastung war regional allerdings ebenso unterschiedlich wie die Ausgabenentwicklung. So schwankten die Nettoausgaben je Einwohner in den Landkreisen zwischen rund 230 DM (Limburg-Weilburg und Werra-Meißner) und etwa 430 DM im Landkreis Groß-Gerau. Bemerkenswert ist dabei, daß ausgerechnet der Landkreis mit den landesweit niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben, nämlich Limburg-Weilburg, Ende 1996 die

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe in Hessen 1997 nach Trägern

Träger der Jugendhilfe ¹⁾	Ausgaben insgesamt	davon für			Einnahmen insgesamt	Reine Ausgaben			
		Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Personal der Jugendhilfeverwaltung		insgesamt	darunter für Kindertageseinrichtungen ²⁾	je Einwohner ³⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1996
									DM
		1000 DM							
Darmstadt, St.	68 997,9	25 118,3	43 390,9	488,7	8 621,8	60 376,2	27 825,6	438	- 3,0
Frankfurt am Main, St.	467 656,3	165 550,7	290 953,1	11 152,5	39 819,4	427 836,8	209 274,1	665	- 2,0
Offenbach am Main, St.	67 919,7	24 507,3	38 911,0	4 501,4	3 784,6	64 135,1	29 759,0	552	- 0,2
Wiesbaden, St.	167 150,5	83 480,4	79 580,2	4 089,8	15 201,0	151 949,5	58 899,7	568	3,4
Bergstraße	85 897,4	29 338,6	52 745,9	3 812,8	7 725,0	78 172,3	42 234,1	300	8,1
Darmstadt-Dieburg	105 920,2	33 064,5	70 930,8	1 924,9	10 834,2	95 086,0	52 334,8	337	3,3
Groß-Gerau	120 993,4	30 959,1	87 053,1	2 981,2	14 897,0	106 096,4	65 019,1	429	8,4
Hochtaunuskreis	84 135,7	23 238,0	58 113,9	2 783,8	11 222,1	72 913,6	39 513,7	328	0,4
Main-Kinzig-Kreis	154 532,5	44 441,2	107 148,7	2 942,6	19 392,8	135 139,7	78 764,4	336	2,9
Main-Taunus-Kreis	77 300,1	23 682,8	52 460,2	1 157,1	7 082,3	70 217,8	40 462,5	326	- 9,6
Odenwaldkreis	31 545,8	9 110,4	21 723,3	712,0	4 812,3	26 733,4	15 682,2	269	- 2,1
Offenbach	150 212,5	41 617,1	105 373,6	3 221,7	20 263,2	129 949,3	78 001,1	392	3,1
Rheingau-Taunus-Kreis	57 774,7	19 178,8	37 233,9	1 362,0	9 429,8	48 344,9	27 251,1	264	2,0
Wetteraukreis	99 764,5	31 205,1	68 172,2	387,2	17 311,8	82 452,7	49 173,4	286	- 14,6
Reg.-Bez. Darmstadt	1 739 801,2	584 492,4	1 113 790,9	41 517,9	190 397,3	1 549 403,8	814 194,8	419	- 0,1
Gießen	101 611,9	40 451,7	58 936,9	2 223,4	14 921,3	86 690,6	40 277,1	343	6,9
Lahn-Dill-Kreis	88 747,9	29 390,5	55 531,9	3 825,6	10 536,6	78 211,3	43 204,5	297	- 2,8
Limburg-Weilburg	42 256,8	12 112,0	29 253,1	891,7	2 915,2	39 341,6	24 860,5	227	- 1,5
Marburg-Biedenkopf	97 169,1	42 988,7	51 822,4	2 358,0	13 487,5	83 681,6	39 055,2	331	- 1,5
Vogelsbergkreis	36 588,5	12 728,3	23 657,8	202,4	5 983,4	30 605,1	17 746,6	257	9,0
Reg.-Bez. Gießen	366 374,3	137 671,3	219 202,0	9 501,0	47 844,0	318 530,3	165 144,0	300	1,2
Kassel, St.	107 256,9	55 532,4	50 478,6	1 245,9	9 237,6	98 019,3	36 646,8	491	0,8
Fulda	61 846,7	24 012,5	36 951,3	882,9	8 253,1	53 593,6	27 804,7	249	- 0,1
Hersfeld-Rotenburg	49 160,9	19 779,6	28 556,2	825,1	10 157,2	39 003,7	18 787,6	294	19,5
Kassel	88 112,4	31 333,8	56 041,9	736,7	15 399,4	72 712,9	37 845,4	298	5,2
Schwalm-Eder-Kreis	64 545,4	24 489,4	38 884,8	1 171,2	10 266,5	54 279,0	27 719,5	280	9,3
Waldeck-Frankenberg	51 861,3	20 688,4	30 693,1	479,8	5 658,0	46 203,4	24 371,0	270	- 0,3
Werra-Meißner-Kreis	29 729,5	14 101,1	15 473,6	154,9	2 906,5	26 823,0	11 379,9	230	- 2,1
Reg.-Bez. Kassel	452 513,2	189 937,2	257 079,5	5 496,5	61 878,2	390 635,0	184 554,9	307	3,9
Landesjugendamt Hessen	181 840,7	130 697,9	42 921,7	8 221,2	—	181 840,7	42 921,7	.	- 12,8
Oberste Landesjugendbehörde	16 468,2	8 431,2	8 037,0	—	1 135,9	15 332,3	—	.	- 0,3
Land Hessen	2 756 997,6	1 051 230,0	1 641 031,1	64 736,5	301 255,5	2 455 742,2	1 206 815,4	407	- 0,4

1) In den Verwaltungsbezirken sind die Jugendämter sowie die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt enthalten. — 2) Ausgaben für Einrichtungen öffentlicher Träger sowie für Förderung von Einrichtungen freier Träger.— 3) Stand am 31. 12. 1997.

relativ beste Versorgung mit Kindergartenplätzen hatte. Daraus ist u. a. zu ersehen, daß Kindergärten nicht unbedingt der größte Kostenfaktor bei einem Träger sein müssen. Andere Einrichtungen, wie beispielsweise für Erziehung oder Inobhutnahme, sowie die verschiedenen Arten von Beratungsstellen können an ihren Standorten zu erheblichen Belastungen führen. Dies gilt in besonderem Maße auch bei den Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, auf die in den kreisfreien Städten Kassel und Wiesbaden jede zweite Mark der Jugendhilfeausgaben entfiel. Diese Unterschiede in der Zusammensetzung der Ausgaben trugen auch zu der relativ stärkeren Belastung der kreisfreien Städte bei. Hier wurde der niedrigste Betrag je Einwohner mit 440 DM in Darmstadt ausgegeben; in Kassel lag er bei 490 DM, in Offenbach am Main und in Wiesbaden bei 550 bzw. 570 DM. In Frankfurt am Main mußte dagegen rechnerisch jeder Bürger exakt 665 DM

aufbringen, also fast dreimal soviel wie in den Landkreisen mit der geringsten Belastung.

Andererseits hatten die Kindertageseinrichtungen doch gewisse Einflüsse auf die Entwicklung der Nettoausgaben im Jahr 1997: In den Kreisen, die bereits Ende 1996 eine gute Versorgung mit Kindergartenplätzen hatten, waren die Ausgaben nicht selten rückläufig oder sind zumindest nicht mehr so stark angestiegen wie in den Landkreisen mit einem niedrigen Versorgungsgrad. Besonders augenfällig wird dies am Beispiel des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, wo der hohe Nachholbedarf zu einem Ausgabenzuwachs um ein Fünftel geführt hat. Auch die Steigerungsraten von gut 8 % in den Landkreisen Bergstraße und Groß-Gerau sowie von 9 % im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis sind wesentlich auf erhöhte Investitionen im Kindergartenbereich zurückzuführen.

Heinz-Kurt Rompel

Daten zur Wirtschaftslage

Abschwächung der Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe, erfreuliche Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, expansive Tendenzen beim genehmigten Hochbauvolumen, Umsatzplus im Einzelhandel, Abnahme bei den Unternehmensinsolvenzen und fortgesetzter Abbau der Arbeitslosigkeit: So läßt sich die wirtschaftliche Lage der hessischen Wirtschaft im vierten Quartal 1998 gegenüber dem letzten Quartal 1997 zusammenfassen. Im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ hielt der Beschäftigungsabbau im vierten Quartal 1998 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal weiter an. Auch der Gesamtumsatz lag im vierten Quartal ebenfalls unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums (- 1,7 %); auch die Auftragseingänge haben sich abgeschwächt (Auslandsorders: - 11,0 %; Inlandsorders: - 2,1 %). Die wertmäßige Nachfrage im hessischen Bauhauptgewerbe konnte zum zweiten Mal in Folge, also im dritten und vierten Quartal, Zuwächse verbuchen. Dagegen setzte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl weiter fort. Im hessischen Einzelhandel verlief die Umsatzentwicklung im vierten Quartal mit leicht positiver Tendenz. Der gesamte Einzelhandelsbereich wies im Beobachtungszeitraum einen leichten nominalen Zuwachs von knapp 2 % auf; real bedeutete dies ein Plus von leicht über 1 %. Erfreuliche Ansätze ließ der Arbeitsmarkt erkennen: Der im Frühjahr einsetzende Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl setzte sich zum Jahresende verstärkt fort. Im vierten Quartal 1998 belief sie sich auf 239 900; das waren 17 300 oder fast 7 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei den Unternehmensinsolvenzen kam es nach deutlichen Zunahmen in den Monaten Januar bis Juli 1998 in den folgenden Monaten zu kräftigen Abnahmen. Insgesamt ergab sich dadurch für das Jahr 1998 ein leichter Rückgang der Insolvenzzahl um 34 auf 1967.

Anhaltender Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe

Auch im vierten Quartal 1998 hat die rückläufige Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) angehalten. Im Quartalsdurchschnitt ist die Zahl der Betriebe um 1,8 % auf 3240 und die der Beschäftigten um 1,1 % auf 469 600 zurückgegangen. Allerdings war die Abnahmerate im vierten Quartal bei den Betrieben geringer als im Vorquartal. Bei den Beschäftigten lag der Rückgang geringfügig höher als im dritten Quartal. Im gleichen Ausmaß, in dem die Beschäftigtenzahl reduziert wurde, ging auch die Arbeitsleistung im vierten Quartal (- 1,1 %) zurück. Im dritten Quartal hatte es dagegen eine leichte Steigerung der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden gegeben.

Der Gesamtumsatz lag im vierten Quartal gleichfalls unter dem Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit. Mit 39,3 Mrd. DM wurde der Vorjahresstand um 1,7 % unterschritten. Im dritten Quartal lag der jährliche Rückgang bei 1,4 %. Die Inlandsumsätze sanken im vierten Quartal im Jahresvergleich stärker (- 2,3 %) als die Auslandsumsätze (- 0,4 %). Dagegen stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,3 % auf 8,9 Mrd. DM. Damit hat sich deren Anstieg abgeschwächt fortgesetzt. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz belief sich im vierten Quartal auf 23 %.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe lagen im vierten Quartal um 5,8 % niedriger als im vierten Quartal des Vorjahres. Im dritten Quartal hat es noch einen jährlichen Zuwachs von 5,6 % gegeben. Im vierten Quartal stammte der Rückgang der Auftragseingänge sowohl von einer verminderten Inlands- wie Auslandsnachfrage. Allerdings hatte der Erfolg hessischer Erzeugnisse auf ausländischen Märkten im vierten Quartal erheblich mehr nachgelassen (- 11 %) als der auf dem Inlandsmarkt (- 2,1 %).

Unter den an der Beschäftigtenzahl gemessen wichtigsten Branchen des Landes nahm die **Chemische Industrie** mit im Durchschnitt des vierten Quartals 66 700 Beschäftigten den ersten Platz ein. Dort konnte die Beschäftigtenzahl im Jahresvergleich um 1,0 % aufgestockt werden, so daß sich das

gute Ergebnis des Vorquartals — wenn auch abgeschwächt — fortsetzte. Die geleisteten Arbeiterstunden verharrten im vierten Quartal mit rund 10 Mill. auf Vorjahresniveau. Allerdings unterschritt der Gesamtumsatz der Chemischen Industrie mit 7,5 Mrd. DM das entsprechende Vorjahresergebnis um 5,6 % und schnitt damit im Jahresvergleich erheblich schlechter ab als im dritten Quartal (- 0,5 %). Der Umsatzrückgang war vor allem Folge verminderter Inlandsumsätze (- 7,9 %), wengleich auch die Auslandsumsätze um 2,7 % unter Vorjahresniveau blieben. Im dritten Quartal konnte auf ausländischen Märkten noch ein recht ansehnliches Plus (+ 4,5 %) erwirtschaftet werden. Die Lohn- und Gehaltssumme stieg in der Chemischen Industrie im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 6,8 % auf 1,6 Mrd. DM, was einem Anteil am Gesamtumsatz von 21 % entspricht. Die Auftragseingänge der Chemischen Industrie lagen im vierten Quartal um 8,1 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Im dritten Quartal betrug das Nachfrageminus in der Chemischen Industrie 4,6 %. Die verminderten Auftragseingänge waren in der Chemischen Industrie im vierten Quartal auf einen erheblichen Rückgang der Auslandsnachfrage (- 12 %), aber auch auf rückläufige Bestellungen (- 3,5 %) aus dem Inland zurückzuführen.

An der Zahl der Beschäftigten gemessen belegte der **Maschinenbau** im vierten Quartal unter den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes den zweiten Platz. 64 500 Beschäftigte wurden dort im Durchschnitt des vierten Quartals gezählt, 1,4 % weniger als im Durchschnitt des vierten Vorjahresquartals. Damit hat sich der Beschäftigtenabbau im Maschinenbau im vierten Quartal leicht verstärkt fortgesetzt. Auch die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden wurde im vierten Quartal um 1,9 % auf 14,2 Mill. vermindert, fast so stark wie im dritten Quartal. Recht beachtlich gestiegen ist dagegen der Gesamtumsatz, und zwar um 7,1 % auf knapp 5 Mrd. DM. Das Umsatzplus des vierten Quartals war vor allem auf gute Geschäfte im Ausland (+ 16 %) zurückzuführen, während im Inland nur unwesentlich mehr umgesetzt wurde (+ 0,8 %)

1) Im Bereich „Verarbeitendes Gewerbe“ kann es im Vergleich zu den Angaben im „Jahresrückblick 1998“ zu geringen Abweichungen durch dort nachträglich eingebrachte, vereinzelt Korrekturen im Datenbestand kommen.

als im vierten Vorjahresquartal. Nicht nur die Umsätze im Maschinenbau stiegen, auch die Lohn- und Gehaltssumme wurde um 2,2 % aufgestockt. Damit setzte sich dort die Entwicklung des Vorquartals fort. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Gesamtumsatz belief sich auf 25 %. Die Auftragseingänge im Maschinenbau gingen im vierten Quartal allerdings zurück und lassen erwarten, daß die günstige Entwicklung sich nicht in gleichem Maße fortsetzen wird. Insgesamt wurden im vierten Quartal 4,6 % weniger Aufträge verbucht als in der gleichen Vorjahreszeit, wobei der Rückgang mit – 9,1 % vor allem von einem nachlassenden Auslandsgeschäft bestimmt wurde. Aber auch aus dem Inland gingen nur knapp (– 0,8 %) so viele Aufträge ein wie im vierten Vorjahresquartal. Bereits im dritten Quartal hatte sich die Auftragslage verschlechtert.

Die Herstellung von *Kraftwagen und Kraftwagenteilen* belegte im vierten Quartal den dritten Platz unter den großen Branchen des Landes. Mit im Durchschnitt 61 400 Beschäftigten waren dort genau so viele tätig wie vor einem Jahr. Allerdings wurde die Arbeitsleistung um 1,0 % vermindert. Im dritten Quartal war bei den Beschäftigten noch im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein leichtes Plus und bei der Arbeitsleistung sogar eine Zunahme um 2,7 % festzustellen. Der Umsatz konnte im vierten Quartal im Vergleich zum vierten Vorjahresquartal allerdings um 2,6 % auf 6,3 Mrd. DM erhöht werden. Hier hatte es im dritten Quartal im Jahresvergleich einen Rückgang gegeben (– 6,5 %). Das Umsatzplus des vierten Quartals war vor allem Folge günstiger Inlandsgeschäfte (+ 11 %), während auf den ausländischen Märkten um 6,3 % weniger abgesetzt wurde als vor einem Jahr. Die Lohn- und Gehaltssumme lag im vierten Quartal bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 3,1 % höher als im vierten Quartal des Vorjahres und erreichte einen Anteil am Umsatz von 20 %. Die Auftragseingänge ließen im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit zu wünschen übrig. Um 11 % unterschritt die Nachfrage des vierten Quartals die des Vorjahres. Dabei sanken nicht nur die Bestellungen aus dem Ausland besonders stark (– 13 %), auch aus dem Inland (– 7,8 %) gingen weniger Aufträge ein als im vierten Quartal von 1998.

Die *Herstellung von Metallerzeugnissen* beschäftigte im vierten Quartal rund 40 800 Personen, und hier wurde die Beschäftigtenzahl sogar leicht aufgestockt (+ 1,8 %). Damit konnte die günstige Entwicklung des dritten Quartals fortgesetzt werden. Allerdings lag die Arbeitsleistung des vierten Quartals geringfügig niedriger als vor einem Jahr. Ebenfalls günstig fiel die Umsatzentwicklung aus. Mit einem Umsatzanstieg um 4,6 %, der sich aus einem kräftigen Plus des Auslandsumsatzes (+ 19 %) und einem nur bescheidenen Zuwachs der Inlandsgeschäfte (+ 0,9 %) zusammensetzte, wurde der Rückgang im dritten Quartal abgelöst. Die Lohn- und Gehaltssumme konnte im vierten Quartal gleichfalls erhöht werden (+ 2,9 %), so daß das Plus des dritten Quartals erhalten blieb. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz belief sich im vierten Quartal auf 24 %. Die Auftragseingänge, die bei der Herstellung von Metallerzeugnissen im vierten Quartal verbucht werden konnten, übertrafen das entsprechende Vorjahresquartal um 0,4 %. Dabei waren die Inlandsbestellungen mit + 3,1 % erheblich günstiger als die aus dem Ausland, von wo 8,7 % weniger Aufträge eingingen als in der gleichen Vorjahreszeit. Damit verschlechterte sich die Auftragslage gegenüber dem dritten Quartal.

Die kleinste unter den großen hessischen Branchen, das *Ernährungsgewerbe*, beschäftigte im Durchschnitt des vierten Quartals noch 33 600 Personen, das waren 0,6 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Damit hat sich der Abbau der Beschäftigtenzahl gegenüber dem dritten Quartal verlangsamt. Die Arbeitsleistung ging im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 1,1 % zurück. Hier hatte es im dritten Quartal noch eine leichte Steigerung gegeben. Die Umsätze des Ernährungsgewerbes lagen im vierten Quartal mit 3,7 Mrd. DM um 4,8 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Während die Auslandsumsätze auf Vorjahresniveau verharrten, wurden auf dem Inlandsmarkt schlechtere Geschäfte gemacht (– 5,1 %). Allerdings war das Ergebnis des dritten Quartals noch erheblich schlechter, und auch in diesem Fall schnitt das Inlandsgeschäft schlechter ab als das Auslandsgeschäft. Die Lohn- und Gehaltssumme lag im vierten Quartal um 2,5 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Ihr Anteil am Umsatz belief sich auf 16 %.

Auftragslage im Bauhauptgewerbe auch im vierten Quartal verbessert . . .

Die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe sind im vierten Quartal zum zweiten Mal hintereinander gestiegen. Während im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Auftragsplus von 4,3 % verbucht werden konnte, waren es im vierten sogar 5,1 %. Das Plus stammte allerdings im vierten Quartal ausschließlich vom Hochbau, wo die Auftragseingänge um 16 % zugenommen haben. Vor allem im gewerblichen und industriellen Hochbau konnten 29 % mehr Aufträge hereingenommen werden. Im Wohnungsbau betrug das Nachfrageplus 14 %. Der günstigen Entwicklung in den genannten Bauarten stand allerdings im öffentlichen und Verkehrshochbau ein Rückgang der Auftragseingänge (– 20 %) gegenüber. Der Tiefbau schnitt dagegen im vierten Quartal weniger günstig ab. Mit einem Gesamtrückgang von 8,1 % wurde die günstige Entwicklung im dritten Quartal unterbrochen. Damals hatte es gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ein Plus von 17 % gegeben. Im vierten Quartal stammte das Minus vor allem vom Straßenbau (– 14 %), aber auch vom gewerblichen und industriellen Tiefbau (– 12 %). Dagegen konnten die Auftragseingänge im öffentlichen und Verkehrstiefbau (+ 1,0 %) leicht verbessert werden.

. . . allerdings weiterhin sinkende Beschäftigtenzahl

Die Zahl der Beschäftigten im hessischen Bauhauptgewerbe ist im Durchschnitt des vierten Quartals abermals gesunken. Mit einer Abnahme um 11 % auf im Durchschnitt knapp 40 000 Beschäftigte war der Rückgang im Vergleich zum dritten Quartal zwar leicht abgeschwächt, von einer nachhaltigen Verbesserung kann jedoch keine Rede sein. Die Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten ging um 10 % zurück, die der Facharbeiter, Poliere und Meister sank um 11 %, und bei den kaufmännischen und technischen Angestellten betrug der Rückgang sogar 13 %. Die Zahl der Auszubildenden wurde um 16 % verringert, und bei den ausländischen Arbeitnehmern verringerte sich die Beschäftigtenzahl im Beobachtungszeitraum um 9,4 %. Nur unwesentlich von dieser Entwicklung unterscheidet sich die der Arbeitsleistung. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden sank im vierten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit insgesamt um 14 %. Im dritten Quartal waren es – 12 %. Im Woh-

nungsbau ging die Arbeitsleistung im vierten Quartal um 14 % zurück, im gewerblichen und industriellen Hochbau waren es – 13 % und im gewerblichen und industriellen Tiefbau sogar – 18 %. Im öffentlichen und Verkehrshochbau betrug die Verminderung der Arbeitsleistung 9,4 %; 8,5 % weniger waren es im Straßenbau.

Vermehrtes Hochbauvolumen

Im Verlauf des letzten Quartals 1998 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden *Hochbauten* mit insgesamt gut 1,5 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche²⁾. Gegenüber den Monaten Oktober bis Dezember 1997 ergab sich eine Zunahme um 80 000 m² oder reichlich 5 %. Die Bauherren bezifferten die für diese genehmigten Gebäude bzw. Baumaßnahmen veranschlagten reinen Baukosten mit gut 2,7 Mrd. DM. Das vergleichbare Vorjahresergebnis wurde um 190 Mill. DM oder reichlich 7 % übertroffen. Nach den deutlich rückläufigen Ergebnissen aus dem ersten Halbjahr und der stagnierenden Tendenz im dritten Quartal setzte sich damit zum Jahresausklang beim Hochbauvolumen wieder eine expansive Entwicklung durch. Positive Impulse gingen vor allem von den Unternehmen als Bauherrengruppe aus. Diese stockten ihre Nachfrage nach Hochbauinvestitionen um 236 Mill. DM auf, womit das Ergebnis aus dem vierten Quartal 1997 um ein Fünftel übertroffen wurde. Auch die öffentlichen Bauherren zeigten Bereitschaft zu höheren Investitionen (+ 24 Mill. DM). Nur private Haushalte schränkten ihr Investitionsvolumen aus dementsprechenden Vorjahresquartal um nahezu 60 Mill. DM ein.

Im *Wohnbau* ergab die Auswertung der von den Bauämtern übermittelten Erhebungsblätter 6300 genehmigte Wohnungen mit 700 000 m² Wohnfläche. Während die Zahl der genehmigten Wohnungen um 2 % zulegte, expandierte die genehmigte Wohnfläche um reichlich 7 %. Besonders rege zeigte sich die Nachfrage nach Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser (+ 507 Wohnungen), während die Investitionsbereitschaft im Geschoßwohnungsbau (– 303 Wohnungen) weiterhin rückläufig ist. Die veranschlagten Kosten für die zum Bau freigegebenen Wohnbauten beliefen sich im Berichtszeitraum auf 1,6 Mrd. DM. Sie lagen um 78 Mill. DM oder 5 % über den Angaben für den vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Nachdem die zuvor rückläufige wertmäßige Nachfrage nach Baugenehmigungen im *Nichtwohnbau* in den Monaten Juli bis September schon um 10 % angezogen hatte, setzte sich diese freundlichere Tendenz auch im vierten Quartal fort. Die veranschlagten Baukosten erhöhten sich um 113 Mill. DM oder 11 % auf reichlich 1,1 Mrd. DM. Bei der genehmigten Nutzfläche kam es allerdings zu einem geringfügigen Rückgang um 14 000 m² oder 2 % auf 633 000 m².

Einzelhandel im Plus

Nach dem positiven ersten, dem negativen zweiten und dem wieder positiven dritten Vierteljahr 1998 konnten die in Hessen tätigen Einzelhändler im engeren Sinn, das heißt ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen, auch im letzten Vierteljahr 1998 ein Wachstum ihrer Einnahmen verbuchen. Im Vergleich zum vierten Quartal des Jahres 1997 stiegen die Verkaufserlöse um 1 %. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von ebenfalls 1 %. Unter Einbe-

ziehung des Kraftfahrzeughandels und der Tankstellen — hier wuchs der Umsatz nominal um 4 % und real um 3 % — hellt sich das Bild weiter auf: Danach hatte der gesamte Bereich einen nominalen Zuwachs von knapp 2 %, was real eine Zunahme von etwas über 1 % ausmachte.

Mehr in ihren Kassen hatten neben den Kfz-Händlern und Tankstellen vor allem die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 8 % und real + 5 %). Aber auch die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte ihr Vorjahresniveau übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte verbuchten nominal und real 5 % mehr Umsatz. Dagegen büßte der Facheinzelhandel (ohne Nahrungsmittel) nominal und real 2 % seines Umsatzes ein. Beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren verringerte sich der Umsatz sogar nominal um 8 % und real um 9 %. Auch der Einzelhandel, der, wie zum Beispiel der Versandhandel, seine Waren überwiegend nicht in Ladengeschäften anbietet, blieb im Vergleichszeitraum mit nominal – 7 % und real – 3 % deutlich unter dem Vorjahresergebnis.

Abbau der Arbeitslosigkeit verstärkt sich

Im vierten Quartal 1998 meldeten sich 107 000 Personen arbeitslos; das waren 4100 oder 4 % mehr als in den Monaten Oktober bis Dezember 1997. Damit setzte sich die wieder zunehmende Tendenz der Arbeitslosmeldungen aus den beiden vorangegangenen Quartalen fort. Dabei handelt es sich allerdings nicht um Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Krisenherde in Asien, Rußland und Lateinamerika, die zu einer sich im Jahresverlauf abschwächenden Auslandsnachfrage führten. Denn der seit Frühjahr 1997 rückläufige Trend bei den Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit hielt Dank einer etwas lebhafteren Binnennachfrage auch im Berichtszeitraum an (– 1400; – 3 %). Vielmehr setzte sich der seit langem anhaltende Anstieg bei den Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (+ 5300; + 11 %) auch im Berichtszeitraum fort. Die insgesamt freundliche Tendenz auf dem hessischen Arbeitsmarkt sorgte auch für eine weitere Entlastung im Kurzarbeitersegment. Im Berichtszeitraum waren durchschnittlich nur noch 5300 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen. Gegenüber dem vierten Quartal 1997 bedeutete dies eine Reduzierung um 900 oder 14 %.

Der in den Monaten Oktober bis Dezember zunehmenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen stand ein um 9 % erhöhtes Angebot an Arbeitsplätzen gegenüber (zum Vergleich: alte Bundesländer + 8 %). Der hessischen Arbeitsverwaltung wurden im Berichtszeitraum 52 500 offene Stellen gemeldet, 4400 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dadurch kamen in Hessen auf jede als offen gemeldete Stelle zwei (alte Länder: 2,2) Arbeitslosmeldungen. Das erweiterte Stellenangebot blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Vermittlungserfolg der Arbeitsämter. Rund 40 700 Arbeitsuchende konnten auf einen Dauerarbeitsplatz vermittelt werden, 5100 oder 14 % mehr als im letzten Quartal 1997. Insgesamt schieden in den Monaten Oktober bis Dezember 1998 rund 99 300 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus; das waren 6000 oder reichlich 6 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt des Berichtsquartals betrug die Zahl der Arbeitslosen 239 900; das waren 17 300 oder fast 7 % weniger

2) In dieser Summe sind 190 000 m² Nutzfläche in Wohngebäuden und 13 000 m² Wohnfläche in Nichtwohngebäuden enthalten.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Wertmäßiger Auftragseingang ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	ins-gesamt	Inland	Ausland									
				1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100					
Grundzahlen ¹¹⁾												
1995 D	.	.	.	526 608	100	57 583	100	100	213 222	8,4	21 114	9 918
1996 D	.	.	.	508 283	98,4	52 478	100,6	101,1	234 083	9,3	21 143	18 377
1997 D	.	.	.	477 840	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1997 Oktober	.	.	.	472 921	83,3	45 610	107,2	103,1	255 059	10,1	18 048	5 653
November	.	.	.	472 332	77,1	44 877	101,5	103,1	256 628	10,2	17 210	6 234
Dezember	.	.	.	469 214	79,2	44 090	114,5	103,4	264 934	10,5	20 690	6 687
4. Vj. D	.	.	.	471 489	79,9	44 859	107,7	103,2
1998 Januar	.	.	.	468 904	48,0	41 567	94,5	103,4	278 170	11,1	22 762	8 985
Februar	.	.	.	468 776	81,4	40 892	89,4	103,8	278 375	11,1	26 092	12 082
März	.	.	.	470 589	89,2	40 939	111,2	103,7	268 402	10,7	28 946	10 122
1. Vj. D	.	.	.	469 423	72,9	41 133	98,4	103,6
April	.	.	.	470 175	66,0	40 707	100,4	103,9	259 725	10,2	29 763	7 792
Mai	.	.	.	469 133	70,5	40 802	101,1	104,1	249 545	9,8	27 721	6 290
Juni	.	.	.	468 919	93,0	40 707	96,8	104,3	243 461	9,6	28 172	5 285
2. Vj. D	.	.	.	469 409	76,5	40 739	99,4	104,1
Juli	.	.	.	471 775	105,6	40 521	104,1	104,6	250 226	9,8	27 630	4 348
August	.	.	.	472 153	83,6	40 372	90,2	104,5	248 167	9,8	26 758	3 286
September	.	.	.	472 420	108,5	40 414	99,8	104,2	240 426	9,5	26 328	3 953
3. Vj. D	.	.	.	472 116	99,2	40 436	98,0	104,4
Oktober	.	.	.	470 604	82,7	40 337	103,9	104,1	236 732	9,3	23 978	4 803
November	.	.	.	470 019	68,1	39 761	104,0	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Dezember	.	.	.	467 418	101,0	39 208	117,8	104,1	248 127	9,8	22 411	5 484
4. Vj. D	.	.	.	469 347	83,9	39 769	109,2	104,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1995 D	2,2	.	25,1	- 59,9
1996 D	0,9	- 2,6	7,4	- 3,5	- 1,6	- 8,9	0,6	1,1	9,8	.	0,1	85,3
1997 D	2,1	- 3,3	11,1	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1997 Oktober	2,9	3,7	1,9	- 6,0	- 17,4	- 11,9	3,3	1,8	9,3	.	2,3	- 59,7
November	5,8	3,6	9,1	5,7	- 10,1	- 11,8	- 6,2	1,8	7,6	.	4,6	- 58,4
Dezember	13,5	13,9	12,9	5,6	- 34,2	- 11,1	1,3	1,8	6,4	.	15,2	- 57,1
4. Vj.	7,0	6,6	7,6	5,7	- 22,0	- 11,6	- 0,6	1,8
1998 Januar	5,5	7,8	2,2	- 4,9	- 51,0	- 8,1	0,0	1,2	1,2	.	2,3	- 58,8
Februar	12,9	11,2	15,3	- 4,2	- 37,5	- 7,0	- 0,8	1,5	1,2	.	8,6	- 48,8
März	23,7	28,5	16,6	- 3,5	- 6,4	- 9,3	9,1	1,4	0,9	.	12,5	- 52,2
1. Vj.	14,2	16,1	11,5	- 4,2	- 32,4	- 8,2	3,0	1,3
April	- 3,0	- 3,8	- 1,9	- 3,3	- 14,2	- 11,8	- 5,1	1,9	- 0,3	.	20,4	- 46,4
Mai	6,4	13,3	- 2,8	- 2,8	- 43,4	- 11,8	3,5	1,8	- 2,2	.	26,7	- 41,8
Juni	- 3,3	- 0,2	- 7,5	- 2,9	0,2	- 11,9	- 2,5	1,8	- 3,0	.	31,5	- 48,8
2. Vj.	- 0,3	2,6	- 4,1	- 3,0	- 22,0	- 11,8	- 1,6	1,8
Juli	19,2	36,2	- 5,5	- 0,6	16,5	- 12,1	1,2	1,4	- 4,3	.	34,1	- 49,0
August	- 1,9	2,8	- 9,4	- 0,7	- 18,7	- 12,5	3,0	1,1	- 5,0	.	27,3	- 38,2
September	- 2,6	- 0,9	- 5,0	- 1,0	18,1	- 11,5	1,3	1,0	- 5,8	.	29,4	- 41,9
3. Vj.	5,3	13,1	- 6,4	- 0,8	4,2	- 12,0	1,7	1,1
Oktober	- 6,8	- 1,9	- 13,8	- 1,2	- 0,7	- 11,6	- 3,1	1,0	- 7,2	.	32,9	- 15,0
November	- 6,0	- 2,3	- 11,4	- 1,2	- 11,8	- 11,4	4,4	0,9	- 6,9	.	31,0	- 9,7
Dezember	- 5,5	- 3,7	- 8,0	- 1,1	27,4	- 11,1	2,9	0,7	- 6,3	.	8,3	- 18,0
4. Vj.	- 6,1	- 2,6	- 11,2	- 1,1	5,0	- 11,3	1,4	0,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1997 Oktober	- 0,2	0,9	- 1,7	- 0,3	- 9,4	- 0,1	8,8	- 0,1	- 0,1	.	- 11,3	- 16,9
November	- 0,6	- 2,6	2,3	- 0,1	- 7,4	- 1,6	- 5,3	0,0	0,6	.	- 4,6	10,3
Dezember	- 9,1	- 7,9	- 10,8	- 0,7	2,7	- 1,8	12,8	0,3	3,2	.	20,2	7,3
4. Vj.	3,3	2,2	5,0	- 0,2	- 16,0	- 2,4	11,7	- 0,1
1998 Januar	5,9	8,2	2,4	- 0,1	- 39,4	- 5,7	- 17,5	0,0	5,0	.	10,0	34,4
Februar	7,4	3,5	13,6	0,0	69,4	- 1,6	- 5,4	0,4	0,1	.	14,6	34,5
März	15,5	21,9	6,6	0,4	9,6	0,1	24,4	- 0,1	- 3,6	.	10,9	- 16,2
1. Vj.	9,1	11,1	6,2	- 0,4	- 8,8	- 8,3	- 8,6	0,4
April	- 15,1	- 19,9	- 7,4	0,2	- 26,0	- 0,6	- 9,7	0,2	- 3,2	.	2,8	- 23,0
Mai	- 5,6	- 1,3	- 11,5	- 0,2	6,7	0,2	0,7	0,2	- 3,9	.	- 6,9	- 19,3
Juni	2,3	0,2	5,7	- 0,1	32,0	- 0,2	- 4,3	0,2	- 2,4	.	1,6	- 16,0
2. Vj.	- 7,5	- 8,8	- 5,5	0,0	4,9	- 1,0	1,0	0,5
Juli	21,3	37,9	- 3,2	0,6	13,5	- 0,5	7,5	0,3	2,8	.	- 1,9	- 17,7
August	- 32,3	- 35,7	- 25,1	0,1	- 20,8	- 0,4	- 13,4	- 0,1	- 0,8	.	- 3,2	- 24,4
September	22,5	15,1	35,9	0,1	29,7	0,1	10,6	- 0,3	- 3,1	.	- 1,6	20,3
3. Vj.	1,0	9,2	- 11,2	0,6	29,7	- 0,7	- 1,4	0,3
Oktober	- 3,8	- 0,8	- 8,3	- 0,4	- 23,8	- 0,2	4,1	- 0,1	- 1,5	.	- 8,9	21,5
November	- 1,2	- 2,3	0,6	- 0,1	- 17,7	- 1,4	2,0	- 0,1	0,9	.	- 5,9	17,2
Dezember	- 8,3	- 9,9	- 5,8	- 0,6	48,4	- 1,4	11,1	0,1	3,9	.	- 0,6	- 2,5
4. Vj.	- 7,9	- 12,0	- 0,4	- 0,6	- 15,4	- 1,6	11,4	- 0,3

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

als im vierten Quartal 1997. Damit hat sich der im Frühjahr 1998 einsetzende Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit zum Jahresende verstärkt fortgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen mit leichtem Rückgang

Die Zunahme der Unternehmenskonkurse hatte in Hessen bereits im dritten Quartal des Jahres 1998 deutlich an Schwung verloren. Nachdem im Juli noch eine Zunahme um fast 31 % festgestellt werden mußte, wurden im August 22 % und im September 25 % weniger Insolvenzen hessischer Unternehmen als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1997 erfaßt. Auch im vierten Quartal nahmen die Unternehmenskonkurse weiter ab. Die Abnahmeraten blieben mit rund 46 % im Oktober und 21 % im November zunächst recht hoch. Im Dezember wurde dann noch ein Rückgang um fast 10 % verzeichnet.

Aufgrund dieser Wende in der Entwicklung konnten die Zunahmen der Insolvenzen aus den ersten sieben Monaten kompensiert werden und es kam sogar im Ergebnis des Jahres 1998 bei den hessischen Unternehmen erstmals seit sieben Jahren wieder zu einem leichten Rückgang der Insolvenzen. Mit 1967 wurden im vergangenen Jahr 34 oder 1,7 % weniger Insolvenzen hessischer Unternehmen registriert als im Jahr 1997. Dabei gab es im Jahr 1998 — wie auch im Vorjahr — nur ein eröffnetes Vergleichsverfahren.

Nach Wirtschaftsbereichen stellte sich der im Jahr 1998 insgesamt zu beobachtende Rückgang der Unternehmensinsolvenzen differenziert dar. So war insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe Hessens eine deutliche Abnahme eingetreten (– 14 %). Auch der Bereich „Kraftfahrzeughandel und -service“ (einschl. Tankstellen) trug bedeutsam zum Rückgang der Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen bei. Zu stärkeren Zunahmen der Konkursbeantragungen kam es hingegen, bei jeweils rund 20 Insolvenzfällen mehr als im Vorjahr, im Gastgewerbe und im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Von den 1966 Konkursanträgen im Jahr 1998 führten lediglich 492 (25 %) auch zur Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnungsquote hatte im Jahr 1997 mit fast 26 % nur geringfügig höher gelegen. Allerdings gelangten in den 1998 eröffneten Konkursverfahren Forderungen in Höhe von rund 1,9 Mrd. DM zur Auseinandersetzung, das waren gut 409 Mill. DM oder 28 % mehr als im Vorjahr. Die Forderungsverluste aus nicht eröffneten Konkursverfahren addierten sich im Jahr 1998 auf 842 Mill. DM und lagen damit um 55 Mill. DM oder 6 % niedriger als 1997.

Stabile Verbraucherpreise

Im letzten Viertel des Jahres 1998 haben sich die Verbraucherpreise so moderat entwickelt, daß praktisch Preisniveaustabilität herrschte. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im vierten Quartal 1998 im Durchschnitt um 0,9 % höher als ein Jahr zuvor. Im Oktober hatte die am gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerungsrate noch 1,0 %, im November 0,9 % und im Dezember dann 0,7 % betragen. Im dritten Quartal hatte die Rate noch bei 1,1 % und im zweiten Quartal bei 1,8 % gelegen. Nach einem starken Preisrückgang waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Jahresendquartal im Durchschnitt nur noch um 0,3 % teurer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) war sogar um 5,0 % billiger als ein Jahr zuvor. Die Heizölpreise sanken dabei um 24,1 %. Aber auch die Nachrichtenübermittlung (z.B. Post, Telefon und Telefax) war um 2,0 % billiger. Andererseits waren Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten, aber ohne Haushaltsenergie) um 2,7 % und Dienstleistungen um 2,1 % teurer als im vierten Quartal 1997.

Im ersten Quartal des neuen Jahres war ein Schwanken der am jeweils gleichen Monat des Vorjahres gemessenen Teuerung zu verzeichnen: Zunächst sank sie über 0,6 % im Januar weiter auf 0,4 % im Februar und stieg dann bis März wieder auf 0,7 %. □

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998																					
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.																		
BEVÖLKERUNG																												
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 031,4	6 032,5	6 034,6	6 033,0	6 031,7	6 034,4	6 036,1	6 036,0	6 035,1																		
Natürliche Bevölkerungsbewegung:																												
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl																											
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	2 740	2 666	2 706	1 713	2 810	3 310	2 576	1 652	2 855																		
* Lebendgeborene ³⁾	"	5,4	5,3	5,3	3,5	5,5	6,7	5,0	3,3	5,6																		
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 260	5 047	5 410	4 629	6 130	5 549	5 063	4 522	5 925																		
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	10,5	10,0	10,6	9,3	12,0	11,2	9,9	9,1	11,6																		
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 113	5 082	5 175	4 886	6 155	4 835	4 943	4 947	6 112																		
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	10,2	10,1	10,1	9,9	12,0	9,8	9,6	10,0	11,9																		
auf 1000 Lebendgeborene	"	24	24	26	22	24	30	19	24	39																		
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	4,5	4,8	4,8	4,8	3,9	5,4	3,8	5,3	6,6																		
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	147	- 34	235	- 257	- 25	714	117	- 426	- 187																		
		0,3	- 0,1	0,5	- 0,5	0,0	1,4	0,2	- 0,9	- 0,4																		
Wanderungen:																												
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 255	13 316	15 336	11 840	11 138	16 139	15 941	13 118	12 086																		
darunter aus dem Ausland	"	5 471	5 443	5 953	4 850	3 990	6 620	6 323	5 573	4 899																		
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 033	12 995	15 271	13 124	12 430	14 876	14 387	12 783	12 763																		
darunter in das Ausland	"	6 113	6 000	7 166	6 671	5 674	6 617	6 094	6 121	5 873																		
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	222	320	65	- 1 284	- 1 292	1 263	1 554	335	- 677																		
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 614	18 531	20 855	18 881	20 289	20 986	20 296	19 218	12 152																		
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>1997</th> <th>1998</th> <th colspan="2">1997</th> <th colspan="4">1998</th> <th>1999</th> </tr> <tr> <th colspan="2">Durchschnitt</th> <th>Nov.</th> <th>Dez.</th> <th>Jan.</th> <th>Okt.</th> <th>Nov.</th> <th>Dez.</th> <th>Jan.</th> </tr> </thead> </table>											1997	1998	1997		1998				1999	Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
1997	1998	1997		1998				1999																				
Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.																				
ARBEITSMARKT																												
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	260 796	254 050	256 628	264 934	278 170	236 732	238 839	248 127	260 050																		
* darunter Frauen	"	109 524	109 250	111 236	112 434	115 401	105 004	105 278	106 839	110 224																		
darunter Männer	"	151 272	144 800	145 392	152 500	162 769	131 728	133 561	141 288	149 826																		
darunter Ausländer	"	55 742	55 070	55 714	57 251	59 455	52 145	52 759	54 336	55 941																		
darunter Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 810	6 339	6 702	6 725	6 660	6 254	6 156	6 154	6 199																		
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	10,4	10,0	10,2	10,5	11,1	9,3	9,4	9,8	10,2																		
* darunter der Frauen	"	9,9	9,7	10,0	10,1	10,4	9,3	9,3	9,4	9,7																		
* darunter der Männer	"	10,7	10,3	10,3	10,8	11,6	9,4	9,5	10,0	10,6																		
* darunter der Ausländer	"	19,0	18,6	19,0	19,5	20,3	17,5	17,7	18,3	18,8																		
* darunter der Jugendlichen unter 20 Jahren	"	9,3	8,9	9,2	9,3	9,2	8,9	8,7	8,7	8,8																		
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	21 381	26 021	17 210	20 690	22 762	23 978	22 553	22 411	26 543																		
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	11 788	6 505	6 234	6 687	8 985	4 803	5 627	5 484	7 912																		
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th>1996</th> <th>1997</th> <th colspan="2">1996</th> <th colspan="4">1997</th> <th>1998</th> </tr> <tr> <th colspan="2">Durchschnitt¹²⁾</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> <th>Juni</th> <th>Sept.</th> <th>Dez.</th> <th>März</th> </tr> </thead> </table>											1996	1997	1996		1997				1998	Durchschnitt ¹²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
1996	1997	1996		1997				1998																				
Durchschnitt ¹²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März																				
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt ⁸⁾	1000	2 110,5	2 087,6	2 124,2	2 092,7	2 076,2	2 082,7	2 107,2	2 084,2	2 074,9																		
* darunter Frauen	"	907,4	899,0	911,5	901,3	899,0	895,7	904,0	897,3	895,8																		
* darunter Ausländer	"	235,7	226,9	237,7	231,2	227,1	227,7	228,9	224,0	222,7																		
* darunter Teilzeitbeschäftigte	"	290,0	296,8	290,0	290,8	294,9	294,8	295,8	301,5	305,3																		
* darunter Frauen	"	262,6	265,0	262,4	262,7	265,4	263,8	263,7	267,2	269,8																		
Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung:																												
* Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	"	22,9	22,2	23,0	22,9	22,6	21,8	22,0	22,5	22,4																		
* darunter Frauen	"	3,4	3,4	3,5	3,4	3,4	3,3	3,4	3,5	3,5																		
* Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau) ⁹⁾	"	624,3	606,2	626,1	613,9	609,0	605,0	606,7	604,1	596,4																		
* darunter Frauen	"	160,1	153,0	160,5	156,5	154,9	153,2	152,7	151,3	150,3																		
* Baugewerbe	"	126,0	117,3	129,8	121,0	114,3	119,3	121,8	113,9	109,7																		
* darunter Frauen	"	13,5	13,0	13,6	13,3	13,1	13,0	13,1	12,8	12,6																		
* Handel	"	311,4	302,7	311,5	310,2	308,5	301,5	302,8	297,9	297,8																		
* darunter Frauen	"	160,0	155,5	159,8	159,3	158,5	154,5	155,3	153,5	152,9																		
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	138,5	140,0	140,0	136,8	136,3	138,3	141,9	143,6	144,2																		
* darunter Frauen	"	46,8	46,8	47,3	45,5	45,6	46,3	47,5	47,6	47,8																		
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	133,3	134,4	133,8	133,6	134,1	133,5	135,4	134,6	134,4																		
* darunter Frauen	"	65,9	66,2	66,2	65,8	66,3	65,8	66,7	66,0	66,1																		
* Dienstleistungen ¹⁰⁾	"	550,8	562,0	555,9	550,1	547,7	560,1	572,9	567,2	570,7																		
* darunter Frauen	"	340,6	343,8	342,8	340,0	339,5	342,3	347,8	345,4	345,6																		
* Organisationen ohne Erwerbscharakter ¹¹⁾	"	64,6	65,6	65,0	65,1	65,5	65,2	65,8	66,0	66,0																		
* darunter Frauen	"	39,5	40,2	39,8	39,8	40,2	40,0	40,3	40,4	40,6																		
* Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	"	138,8	137,1	139,1	139,1	138,2	138,0	137,9	134,4	133,4																		
* darunter Frauen	"	77,5	77,2	77,9	77,6	77,5	77,3	77,4	76,7	76,5																		

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Ohne Land- und Forstwirtschaft. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Einschl. der Fälle ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. — 10) Soweit anderweitig nicht genannt. — 11) Sowie private Haushalte. — 12) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	9 392	783	10 583	14 239	10 528	7 888	9 964	11 823	9 458
Kälber	"	315	26,25	451	392	534	260	361	359	540
Schweine	"	109 632	9 136	115 050	124 449	122 032	107 764	114 810	131 209	110 509
darunter hausgeschlachtet	"	10 598	883	11 528	20 232	16 623	5 902	11 353	19 688	15 377
Schlachtmenge ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 705	975	12 177	12 817	12 547	11 814	12 251	13 261	11 555
darunter von										
* Rindern	"	2358	196,5	2 435	3 020	2 474	2 247	2 465	2 587	2 449
* Kälbern	"	25	2	33	34	33	21	23	30	49
* Schweinen	"	9 050	754	9 463	9 576	9 667	9 332	9 567	10 385	8 779
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumier ³⁾	1000 St.	28 341	2 362	26 580	25 911	26 523	31 747	29 964	27 905	31 551
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 211	7 268	82 433	79 072	84 150	82 042	83 150	79 250	83 739
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 446	6 787	76 580	73 408	78 255	76 524	77 448	73 731	78 450
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,0	16,6	14,2	14,1	14,5	15,5	15,2	15,0	15,3
VERARBEITENDES GEWERBE⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	477,9	470,1	472,4	471,1	470,0	472,4	470,6	470,0	467,4
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	284,5	281,3	282,9	282,4	281,4	282,8	281,3	280,8	278,6
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 462	36 485	38 685	37 274	33 063	37 533	38 266	37 940	32 284
* Bruttolohsumme	Mill. DM	1 281,3	1 301,1	1 287,1	1 571,4	1 279,8	1 261,6	1 300,5	1 612,2	1 303,4
* Bruttogehaltssumme	"	1 405,5	1 415,7	1 298,9	1 761,2	1 410,5	1 341,6	1 343,0	1 816,9	1 518,3
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 766,1	12 838,2	13 942,6	13 254,3	12 649,7	13 688,5	13 501,0	13 175,6	12 634,1
* darunter Auslandsumsatz	"	4 161,7	4 285,7	4 446,2	4 258,6	4 138,7	4 443,3	4 302,0	4 211,3	4 353,9
Exportquote ⁵⁾	%	32,6	33,4	31,9	32,1	32,7	32,5	31,9	32,0	34,5
Index der Nettoproduktion insgesamt ⁶⁾										
1991 = 100		93,9	95,1	102,8	99,5	88,8	101,0	102,8	99,7	88,3
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	99,4	101,0	106,6	103,2	89,1	108,5	110,1	105,9	89,1
Investitionsgüterproduzenten	"	80,7	82,9	87,6	86,1	79,1	84,4	85,6	84,3	80,4
Gebrauchsgüterproduzenten	"	71,8	70,7	81,6	81,8	68,5	80,8	75,7	85,9	61,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	88,5	84,9	96,3	95,7	72,5	88,2	89,1	93,6	70,8
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾										
1991 = 100		94,1	95,3	102,9	99,7	89,0	101,2	102,9	99,9	88,5
darunter										
Chemische Industrie	"	100,2	91,8	100,2	95,7	92,2	92,8	93,9	91,6	80,0
Maschinenbau	"	81,4	84,0	91,1	93,6	100,4	87,8	95,8	87,4	97,4
Fahrzeugbau	"	96,5	107,9	103,9	103,6	84,8	111,4	108,9	117,3	97,5
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	76,0	83,3	78,7	79,1	83,0	90,9	88,3	84,7	92,7
Wertmäßiger Auftragseingang ⁷⁾										
insgesamt	% ⁸⁾	2,1	3,1	2,9	5,8	13,5	- 2,6	- 6,8	- 6,0	- 5,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	7,7	2,2	8,1	11,0	20,8	- 0,7	- 6,7	- 7,6	- 6,2
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,5	8,3	1,1	4,7	10,8	- 7,0	- 6,4	- 6,0	- 5,0
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 1,1	- 6,4	- 3,3	- 7,6	4,4	- 0,3	- 12,0	2,9	8,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 5,5	- 6,1	- 12,6	- 9,0	- 4,8	2,3	- 5,9	- 1,8	- 9,9
Auftragseingang nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	6,2	- 1,6	6,0	5,4	14,2	- 12,5	- 13,3	- 3,0	- 8,4
Maschinenbau	"	7,5	0,1	1,7	26,2	4,9	- 6,2	1,0	- 7,8	- 4,9
Kraftwagen und -teile	"	- 7,8	6,2	- 0,4	- 3,9	22,2	- 2,4	- 8,1	- 6,6	- 20,4
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	1,2	4,9	13,7	3,0	5,6	4,8	- 3,3	2,3	2,6
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 317,7	193,1	2 387,0	2 047,5	2 126,9	2 478,2	2 347,8	1 948,6	1 784,0
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 652,7	221,1	2 761,5	2 868,8	2 912,1	2 577,7	2 870,9	3 049,0	3 067,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU ab Januar 1995 sind Vergleiche mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997		1998		1997			1998		
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
BAUGEWERBE											
B a u h a u p t g e w e r b e¹⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	68,5	63,8	70,7	69,6	68,4	62,9	65,6	64,8	63,8	
darunter											
Facharbeiter ²⁾	"	36,1	33,5	37,1	36,5	35,9	33,2	34,2	33,6	33,1	
Fachwerker und Werker	"	10,8	10,2	11,7	11,3	11,0	10,2	10,7	10,7	10,4	
gewerblich Auszubildende	"	3,7	3,2	3,7	3,7	3,6	3,2	3,4	3,3	3,2	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	6 354	5 916	7 767	6 723	4 937	6 722	7 006	6 323	4 383	
darunter für den											
Wohnungsbau	"	2 303	2 183	2 805	2 375	1 847	2 461	2 709	2 416	1 699	
gewerblichen und industriellen Bau	"	2 036	1 849	2 379	2 153	1 583	2 020	2 074	1 887	1 337	
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 986	1 826	2 551	2 169	1 491	2 166	2 151	1 963	1 290	
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	206,9	191,9	227,1	263,3	203,9	195,5	199,9	234,4	185,5	
* Bruttogehaltssumme	"	91,0	85,3	89,0	125,4	90,8	80,3	80,0	106,3	89,4	
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 056,8	975,1	1 194,3	1 264,2	1 565,8	1 034,2	1 123,3	1 166,8	1 420,5	
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾	1995 = 100	95,2	83,1	83,3	77,1	79,2	108,5	82,7	68,1	101,0	
darunter											
Wohnungsbau	"	74,1	69,1	61,9	59,8	76,0	61,9	82,9	55,4	86,6	
gewerblicher und industrieller Bau	"	107,4	85,4	76,9	84,7	77,7	113,7	82,6	75,5	116,9	
öffentlicher und Verkehrsbau	"	91,8	88,1	103,0	77,3	82,9	127,6	82,8	65,9	89,2	
A u s b a u g e w e r b e⁵⁾											
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	27,6	26,2	.	.	27,3	26,6	.	.	25,4	
* Geleistete Arbeitsstunden	"	8 193	7 719	.	.	8 313	7 927	.	.	7 634	
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	354,1	339,2	.	.	382,0	338,9	.	.	360,7	
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 166,2	1 115,2	.	.	1 402,8	1 188,9	.	.	1 293,0	
BAUGENEHMIGUNGEN											
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	868	72	947	713	571	1 085	1 104	961	710	
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	736	61	813	600	455	955	962	848	611	
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 064	89	1 010	897	808	1 195	1 211	1 016	883	
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	200	17	199	172	153	221	228	190	161	
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	607 658	50 638	585 232	489 337	446 802	627 033	644 447	513 020	441 566	
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾	Anzahl	229	19	235	226	194	242	285	237	203	
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	766	64	1 003	911	728	632	651	1 036	653	
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	169	14	200	207	165	162	161	228	151	
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	328 268	27 356	357 216	353 488	322 717	276 318	287 808	630 681	227 502	
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 485	207	2 429	1 989	1 970	2 386	2 574	2 079	1 818	
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	11 765	980	11 754	9 577	8 576	12 293	12 784	10 593	8 764	
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE											
E i n z e l h a n d e l											
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	98,8	99,4	105,5	99,9	113,0	98,0	101,9	104,0	115,7	
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	100,1	101,3	107,2	101,5	114,5	99,8	103,9	106,0	117,8	
darunter (Einzelhandel mit)											
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	97,7	100,9	102,5	97,0	122,2	95,2	103,4	104,1	126,2	
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	110,1	112,2	113,7	104,1	101,6	108,1	109,8	114,8	108,2	
Apotheken ¹²⁾	"	107,2	114,3	111,0	107,1	126,6	112,3	116,0	117,0	137,6	
Bekleidung	"	90,2	88,2	108,0	97,8	120,6	92,7	98,7	98,2	116,3	
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	93,7	98,0	104,7	105,4	117,2	98,1	105,2	107,7	121,6	
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	96,5	97,3	102,0	91,5	89,5	98,1	99,1	92,0	90,4	
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	95,6	94,0	95,4	95,6	95,8	94,1	94,1	94,1	94,6	
G a s t g e w e r b e											
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	93,5	91,2	101,0	89,4	93,3	97,8	99,8	87,7	91,4	
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal	"	95,8	94,9	104,0	92,0	96,0	102,2	104,4	91,6	95,4	
darunter											
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,0	99,9	116,9	95,5	93,0	121,9	121,6	98,1	95,3	
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbißhallen	"	93,9	92,3	96,3	89,7	99,6	90,7	95,8	87,8	96,9	
Kantinen und Caterer	"	95,7	98,2	103,9	93,0	94,3	105,8	102,4	96,0	98,4	
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	96,7	95,0	98,0	94,8	94,7	96,4	95,6	92,5	93,0	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. Wegen der Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation der EU ab Januar 1995 sind keine Vorjahresvergleiche möglich. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. DM	4 252,3	4 404,9	4 724,5	4 473,0	3 965,0	4 382,7	4 159,6	4 706,3	4 319,4
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	104,8	106,4	110,2	136,2	98,4	89,1	103,9	99,0	114,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 147,5	4 298,4	4 614,3	4 336,8	3 866,6	4 293,7	4 055,7	4 607,3	4 205,2
davon	"									
* Rohstoffe	"	29,8	38,3	33,2	28,0	27,1	32,1	30,3	60,1	44,1
* Halbwaren	"	288,8	332,6	292,3	257,3	247,9	363,4	267,5	391,3	315,2
* Fertigwaren	"	3 829,0	3 927,5	4 288,8	4 051,4	3 591,6	3 898,2	3 758,0	4 155,9	3 845,9
davon	"									
* Vorerzeugnisse	"	704,8	734,1	677,3	856,4	653,4	804,5	616,5	841,0	671,8
* Enderzeugnisse	"	3 124,2	3 193,5	3 611,4	3 195,0	2 938,1	3 093,7	3 141,5	3 314,9	3 174,1
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 014,9	1 029,0	840,4	1 193,5	936,2	1 342,6	717,7	1 212,5	960,7
Maschinen	"	699,4	740,4	879,8	719,4	800,9	605,9	744,5	767,0	828,4
Fahrzeuge	"	741,3	692,2	847,9	693,6	613,2	600,1	591,6	753,1	591,4
elektrotechnische Erzeugnisse	"	450,6	485,2	505,9	491,3	413,0	430,0	554,7	423,1	548,4
Eisen- und Metallwaren	"	296,8	312,1	447,9	295,7	278,0	275,3	380,6	335,6	275,5
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 187,4	2 367,8	2 244,2	2 492,3	1 899,0	2 523,0	2 082,5	2 735,0	2 258,4
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	344,5	392,0	356,3	382,6	296,4	435,0	312,5	433,9	337,5
Frankreich	"	388,2	434,5	398,2	446,0	366,5	500,1	421,3	515,4	437,7
Italien	"	265,8	301,2	286,7	335,1	245,1	314,6	280,5	410,9	259,3
Niederlande	"	247,3	265,9	275,7	290,3	201,8	263,8	251,6	314,2	256,3
Belgien-Luxemburg	"	304,5	295,0	271,2	289,1	209,3	340,8	203,0	257,8	232,3
Österreich	"	200,0	219,4	211,2	219,6	185,5	203,6	211,8	247,6	264,8
EFTA-Länder ³⁾	"	232,3	239,6	267,0	205,6	200,7	212,7	250,5	246,3	205,6
darunter										
Schweiz	"	192,8	199,0	222,8	172,2	168,4	175,1	203,1	207,3	172,5
Norwegen	"	37,0	37,6	41,5	31,5	30,7	34,4	43,2	36,1	30,8
USA	"	424,0	453,1	501,6	380,3	439,2	396,2	416,5	497,4	510,2
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	6 472,2	539,4	6 887,7	6 993,5	6 448,9	6 979,7	6 977,6	6 028,7	7 128,7
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	330,5	27,5	341,9	393,0	432,0	283,3	317,2	348,6	360,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 141,7	511,8	6 545,8	6 600,6	6 017,0	6 696,4	6 660,4	5 680,1	6 768,4
davon										
* Rohstoffe	"	69,8	5,8	71,3	64,2	69,3	82,9	71,7	67,2	95,6
* Halbwaren	"	554,1	46,2	553,2	691,6	474,7	506,7	640,8	492,8	549,2
* Fertigwaren	"	5 517,8	459,8	5 921,3	5 844,8	5 473,0	6 106,7	5 947,9	5 120,1	6 123,5
davon										
* Vorerzeugnisse	"	684,8	57,1	760,8	795,6	706,3	608,2	707,4	634,1	754,4
* Enderzeugnisse	"	4 833,0	402,8	5 160,5	5 049,2	4 766,8	5 498,5	5 240,5	4 486,1	5 369,1
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 333,7	277,8	3 401,3	3 686,4	3 326,8	3 330,8	3 504,4	2 909,9	3 691,6
FREMDENVKEHR⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	710	728	840	668	499	936	892	722	547
* darunter von Auslandsgästen	"	181	187	196	141	111	255	219	154	126
* Gästeübernachtungen	"	1 902	1 904	2 201	1 593	1 314	2 415	2 289	1 717	1 419
darunter von Auslandsgästen	"	351	360	395	261	218	483	424	290	242
Gästeübernachtungen nach Berichtsgemeindegruppen:										
Heilbäder	"	591	573	640	474	412	684	659	527	452
Luftkurorte	"	143	134	167	94	100	174	156	92	90
Erholungsorte	"	96	95	119	54	63	120	119	48	67
Sonstige Gemeinden	"	1 071	1 102	1 276	971	739	1 438	1 355	1 049	810
darunter Großstädte	"	468	488	526	449	335	614	596	513	382
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 288	107	1 228	1 194	1 247	1 329	1 285	1 161	1 327
davon										
* Güterversand	"	220	18	240	231	226	206	214	207	243
* Gütereingang	"	1 067	89	988	963	1 021	1 123	1 071	955	1 084

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1997 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausführerergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1995 (Island, Svalbard, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). — 4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	33 923	36 261	34 025	29 464	30 374	37 295	34 738	31 935	32 788
darunter										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 543	31 978	30 780	24 544	27 506	33 473	31 720	29 215	29 401
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 486	1 704	1 652	2 202	1 440	1 981	2 000	2 011	1 578
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 303	2 090	1 185	2 413	1 140	1 402	578	331	1 298
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	233	275	251	175	178	277	272	225	344
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 184	2 174	2 447	2 144	1 843	2 432	2 410	2 023	1 865
* Getötete Personen ²⁾	"	50	45	51	40	55	41	63	36	37
* Verletzte Personen	"	2 940	2 934	3 290	2 869	2 576	3 263	3 298	2 779	2 578
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾										
Beförderte Personen	1000	37 081	38 403	.	.	120 299	104 801	.	.	125 558
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	36 565	37 875	.	.	118 747	102 922	.	.	123 886
Gelegenheitsverkehr	"	515	528	.	.	1 552	1 878	.	.	1 672
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 871	24 159	.	.	69 391	82 653	.	.	70 710
davon im										
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 544	18 938	.	.	55 366	61 481	.	.	57 231
Gelegenheitsverkehr	"	5 328	5 221	.	.	14 025	21 172	.	.	13 479
Einnahmen	1000 DM	76 536	80 971	.	.	233 293	261 593	.	.	257 678
davon aus										
Linienverkehr ⁴⁾	"	61 621	66 591	.	.	194 412	203 704	.	.	219 150
Gelegenheitsverkehr	"	14 914	14 379	.	.	38 881	57 889	.	.	38 528
GELD UND KREDIT										
Banken ⁵⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾	Mill. DM	817 384	877 727	.	.	817 384	879 901	.	.	877 727
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾	"	686 477	726 864	.	.	686 477	715 113	.	.	726 864
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	93 068	104 558	.	.	93 068	102 201	.	.	104 558
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ⁷⁾	"	48 707	40 007	.	.	48 707	41 361	.	.	40 007
langfristige Kredite (über 4 Jahre) ⁷⁾	"	544 702	582 299	.	.	544 702	571 551	.	.	582 299
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾										
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	528 954	581 386	.	.	528 954	565 575	.	.	581 386
Zahlungsschwierigkeiten										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	218	209	290	228	253	160	178	197	216
davon										
* von Unternehmen	"	167	164	243	188	194	125	131	149	175
* von übrigen Gemeinschaftsdarlehern	"	51	45	47	40	59	35	47	48	41
* Beantragte Konkurse	"	218	209	290	228	253	160	178	197	216
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	165	161	233	186	197	120	134	163	160
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	102,8	104,1	103,1	103,1	103,4	104,2	104,1	104,0	104,1
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	101,5	102,9	101,2	101,4	102,1	102,1	101,8	101,8	102,0
Bekleidung, Schuhe	"	101,4	102,4	101,7	101,8	101,9	102,6	102,8	103,0	103,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁸⁾	"	103,9	105,4	104,2	104,2	104,2	105,6	105,5	105,5	105,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁹⁾	"	101,1	101,9	101,2	101,2	101,2	102,2	102,2	102,2	102,2
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	103,8	105,0	104,7	104,6	105,0	105,3	105,5	104,9	104,7
Nachrichtenübermittlung	"	97,8	97,2	98,4	98,2	98,2	97,0	96,3	96,3	96,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,0	102,8	101,1	101,5	102,8	103,5	102,4	102,5	103,0
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	102,1	101,4	100,9	101,2	102,1	102,0	101,2	101,4
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	102,7	103,9	103,0	102,9	103,1	104,2	104,1	103,9	103,9
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹⁰⁾	1995 = 100	99,8 ¹¹⁾	100,0 ¹¹⁾	.	99,6	.	.	.	100,1	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Und andere Brennstoffe. — 9) Sowie deren Instandhaltung. — 10) Neubau in konventioneller Bauart; Bauleistungen am Bauwerk. — 11) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 518,1	459,8	4 053,8	4 413,4	9 933,1	6 646,7	4 780,0	4 663,6	10 273,1
davon	"	4 718,4	393,2	3 307,1	3 820,6	8 629,9	5 982,1	4 005,9	4 121,3	9 006,9
Gemeinschaftsteuern	"	2 324,4	193,7	2 051,4	1 987,5	4 060,0	2 161,7	2 146,1	2 021,7	4 166,5
davon	"	- 5,4	- 0,4	- 248,9	- 252,8	777,8	647,7	- 137,8	- 168,2	903,9
Lohnsteuer ²⁾	"	237,3	19,8	104,3	51,4	69,9	180,5	307,5	71,1	155,4
veranlagte Einkommensteuer	"	339,5	28,3	261,2	337,9	404,8	207,5	255,1	315,5	415,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	263,7	22,0	- 346,6	- 40,2	1 690,6	1 296,8	- 173,8	8,2	1 508,1
Zinsabschlag ²⁾	"	1 347,7	112,3	1 229,2	1 501,1	1 392,6	1 261,3	1 366,8	1 602,1	1 615,7
Körperschaftsteuer ²⁾	"	211,1	17,6	256,5	235,8	234,1	226,6	242,0	270,8	241,4
Umsatzsteuer	"	496,8	41,4	356,4	361,6	951,4	432,9	349,1	305,9	846,2
Einfuhrumsatzsteuer	"	97,0	8,1	94,0	104,5	235,0	101,2	94,7	98,7	245,5
Bundessteuern	"	111,9	9,3	57,3	66,1	62,0	54,5	54,2	86,1	49,7
darunter	"	37,4	3,1	43,6	38,0	34,9	27,8	30,2	30,1	36,2
Mineralölsteuer	"	228,6	19,0	246,8	191,6	215,1	204,0	230,8	202,8	217,9
Versicherungsteuer	"	19,7	1,6	33,0	15,0	12,2	9,4	11,1	9,2	5,3
Zölle ³⁾	"	31,8	2,6	28,4	29,5	38,0	30,1	38,0	26,6	43,3
Landessteuern	"	54,6	4,6	59,4	51,9	56,8	61,9	68,5	72,8	75,3
darunter	"	91,8	7,6	98,2	67,9	87,7	77,7	83,1	70,9	72,8
Vermögensteuer	"	36,9	3,1	100,0	1,6	101,7	0,0	164,0	3,5	165,8
Erbschaftsteuer	"									
Grundwerbsteuer	"									
Kraftfahrzeugsteuer	"									
Gewerbsteuerumlage	"									
		1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 544,9	2 801,9	2 548,1	2 271,9	3 351,4	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8
davon	"	8,4	8,5	8,0	9,9	6,7	8,8	8,4	10,0	6,9
Grundsteuer A	"	270,5	288,3	321,5	288,0	226,5	261,2	343,6	305,9	242,5
Grundsteuer B	"	1 246,9	1 366,2	1 146,3	1 072,9	1 346,4	1 206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	983,8	1 011,5	1 035,9	864,8	1 740,4	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer andere Steuern ⁵⁾	"	35,3	35,2	36,4	36,3	31,4	36,1	40,5	34,3	29,7
		1997	1998	1997			1998			
		Durchschnitt ⁷⁾		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.
LÖHNE UND GEHÄLTER⁶⁾										
Arbeiterverdienste										
im Produzierenden Gewerbe										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 403	4 515	4 408	4 444	4 368	4 481	4 515	4 599	4 487
* Männliche Arbeiter	"	4 563	4 678	4 569	4 608	4 518	4 643	4 678	4 769	4 647
darunter Facharbeiter	"	4 792	4 966	4 797	4 837	4 790	4 927	4 960	5 070	4 945
* Weibliche Arbeiter	"	3 356	3 426	3 361	3 363	3 381	3 418	3 426	3 450	3 443
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 119	3 158	3 136	3 103	3 136	3 156	3 161	3 165	3 166
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,00	27,67	26,89	27,12	27,25	24,47	27,58	28,04	27,89
* Männliche Arbeiter	"	27,89	28,58	27,76	28,00	28,16	28,38	28,47	28,96	28,84
darunter Facharbeiter	"	29,14	30,59	29,02	29,21	30,11	30,32	30,43	31,08	30,99
* Weibliche Arbeiter	"	21,03	21,45	21,03	21,10	21,24	21,33	21,44	21,61	21,63
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,32	19,63	19,38	19,24	19,52	19,57	19,67	19,69	19,70
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 413	6 558	6 415	6 459	6 447	6 530	6 549	6 630	6 572
* kaufmännische Angestellte	"	5 996	6 150	5 993	6 059	6 077	6 118	6 136	6 211	6 199
* männliche Angestellte	"	6 885	7 036	6 884	6 953	6 956	7 008	7 008	7 110	7 083
* weibliche Angestellte	"	4 964	5 098	4 966	5 004	5 029	5 063	5 106	5 143	5 146
* technische Angestellte	"	6 760	6 906	6 769	6 793	6 766	6 881	6 904	6 983	6 896
* männliche Angestellte	"	6 908	7 057	6 915	6 943	6 914	7 033	7 055	7 136	7 048
* weibliche Angestellte	"	5 327	5 435	5 323	5 361	5 349	5 405	5 446	5 481	5 453
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾	"	5 154	5 346	5 172	5 176	5 239	5 330	5 350	5 398	5 475
insgesamt	"	5 173	5 367	5 190	5 197	5 264	5 353	5 372	5 416	5 506
* kaufmännische Angestellte	"	5 786	5 978	5 795	5 804	5 861	5 975	5 989	6 023	6 123
* männliche Angestellte	"	4 433	4 600	4 453	4 452	4 531	4 576	4 600	4 646	4 732
* weibliche Angestellte	"									

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU sind Vergleiche ab Januar 1996 mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 7) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

BUCHBESPRECHUNGEN

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 83. Band (1999); Heft 1, 170 Seiten, kartoniert; Einzelheft 48,00 DM, Jahresband (4 Hefte) 136,00 DM; Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1999.

Das Heft enthält u.a. die auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft im Oktober 1998 in Lübeck gehaltenen Vorträge: Einführung in das Thema „Soziale Sicherungssysteme“ (G. Hansen); Pflegeversicherung in Deutschland: Finanzbedarf und Finanzverflechtung. Empirische Befunde und offene Fragen (W. Schmähl); Demographie, Entwicklung und Stabilität der Sozialversicherung in Deutschland (A. Börsch-Supan); Langfristige Perspektiven der GRV vor dem Hintergrund politischer, wirtschaftlicher und demographischer Veränderungen (H. J. Barth, U. Rehfeldt); Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme. Empirische Evidenz zu den Anreizwirkungen der sozialen Sicherung (H. P. Galler); Personelle Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen unter dem Einfluß sich ändernder wirtschaftlicher und sozialpolitischer Rahmenbedingungen. Eine empirische Analyse (R. Hauser); Ziele und Stand der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (U. Hoffmann); Die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Kosten im Gesundheitswesen (G. Buttler u.a.); Bericht über die 98. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker am 6. Oktober 1998 in Lübeck (E. Wiegmann-Uhlig); Volkszählung 2001. Bericht über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses „Methodik“ sowie des Ausschusses „Regionalstatistik“ anläßlich der Statistischen Woche am 7. Oktober 1998 in Lübeck (H. Grohmann, R. Wiegert). 4659/73

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von J. Berger, U. Verger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 325,00 DM einschl. Versandkosten; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 1/99 bis 3/99: Die stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen / Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach dem arbeitsrechtlichen Beschäftigungsförderungsgesetz / Kindergeld und Steuerstrafrecht / Auswirkungen der Änderung des Nachweisgesetzes auf das BAT-Arbeitsverhältnis / Neue Arbeitsregelungen im Bereich der bayerischen (Erz-)Diözesen / Sozialversicherungsrechtliche Änderungen zum 1. 1.99 / Probleme des Kündigungsschutzes und des Personalvertretungsrechtes bei der Anwendung von § 62 Manteltarifvertrag für die Waldarbeiter / Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der „Sächsischen Sonderregelung“ bei der Verteilung der Beitragslast in der sozialen Pflegeversicherung / Der Generationenvertrag auf dem Prüfstand / Die Umsetzung des Sabbatjahrmodells im BAT-Arbeitsverhältnis / Die leistungsrechtlichen Auswirkungen im Rentenrecht ab 1.1.99 / Änderung des Rechts der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ab 1.1.99 / Rechtsfragen zur Abmahnung / Die zweifelhafte Wirkung der Prognose im Kündigungsrecht / Rückforderung zuviel gezahlter Bezüge bei Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes trotz Wegfall der Bereicherung / Scientology und öffentlicher Dienst. 6133/30

Handbuch zur Umsatzsteuer 1997

Herausgegeben vom Deutschen wissenschaftlichen Steuerinstitut der Steuerberater e.V., aus der Reihe „Schriften des Deutschen Wissenschaftlichen Steuerinstituts der Steuerberater e.V.“, Gr.-8°, VII und 817 Seiten, Leinen, 67,00 DM, Verlag C. H. Beck, München, 1998.

Das Deutsche wissenschaftliche Steuerinstitut der Steuerberater e.V. legt hiermit den 35. Jahrgang (1997) des „Handbuch zur Umsatzsteuer“ vor. Die neue Ausgabe ist dem vorigen Jahrgang entsprechend konzipiert und setzt die Reihe der Handbücher in ihrer gewohnten Form fort. Zur ersten Orientierung des Benutzers ist das Umsatzsteuergesetz (UStG) am Anfang des Handbuchs geschlossen wiedergegeben. Dieser geschlossenen Wiedergabe vorangestellt ist eine tabellarische Übersicht der seit der letzten Neubekanntmachung ergangenen Änderungen. Im Hauptteil folgen dann einzeln in systematischer Zuordnung die Gesetzesvorschriften in Verbindung mit den zugehörigen Bestimmungen der Umsatzsteuerrichtlinien, den Leitsätzen zu Verwaltungsvorschriften bzw. BFH-Rechtsprechung sowie den Anlagen mit den Verwaltungsanweisungen der Finanzbehörden; die maßgebenden Vorschriften sind damit an einer Stelle vereinigt. Der Buchanhang enthält dann eine Reihe von einschlägigen Nebengesetzen nebst Verwaltungsanweisungen. Ein ausführliches Sachverzeichnis schließt das Handbuch ab. Die Benutzung wird neben dem systematischen Aufbau auch durch eine wohldurchdachte typographische Gestaltung unterstützt. So sind z. B. Gesetz, Durchführungsverordnung und Verwaltungsanordnungen an voneinander abweichenden Schriftarten gesetzt, so daß auf den ersten Blick erkennbar ist, um welche Art von Vorschrift es sich handelt. Zusätzlich wird durch Marginalien am Textrand die jeweilige Textart gekennzeichnet. Ein ausführliches, nach den Paragraphen des UStG geordnetes, Inhaltsverzeichnis erleichtert den Zugriff. Darüber hinaus ist jedem Paragraphen eine detaillierte Übersicht vorangestellt. Alles in allem: Eine umfassende und dennoch übersichtliche Zusammenstellung aller relevanten Bestimmungen, eine Informationsquelle für alle, die beruflich mit der Materie befaßt sind. 6861

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundesbesoldungsgesetz — Kommentar

Begründet von Dr. Bruno Schwegmann und Dr. Rudolf Summer, fortgeführt von Dr. Rudolf Summer u.a.; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 85. Erg.-Lfg. vom November 1998, 4814 Seiten in 5 Ordnern) 198,00 DM, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1998.

4621/40

Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung

Herausgegeben von Dr. H. H. Eberstein und Dr. H. Karl, 3. Auflage, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 44. Erg.-Lfg. vom November 1998, 2122 Seiten, in 2 Plastikordnern) 225,00 DM; Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln-Marienburg, 1998.

4050/29

Taschenlexikon arbeitsrechtlicher Entscheidungen (TAE)

Herausgegeben von Dietmar Besgen und Dr. F. Bleistein, 12. neu bearbeitete Auflage, Teil I: Entscheidungen bis 31.3.1978, 1226 Seiten, einschließlich Spezialordner 98,00 DM; Teil II: Entscheidungen bis 31.1.1996, 1226 Seiten, einschließlich Spezialordner 128,00 DM; Teil III: Entscheidungen ab 1.2.1996, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 2/98 zum Teil III vom November 1998, 235 Seiten in Spezialordner) 48,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 1998.

5176/31

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

vom 25. Juni 1969 mit Kommentar. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. H. Grüner und D. Dalichau, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 167. Erg.-Lfg. vom November 1998, ca. 4000 Seiten in 4 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 1998.

3900/46

Bundesbesoldungsgesetz — Textausgabe

Loseblattwerk, Gesamtwerk (einschl. 47. Erg.-Lfg. vom Oktober 1998, 972 Seiten, in Plastikordner) 92,00 DM, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München, 1998.

4612/10

BUCHBESPRECHUNGEN

Die kleinen kommunalen Steuern

Von Kay-Uwe Rhein, Heft 72 der Reihe „Neue Schriften des Deutschen Städtetages“, Gr.-8°, 237 Seiten, kartoniert, 49,80 DM, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1997.

Die Fokussierung der finanzwissenschaftlichen und -politischen sowie steuerrechtlichen Diskussion auf die bundesgesetzlich geregelten, ertragreichen „großen“ Steuern hat dazu geführt, daß der Blick für die „kleinen“ kommunalen Steuern verlorengegangen ist. Dem geringen finanziellen Aufkommen aus diesen Steuern steht aber ihr Beitrag zur Feinsteuern auf der untersten kommunalen Ebene gegenüber. Der Autor entkräftet mit seiner Schrift wesentliche Kritikpunkte, die gegen die Erhebung kleiner kommunaler Steuern ins Feld geführt werden und leistet gleichzeitig einen Versuch zur Fortentwicklung des Steuerfindungsrechts der Kommunen. Hierzu erörtert der Verfasser die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Erhebung der — auch irreführend und negativ kennzeichnend als Bagatelsteuern bezeichneten — kommunalen Steuern. Neben der Untersuchung der Grundrechtsrelevanz ventiliert der Autor die Begrifflichkeiten des § 105 Abs. 2a GG: „Steuerbegriff“, „Örtlichkeit“ von Steuern (unter besonderer Berücksichtigung der Verbrauch- und Aufwandsteuern), sowie die „Gleichartigkeit“ mit bundesgesetzlich geregelten Steuern und prüft darüber hinaus die Vereinbarkeit der einschlägigen nationalen Ermächtigungsgrundlagen mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaft. Im Rahmen seiner Untersuchung stellt Rhein auch die Grundzüge und Erhebungsprobleme der wichtigsten kommunalen Steuern dar.

6854

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundeshaushaltsrecht

Erläuterungen zu den Artikeln 109 bis 115 des Grundgesetzes und zur Bundeshaushaltsordnung unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsätzegesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer. Kommentar von Dr. E. A. Pisch, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 35. Erg.-Lfg vom Juli 1998, 1700 Seiten in 3 Plastikordnern) 312,00 DM; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1998.

4519/24

Journalismus von heute

Von W. Meyer, herausgegeben von J. Frohner, mit Kommentar zum Presserecht von R. Damm, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 21. Erg.-Lfg. vom Juni 1998, in 2 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 1998.

5147/17

Berufsbildungsgesetz

vom 14. August 1969 in der Fassung vom 23. Dezember 1981 mit Kommentar und Nebengesetzen sowie Landesrecht. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. E. Oestreicher, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 146. Erg.-Lfg. vom Januar 1998, ca. 4500 Seiten in 2 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 1998.

3922/39

Kontenrahmen für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung

mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 5., völlig neugestaltete Auflage; Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 46. Erg.-Lfg. vom September 1998, 1190 Seiten in Spezialordner) 96,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 1998.

4334/27

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JANUAR 1999

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte

Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 2. Vierteljahr 1998 (K)	3,50 DM
Die Beteiligung der Bevölkerung Hessens am Erwerbsleben im April 1998	3,50 DM
Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 1998/99	3,50 DM
Wahlvorschläge zur Landtagswahl am 7. Februar 1999 in Hessen (K)	7,00 DM
Obsternte im Verkaufsbau in Hessen 1998	1,50 DM
Schlachtungen in Hessen im November 1998	1,50 DM
Die Ernte von Rüben, Ölfrüchten, Hülsenfrüchten und Körnermais in Hessen 1998	1,50 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Oktober/November 1998 (K)	je 3,50 DM
Investitionen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in Hessen im Jahr 1997	3,50 DM
Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 1997 (K)	5,00 DM
Index der Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in Hessen im Oktober 1998	3,50 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im Oktober 1998	1,50 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 1998 (K) (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)	3,50 DM
Baugenehmigungen in Hessen im November 1998	1,50 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung — im Einzelhandel in Hessen im Oktober 1998	3,50 DM
— im Großhandel in Hessen im Oktober 1998	1,50 DM
— im Gastgewerbe in Hessen im Oktober 1998	3,50 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im Oktober 1998 und im Sommerhalbjahr 1998 (G)	7,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im November 1998 (G)	7,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Oktober 1998 (K)	3,50 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 1998 (K)	1,50 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im Oktober 1998	3,50 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Oktober 1998	1,50 DM
Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bau- werke in Hessen im November 1998 und im Jahr 1998	3,50 DM
Meßzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Dezember 1998 und für die Jahre 1995 bis 1998	7,00 DM
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im Januar 1999	1,50 DM
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 1998 und im Jahr 1998 — Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe	5,00 DM
— Angestelltenverdienste	5,00 DM
Das Anlagevermögen in Hessen 1970 bis 1996	3,50 DM
Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik — Ausgabe II/1998	4,50 DM

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden